

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 27. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die erste Blockfrucht.

Nur noch wenige Wochen und die zweite Periode der Blockpolitik beginnt. Die zweite, schwierigere, da es gilt die Versprechungen einzulösen, die man den „nationalen“ Wählern freigebig gemacht hat. Jagend mag der Freisinn im stillen Kämmerlein erwägen, ob seinen Wählern die „liberalen Errungenschaften“ der Blockpolitik, die die parlamentarische Winterkampagne bringen wird, als einigermaßen hinreichende Gegengabe für die Blockdienste des Freisinns erscheinen werden, für die schmähtliche Verleugnung seiner wichtigsten Programmforderungen, für das unumwundene Bekenntnis zum Kolonial-, Meer- und Marinetaumel. Wenn man den Ungebildigen nur recht bald wenigstens ein positives liberales Ergebnis der konservativ-liberalen Paarung vorführen könnte! Und wäre es noch so wenig, es würde doch beweisen, daß der Block nicht unfruchtbar ist. Namentlich nach der großen Selbstverleumdungsborgie, die der Freisinn auf seinem Parteitag zu Berlin gefeiert, wird dies Bedürfnis besonders brennend geworden sein. Und in wohlwollender Würdigung solcher Sehnsucht hat Bülow die Grundzüge seiner ersten liberalen Tat, des Entwurfs zum neuen Reichsvereinsgesetz, in die gutgesinnte Presse durchsickern lassen. Der freisinnige Wähler hat für einige Zeit etwas zu knabbern und kann sich an den „liberalen“ Duft dieser vorläufig noch nicht ganz enthaltene Blockfrucht erfreuen.

Der erste Eindruck der Grundzüge ist aber auch ein sehr fortschrittlicher. Gleich zu Anfang sieht die frohe Volksschaft, daß die Frauen mündig gesprochen werden, daß sie nicht mehr mit Schülern und Lehrlingen auf die Bank der Unmündigen verwiesen werden sollen, wie es heute das preussische, das bayerische und andere Vereinsrechte noch tun. Dann soll für die politischen Vereine die Pflicht zur Einreichung der Mitgliederliste fallen.

Das sind zwei zweifelloste Verbesserungen gegen den jetzigen Zustand in den meisten und größten deutschen Vaterländern. Fragt sich nur, ob ihre Gewährung im 20. Jahrhundert eine Großtat genannt werden kann. Die Ausschließung der Frauen von den politischen Vereinen war längst der Väterlichkeit verfallen. Einer der reaktionärsten und beschränktesten Polizeiminister, die Preußen je gehabt, hat diese Bestimmung selbst durchlöchern müssen durch seinen ihm von der Sozialdemokratie geschickt abgepreßten Segmenterlaß. Die Frauenbewegung, vor allem die proletarische, hat sich durch die Zwirnsfäden der Paragraphen nicht an lebhafter politischer Betätigung hindern lassen. Die Ausnahmebestimmung gegen die Frauen ist nur noch eine Unbequemlichkeit, eine lächerliche Vogelscheuche, aber kein Hindernis mehr. Wenn sie jetzt aufgehoben wird, so fällt damit eine Bestimmung, die für die Reaktion ihren Wert längst verloren hat. Man kann ihr Verschwinden nicht als Fortschritt freudig feiern, man kann nur nüchtern feststellen, daß sie einige Jahrzehnte zu spät fällt.

Noch viel weniger hat es mit dem Verzicht auf die Einreichung der Mitgliederliste politischer Vereine auf sich. Heutzutage ist die Bestimmung, die solche Einreichung fordert, nur noch eine lästige Formalität, die den Vereinsleitungen wie den Behörden unnütze Arbeit bereitet. Seinerzeit ist diese Bestimmung einmal ein Abschreckungsmittel vor dem Beitritt zu sozialdemokratischen Vereinen gewesen, heute hat sie diese ihre Eigenschaft in den meisten Gebieten des Reiches längst verloren. In noch rückständigen Gegenden aber, in kleinen Orten, wo die politischen Organisationen schwach sind, weiß die Polizei auch ohne Mitgliederliste, wer Mitglied der sozialdemokratischen Vereine ist. Die Denunziation der Mitglieder durch die Polizei bei den Untersuchern, wie sie früher vereinzelt unter Benützung der Mitgliederliste geübt wurde — zu Anfang der neunziger Jahre wurde das dem damaligen Bürgermeister von Stahfurt nachgewiesen — ist auch noch möglich, wenn die Polizei die Mitgliederliste nicht mehr erhält. Zudem fragt es sich, ob nicht die Einzelbestimmungen, die ja nach bewährter preussischer Praxis das Gute an den Grundzügen nach Möglichkeit wieder aufzuheben pflegen, der Polizei nicht doch noch eine Hintertür zur Erlangung der Mitgliederliste öffnen. Es braucht nur die schöne Bestimmung des preussischen Vereinsgesetzes konservert zu werden, daß die Vereinsleitung verpflichtet ist, der Polizei alle von dieser gewünschten Auskünfte zu geben und die Mitgliederliste ist im Bereich der Polizei, sobald letztere sie will.

Mit den beiden Errungenschaften des Entwurfs ist es also nicht weit her. Die Machtbefugnis, die die Polizei damit aufgibt, fällt nicht allzu sehr ins Gewicht. Um so schlimmer aber sind die Verschlechterungen, die der Entwurf noch gegen den heutigen Zustand in Preußen bringt. Die Regierungspresse hat sie möglichst unauffällig an den Schluß der Mitteilung gestellt — die Scherl-Blätter haben es sogar fertig gebracht, dem betreffenden Sage eine Fassung zu geben, die den Eindruck hervorruft, als handle es sich um eine Verbesserung. Der „Vol.-Anz.“ sagte: „... Die polizeiliche Ueberwachung der Versammlungen bleibt bestehen. Der Vertreter der Polizei soll aber künftig nur dann eine Versammlung schließen und auflösen dürfen, wenn der Vorsitzende selbst es wiederholt unterlassen hat, bei Aufforderungen eines Redners zu geschwägigen

Handlungen einzuschreiten und ihm das Wort zu entziehen...“ Es scheint demnach, daß die Befugnisse der Polizei eingeschränkt werden, da sie nicht mehr ohne weiteres auflösen kann, sondern erst abwarten muß, ob der Vorsitzende dem zu geschwägigen Handlungen auffordernden Redner das Wort entzieht. Wie aus einer Meldung des „Berl. Tageblatt“ hervorgeht, soll der überwachende Beamte verpflichtet sein, in solchem Falle vom Vorsitzenden die Wortentziehung zu fordern, und erst bei Weigerung des Vorsitzenden hat er das Recht zur Auflösung. Ist das nicht gegen den jetzigen Zustand in Preußen und vielen anderen Vaterländern eine Verbesserung?

Es ist keine Verbesserung, sondern eine eminente Verschlechterung, eine Verschlechterung über das jetzige miserable preussische Recht hinaus, es ist die Verschärfung des deutschen Vereins- und Versammlungsrechts, eine Herabziehung auf das Niveau des Vereins- und Versammlungsrechts des Rusterländchens der Reaktion, des Königreichs Sachsen.

Die Bestimmung bedeutet die direkte Entmündigung der Versammlungsredner und -leiter, ihre Unterstellung unter die Vormundschaft der überwachenden Polizeibeamten, d. h. sehr oft unter die Vormundschaft von Gendarmen, Polizeisergeanten, Ortspolizeidienern und ähnlichen erleuchteten Amtspersonen, im besten Falle unter die von jugendlichen Verwaltungsreferendaren, Polizeileutnants oder Verwaltungssekretären, ein Zustand, der eines mündigen Volkes einfach unwürdig ist und der in ganz Deutschland zurzeit nur in Sachsen besteht.

Der heutige Rechtszustand in Preußen und vielen anderen Bundesstaaten ist der, daß der überwachende Polizeibeamte im allgemeinen nur dann zur Auflösung einer Versammlung befugt ist, wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten! Es genügt also nicht, daß ein Redner zu strafbaren Handlungen auffordert oder anreizt, sondern es müssen konkrete Anträge oder Vorschläge zur Begehung strafbarer Handlungen gemacht und erörtert werden, d. h. ein Redner muß diese Anträge oder Vorschläge begründen und befürworten oder die Versammlung muß darüber abstimmen. So hat denn auch das preussische Obergerichtsgericht diese Bestimmung ausgelegt. Zweifellos wurde von den überwachenden Beamten manchmal gegen diese Auslegung gefehlt und die Beschwerdestellen mögen ihren Inhalt auch des öfteren verurteilt haben, indes hat das Verwaltungsstreitverfahren immer die Möglichkeit, die Polizei über die rechtlichen Grenzen ihrer Befugnisse zu belehren.

Vergegenwärtigt man sich das, so ist leicht zu erkennen, daß die vorgeschlagene Bestimmung des Reichsvereinsgesetzes ein sehr bedenkliche Verschlechterung gegen den jetzigen Rechtszustand in Preußen wie vielen anderen deutschen Staaten bedeutet. Und zwar soll diese Verschlechterung in zwei Richtungen erfolgen. Einmal ist nicht mehr die Erörterung von Anträgen oder Vorschlägen erforderlich, die zur Begehung strafbarer Handlungen auffordern oder anreizen, sondern es genügt, daß ein Redner eine Aufforderung oder Anreizung begehrt. Zweitens aber, und das ist noch weit bedenklicher, wird an die Stelle des Begriffes „strafbare Handlungen“ der viel weitere und behabarere „gesetzwidrige Handlungen“ gesetzt.

Eine Handlung kann gesetzwidrig sein, ohne strafbar zu sein. So ist z. B. der Kontraktbruch des Arbeiters eine gesetzwidrige Handlung, aber keine strafbare Handlung. Die Rechtsauslegung unserer gelehrten Richter hat allerdings herausgestellt, daß die öffentliche Aufforderung zu dieser nicht strafbaren Handlung strafbar sei, sie gibt aber nach jetzigem preussischen Vereins- und Versammlungsrecht dem überwachenden Beamten nicht das Recht zur Auflösung einer Versammlung, denn nach der Rechtsprechung des Obergerichts und nach einer Ministerialverordnung vom Jahre 1890 genügt es nicht zur Auflösung, daß ein Teilnehmer der Versammlung (mag es auch der Redner sein) selbst eine strafbare Handlung begeht. Nach einer im Jahre 1903 ergangenen Obergerichtsentscheidung ist der strafbare Inhalt einer in der Versammlung gehaltenen Rede kein Auflösungsgrund!

Der in den veröffentlichten Grundzügen des Reichsvereins- und Versammlungsrechts vorgeschlagene Rechtszustand ist demnach bedeutend schlechter, als der jetzt in Preußen bestehende, auf einer offizierten Verordnung aus den Zeiten der finsternen Konterrevolution beruhende Zustand.

In der Praxis würde die vorgeschlagene Bestimmung zu einer ständigen Schikantierung der Versammlungsleiter und Redner führen. Die überwachenden Beamten sind in den meisten Fällen gar nicht imstande, den Gedankenfang eines Redners zu erfassen — die Aufzeichnungen Ueberwachender haben vor Gericht mehr als einmal den Beweis dafür erbracht — und ihre juristische Bildung ist wahrhaftig nicht derart, daß sie geschwägigen von nichtgeschwägigen Handlungen zweifelsfrei zu unterscheiden wissen. Und dann die Auslegungsumst der höheren Instanzen und der im Verwaltungsstreitverfahren tätigen Richter! In Sachsen, wo das Wort durch den Ueberwachenden bei Äußerungen entzogen werden kann, die eine Aufforderung oder Anreizung zu Gesetzesübertretungen oder unsittlichen Handlungen enthalten, sind diese Begriffe in geradezu großartiger Weise ausgeweitet worden. Findige Beamte haben dort schon gefunden, daß

in der Kritik behördlicher Maßnahmen eine indirekte Anreizung zur Mißachtung, zur Verletzung befugter Behörden, also zur Begehung einer Gesetzesübertretung liege... Daß preussische, mecklenburgische, überhaupt norddeutsche Polizeibeamte Ähnliches fertig bringen, wer wollte daran zweifeln. Würde Gesetz, was die Reichsregierung plant, so werden viele Versammlungen deshalb der Auflösung verfallen, weil der Vorsitzende sich weigert, eine seiner Meinung nach ungerechtfertigte Forderung des Ueberwachenden auf Wortentziehung auszuführen. Wie es denn überhaupt nur wenigen Versammlungs- und Vereinsleitern anstehen wird, den Büttel der Polizei zu machen.

Wohl lächerlich als gefährlich ist die weitere Bestimmung, daß die Versammlung aufgelöst werden muß, wenn die polizeiliche Bescheinigung der Anmeldung nicht vorgelegt werden kann. Zurzeit kann in Preußen die Versammlung in solchem Falle aufgelöst werden. Künftig soll es ein Muß sein — von wegen der Sicherheit vor dem Gesetz. Der Beamte müßte also auch auflösen, wenn er weiß, daß die Anmeldung erfolgt ist. Es verlohnt sich nicht, ein Wort weiter an diese dem Geist kleinlicher Schikane atmende Bestimmung zu verschwenden.

Als dritter Auflösungsgrund marschiert dann „die durch Tatsachen wahrscheinlich gemachten Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ auf. Das heißt, die Vermutung der Polizei, daß es in der Versammlung zur Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit kommen könne! Die Störung braucht nicht bereits eingetreten zu sein!

Diese Bestimmung ist die Proklamierung der reinen Polizeivillkür, der uneingeschränkten Polizeidiktatur! Das Schicksal aller Versammlungen ist damit völlig dem subjektiven Befinden der überwachenden Polizeibeamten überantwortet. Und wie sich in Polizeiköpfen die Welt verkehrt malen und welche Schreckgespenster ein ängstliches oder eifriges Polizeigemüt erzeugen kann, davon haben wir Proben genug!

Dabei sieht noch nicht einmal fest, ob diese Bestimmung nicht etwa gar der Polizei ein Recht auf Präventivverbot von Versammlungen geben soll! Ein Präventivverbot, wie es zurzeit nur die Vereins- und Versammlungs-gesetze für Hamburg und Sachsen kennen! Ein Artikel der „Vossischen Zeitung“, der sich gegen das Präventivverbot wendet, läßt erkennen, daß gewisse einflussreiche Kreise an der Arbeit sind, um es in das Reichsvereins- und Versammlungs-gesetz zu bringen. Das wäre in der Tat der Gipfel. Zwar verbietet auch Preußens Polizei Versammlungen auf Grund des Allgemeinen Landrechts und die Rechtsprechung hat natürlich recht gegeben. Aber das hindert nicht, daß Praxis selbst zum Geist der reaktionären preussischen Bestimmung „über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches...“ in schroffem Widerspruch steht und daß eine ausdrückliche reichsgesetzliche Sanktionierung dieser Praxis ein nicht unerheblicher Mißschritt für Preußen und eine geradezu standalöse Verschlechterung für die deutschen Staaten mit einigermaßen freihheitlich entwickeltem Vereins- und Versammlungsrecht wäre.

Für große Teile Deutschlands bedeutet ferner die Bestimmung, daß Lehrlinge und Schüler von Vereinen, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, ausgeschlossen sind. Die politischen Jugendorganisationen, die sich in Baden, Württemberg und anderen Staaten entwickelten, wären damit quillotiniert. Die Verschlechterung tritt aber nicht nur für die Staaten mit freierem Vereins- und Versammlungsrecht, sondern selbst für Preußen ein. Denn zurzeit ist in Preußen den Schülern und Lehrlingen nur die Teilnahme an politischen Vereinen verboten. Die neue Bestimmung soll sie ihnen auch für unpolitische Vereine verbieten, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen. Damit wären auch die unpolitischen Jugendorganisationen Norddeutschlands geliefert! Denn der Begriff öffentliche Angelegenheiten ist ein so dehnbarer, weitumfassender, daß sich in dieser Schlinge so ziemlich alles fangen läßt. Auch die Gewerkschaften bedroht diese Bestimmung — sie könnten danach künftig Schüler (jugendliche Arbeiter sind für mehrere Jahre Fortbildungsschüler) und Lehrlinge nicht mehr aufnehmen. Allerdings soll das Recht der Berufsvereine in einem besonderen Gesetz geregelt werden. Indes fragt es sich sehr, ob dieses Gesetz nicht so beschaffen sein wird, daß die Gewerkschaften vorziehen müssen, sich lediglich auf den Boden des allgemeinen Reichsrechts über das Vereins- und Versammlungsrecht zu stellen.

Das sind die Fingergelbte, die die „Grundzüge“ aufweisen. Wie viele mögen die Einzelbestimmungen noch bergen?

Und das ist die erste Blockfrucht, die erste „liberale Errungenschaft“ der Blockära! Jährlich, wenn man nicht wähle, daß Bülow den Freisinn zur Blockbildung nötig hätte, man könnte meinen, er wollte ihn verhöhnen durch seine Grundzüge!

Indes Bülow weiß, was er diesem Freisinn zumuten darf. Möglich, daß er ihn zu bewegen vermag, ein solches Gesetz zu schließen, das Vereins- und Versammlungsrecht ganz Deutschlands im 20. Jahrhundert noch unter den Stand des preussischen Vereins- und Versammlungsrechts vom Jahre 1849 heruntorzubringen. Möglich — aber das hieße auch den Block zum Lobe bei den nächsten Wahlen verurteilen.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 20 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Arbeiterschaft, die an der Gestaltung des Vereins- und Versammlungsbereichs das brennendste Interesse hat, wird jedenfalls alle ihre Kraft einsetzen müssen, um die Befestigung der Bülow'schen Grundzüge zu verhindern. Entspricht ihnen der Entwurf, der dem Reichstag vorgelegt wird, so wird der preussischen Wahlrechtsbewegung ein Proteststurm des gesamten proletariats zur Seite gehen müssen, der da aufkommt mit fauler Blockfrucht!

Landtags-Eröffnung in Bayern.

Der erste auf Grund des direkten Wahlrechts gewählte bayerische Landtag, der heute im königlichen Schlosse zu München von Prinzregenten mit dem üblichen Hofgepränge eröffnet wurde, tritt morgen zu seiner ersten Sitzung zusammen. Diese neue Session ist von größerer Wichtigkeit als je eine zuvor, und der sozialdemokratischen Fraktion, die diesmal 20 Köpfe stark in das Parlament einzieht, wird sich genügende Gelegenheit zu positiver Tätigkeit bieten.

Die Kammer hat eine ganze Reihe hochbedeutender Aufgaben zu lösen, unter denen die Steuerreform obenansieht. Das bayerische Steuerwesen ist veraltet und völlig unhaltbar, wenn das bayerische Finanzwesen nicht total versumpfen soll, und wenn ferner der Staat den Pflichten nachkommen will, die er bisher zum Schaden für die Entwicklung des bayerischen Landes und zum Nachteil für die große Masse des Volkes schwer vernachlässigt hat. Das bayerische Steuerwesen ist ein System der absoluten Systemlosigkeit: ein Durcheinander von Steuern verschiedener Art, die nach den absurdsten Grundätzen erhoben werden. Durch eine ministerielle Denkschrift ist zwar schon eine Steuerreform angekündigt, die aber das Volk in keiner Weise befriedigt, da sie die verschiedenen Steuerarten beibehält und die niedrigen Einkommen ungebührlich belastet. Dieses Sammelsurium von Steuern muß vollständig beseitigt und durch eine allgemeine progressiv steigende Einkommensteuer und eine ergänzende Vermögenssteuer ersetzt werden.

Im Zusammenhang damit bedarf auch das Kommunalsteuerwesen dringend der Regelung. Die Gemeinden erheben jetzt neben Zuschlägen zu den Staatssteuern in der Form von Umlagen vielfach Aufschläge auf die Einfuhr von Lebens- und Genussmitteln. Durch die Aufhebung der kommunalen indirekten Steuern im Jahre 1910 entgehen ihnen jedoch teilweise diese Einnahmen. Es müssen ihnen daher durch eine Reform des Staatssteuerwesens neue Steuereinnahmequellen erschlossen werden.

Die Sozialdemokratie wird ferner im neuen Landtage sofort wieder den Kampf um das Wahlrecht aufnehmen müssen. Zwar ist das direkte Wahlrecht durchgesetzt, aber noch an eine Reihe von erschwerenden Bedingungen geknüpft, auf deren Beseitigung bei jeder Gelegenheit hingewirkt werden muß. Die Vorschriften über die Abweisung des Verfassungseides, der Steuern usw. müssen fallen.

Ferner wird sich der Landtag auch mit dem Kommunalwahlrecht zu beschäftigen haben. Dadurch, daß dies Wahlrecht an den Erwerb des Bürgerrechts gebunden ist, das nur gegen eine ziemlich hohe Gebühr verliehen wird, ist den Un- und Minderbemittelten die Einflußnahme auf die Gemeindegangelegenheiten nahezu unmöglich gemacht. Anträge auf Abänderung des Gemeindewahlrechtes sind schon in früheren Sessionen von unseren Abgeordneten gestellt worden, von der Mehrheit aber stets abgelehnt; jetzt läßt sich jedoch eine Reform nicht mehr aufschieben. Das Parlament hat mit Rücksicht auf seine Arbeitervähler schon vor längerer Zeit angekündigt, daß es die Erteilung des Wahlrechts an alle heimatsberechtigten Gemeindeglieder fördern will.

Außerdem wird den Landtag ein Beamtengesetz beschäftigen, das nicht nur mit der amtlichen Stellung der Beamten, sondern auch mit einer Änderung des Gehaltsregulativs, d. h. mit einer umfassenden Aufbesserung der Gehälter zusammenhängt: eine Forderung, die von den Sozialdemokraten im Landtage schon seit länger als sechs Jahren erhoben wird; denn die bayerischen Beamten sind tatsächlich am schlechtesten im ganzen Reiche gestellt. Die Sozialdemokratie wird hauptsächlich darauf sehen, daß die kleinen Beamten, namentlich die Bediensteten nicht zu kurz kommen und nicht wieder die hohen Beamten den Löwenanteil erhalten.

Auch auf dem Gebiet der Sozialreform bietet sich unseren Abgeordneten ein reiches Feld der Tätigkeit. Der bayerische Staat ist der größte Arbeitgeber im Lande, denn er beschäftigt circa 100 000 Personen. Wanges ist schon durch sozialdemokratische Initiative für die Arbeiter der Staatsbetriebe geschehen, aber das, was den herrschenden Parteien und der Regierung mühsam abgerungen wurde, ist zu wenig, um die staatlichen Anstalten wirklich als Musterbetriebe erscheinen zu lassen.

An anderen wichtigen Vorlagen wird den Landtag ein Straßengesetz, bei dem unsere Partei für die Uebernahme des gesamten Straßennetzes durch den Staat eintreten wird, beschäftigen, ferner eine Veränderung der Kirchengemeindeordnung. Die konfessionellen Gemeinden gehen immer mehr dazu über, Kirchenumlagen zu erheben. Ueber die Verwendung der Kirchenumlagen entscheidet dann die Kirchengemeinde, um deren Zusammensetzung sich die großen Massen nicht kümmern. Es ist zu verlangen, daß zu den Kirchensteuern nur diejenigen herangezogen werden, die zur Kirchengemeinde gehören, und daß die von ihrer Konfession ausgehenden unbeeinträchtigt bleiben.

Auch im Eisenbahnwesen muß eine Änderung eintreten. Die Verkehrsanstalten sind in Bayern in jeder Beziehung ein wunder Punkt. Das ist ein Gebiet, auf dem der Partikularismus einer vernünftigen Regelung Widerstand entgegensetzt.

An Arbeit wird es also unseren Genossen im bayerischen Landtag nicht fehlen. Die nächste Tagung wird höchst wichtige Entscheidungen bringen.

Unser Münchener Parteiorgan, die „Münchener Post“ veröffentlicht bereits Einzelheiten des bayerischen Budgets:

Das ordentliche Budget enthält die Einnahmestände mit Aufhebung der Verwaltungs- und Betriebsausgaben und die Staatsauswandsdetails.

Sämtliche Einnahmestände ergeben eine Reineinnahme von 254 940 694 M. (Mehr gegen 1008 007 25 917 799 M.) bei einer Gesamteinnahme von 518 346 789 M. und einer Verwaltungs- und Betriebsausgabensumme von 263 406 145 M. (Mehr 19 252 000 M.).

Im außerordentlichen Budget „begegnen und zunächst unter den Einnahmen 3 496 712 M. als Einnahmehüberschüsse früherer Finanzperioden und 6 641 300 M. „Zuschuß aus dem Gefälligkeitsfonds“. Im übrigen figurieren darin 17 558 200 M. Allgemeiner Staatsanleihen und 24 410 900 M. Staatsbahnankleihen, wogegen für Zwecke der Staatsbahnenverwaltung hier 24 410 900 M. und für das mit „Ersparnissen“ glänzende Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten und das des Innern gleich noch 2 420 000 M. besonders gebortet werden!

Althoffs Rücktritt.

Der längst angekündigte und allgemein als „sicher“ betrachtete Rücktritt des Excellenz Friedrich Theodor Althoff, des bisherigen

Ministerialdirektors im Kultusministerium, ist endlich erfolgt. Sein Abschiedsgesuch ist unter dem 23. d. M. vom Kaiser „gnädigst“ genehmigt worden, der zugleich in der üblichen Weise dem Scheidenden „Diktator der Unversitäten“ allerlei „Ehrungen“ spendet hat. B. W. ist Herr Althoff in das Herrenhaus berufen und zum Kronsyndikus ernannt worden; ferner hat er folgendes „besonders gnädiges“ Handschreiben erhalten:

„Mein lieber Wirklicher Geheimrat Dr. Althoff! Nachdem ich Ihr Abschiedsgesuch mit Rücksicht auf Ihre Gesundheitsverhältnisse zu Meinem Bedauern habe genehmigen müssen, drängt es Mich, Meiner Anerkennung und Meinem Dank für Ihre Wir und dem Vaterlande geleisteten langjährigen und erfolgreichen Dienste erneuten Ausdruck zu geben. Mit Ihrer wertvollen Kraft noch ferner dem öffentlichen Wohle nutzbar zu machen, habe Ich Sie auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen und Sie zum Kronsyndikus ernannt.

Ihr wohlgeneigter und dankbarer
Wilhelm R.

Memel, den 23. September 1907.“

Auch der Reichszentralrat hat dem Scheidenden ein konventionelles Kondolenzschreiben zugehen lassen, worin er ebenso aufrichtig als lebhaft bedauert, daß die bekannten „Gesundheitsrückichten“ die Kraftjahre, noch immer mit ungeheurem Appetit gesegnete Exzellenz zum Scheiden aus dem Amte zwingen.

Der Abgang Dr. Althoffs hat zu folgenden Veränderungen in den Abteilungen des Ministeriums geführt: Der zum Ministerialdirektor ernannte Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Dr. Raumann übernimmt die Leitung der Abteilung für Universitäten und Technische Hochschulen und der damit in Verbindung stehenden Anstalten. Die allgemeinen wissenschaftlichen Angelegenheiten und die Angelegenheiten der Kunst sind dem Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrat Dr. Schmidt als Direktoren unterstellt. Die Direktorialgeschäfte für das höhere Unterrichtswesen sind dem Unterstaatssekretär Dr. Weber übertragen.

Einige liberale Blätter, die in letzter Zeit mit besonderer Energie gegen Althoff rasonniert haben, sehen bereits so etwas wie eine liberale Ära im Kultusministerium anbrechen. So schreibt z. B. die „Voss. Ztg.“:

„Indessen heute ist Herr Althoff ein stiller Mann, und es darf angenommen werden, daß mit ihm auch sein System gefallen ist. Der Wöner des Herrn Spahn jr. paßt nicht in eine Politik, der Herr Spahn sen. als Führer der Wiedersacher gegenübersteht. Das Friedrich Althoff ins Herrenhaus versetzt wird, mag ihm gegönnt sein; dieser Sitz ist sein Altenteil. Daß er zum Kronsyndikus ernannt ist, wird vieler Orten Verwunderung erregen, da die Welt kaum weiß, daß er Jurist gewesen ist. Aber es ist richtig; er ist dem Freiherrn v. Roggenbach bei der Organisation der reichsständischen Hochschule Hilfe leistete, war er Landgerichtsadvokat, und später wurde er zur Belohnung Professor der Rechts- und Staatswissenschaften. Die Geschäfte des Kronsyndikats werden seine Zeit kaum in Anspruch nehmen. Im übrigen wünschen auch die politischen Gegner Herrn Althoff einen noch langen und heiteren Lebensabend.“

Und nun sehen sie den Taten des „neuen Herrn“ entgegen. Geheimrat Raumann geht der Ruf eines aufgeklärten Mannes und ungewöhnlich fähigen Beamten voraus. Daß auf ihn die Wahl des Kultusministers holla gefallen ist, zeigt, daß zwischen beiden ein vertrauensvolles Verhältnis besteht. Man wird die nächsten Maßnahmen der Unterrichtsverwaltung gespannt erwarten und unbefangenen beurteilen.“

Denartige schöne Hoffnungen lauchen, seit der Freisinn sich als Konfession des Konfessionsalismus fühlte, bei jedem Ministerwechsel in den Spalten der freisinnigen Blätter auf. Allem Anschein nach gehören sie zum Wrasenbestand der neuen Volkspolitik. In Wirklichkeit wird sich im preussischen Kultusministerium hergähig wenig ändern. Bleibt doch Ministerialdirektor Schwarzkopf, der reaktionäre und schwächliche Partner Althoffs, dem Kultusministerium als wertvolle Kraft erhalten; und selbst wenn bei ihm, wie neuerdings behauptet wird, ebenfalls Gesundheitsrückichten im Anzuge sein sollten, wird alles beim alten bleiben. Ueber der Eingangspforte zum preussischen Kultusministerium stehen auch unter Herrn Holles Leitung die Worte: „Laßt alle Hoffnungen schwinden!“

Der englisch-russische Vertrag.

Die Bemühungen der englischen und russischen Diplomatie, die sogenannte asiatische Interessensphäre Rußlands und Großbritanniens gegen einander abzugrenzen, haben am 31. August zur Unterzeichnung eines Vertrages geführt, dessen Wortlaut, nachdem am 23. ds. in Petersburg der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte, jetzt durch die Vertreter der beiden Mächte in Berlin, Wien, Konstantinopel, Paris, Rom und Madrid den Regierungen mitgeteilt worden ist, bei denen sie beglaubigt sind. Nach der amtlichen Petersburger Meldung enthält der Vertrag folgende Abmachungen:

Bezüglich Persiens haben die russische und die großbritannische Regierung, die sich gegenseitig verpflichtet haben, die Unabhängigkeit und Integrität dieses Landes zu achten, und die aufrichtig die Aufrechterhaltung der Ruhe in diesem Lande und ebenso die dauernde Einführung von Vorteilen für den Handel und die Industrie aller Völker wünschen, sich gegenseitig verpflichtet, irgendwelche Konzessionen politischer oder kommerzieller Natur weder für sich selbst nachzusuchen, noch zugunsten ihrer Untertanen oder der Untertanen dritter Mächte zu befürworten, und zwar Rußland nicht jenseits einer Linie, die von Kasri über Chirin nach Japahn, Jезде und Galk geht und bei dem Schnittpunkte die Grenzen Persiens, Rußlands und Afghanistans endet, und Großbritannien nicht jenseits einer Linie, die von der afghanischen Grenze beginnt, über Ghaff, Bindgand und Kerman geht und in Vender-Abbas endet. Die vertragstheilhabenden Teile werden keinen Einspruch dagegen erheben, daß ihren respektiven Untertanen in den zwischen den genannten Linien liegenden Gebieten Konzessionen erteilt werden. Die Einkünfte der persischen Rölle, welche die von der Regierung des Schahs mit der Banque d'Escompte et de prêts ebenso wie mit der kaiserlichen Bank von Persien abgeschlossenen Anleihen garantieren, sollen zu demselben Zwecke verwendet werden wie bisher. Für den Fall von Unregelmäßigkeiten in den Zahlungen richten die russische und die englische Regierung im gegenseitigen Einverständnis eine Kontrolle über die Einnahmequellen ein und vermeiden dabei jede Einmischung, die den Grundzügen des gegenwärtigen Abkommens widerspricht.

Sichtlich Afghanistan erklärt die englische Regierung, nicht die Absicht zu haben, die politischen Verhältnisse dieses Landes zu ändern; sie werde ihren Einfluß nur in friedlichem Sinne geltend machen und Afghanistan nicht zu Maßnahmen ermutigen, die für Rußland bedrohlich wären, und verpflichtet sich ebenso, keinen Teil Afghanistans an sich zu reißen, oder zu besetzen, oder sich in seine innere Verwaltung einzumischen. Die kaiserlich russische Regierung erklärt, daß sie Afghanistan als außerhalb ihrer Einflußsphäre befindlich anerkenne. Beide Regierungen erklären betreffs Afghanistans den Grundzügen der Verhandlungsgleichheit in bezug auf den Handel anzuerkennen.

Betreffs Tibets erkennen beide Regierungen die sügeränen Rechte Chinas über Tibet an und verpflichten sich, keine terri-

toriale Integrität zu respektieren, sich jeder Einmischung in seine innere Verwaltung zu enthalten sowie keine diplomatischen Vertreter nach Lhasa zu entsenden. Auch sind sie sich darüber einig, daß kein Teil der Staatseinkünfte von Tibet weder Rußland, Großbritannien oder deren Untertanen verpfändet oder gerichtlich verpfändet werden dürfe. Sofern sie Buddhisten sind, dürfen russische oder großbritannische Untertanen auf rein religiösem Gebiet mit dem Dalai-Lama und anderen Würdeträgern des Buddhismus in direkte Beziehungen treten.

In Zusatznoten zu der Konvention verpflichten sich beide Regierungen gegenseitig, auf die Dauer von drei Jahren von jetzt an keiner wissenschaftlichen Expedition irgendwelcher Art das Eindringen in Tibet zu gestatten.

Der Vertrag legt nur den status quo fest, der heute schon in Mittelasien besteht. Durch die Linie Kasri-Chirin, Japahn-Jезде-Galk wird die nördliche Hälfte Persiens der russischen, die südliche Hälfte der englischen Interessensphäre zugewiesen; Afghanistan, das in den letzten Jahren immer mehr unter Englands Einfluß geraten ist, wird offiziell von Rußland als englisches Interessengebiet anerkannt, während Tibet, in das England bekanntlich vor einigen Jahren, als Rußland sich in der Mandchurei mit Japan herumschlug, eine militärische Expedition unternahm, als neutrales chinesisches Gebiet behandelt werden soll.

Trotzdem der Vertrag jedoch nur den status quo aufrecht erhält, wäre er noch vor wenigen Jahren unmöglich gewesen. Erst die Niederlage der russischen Truppen in der Mandchurei und noch weit mehr die russische Revolution haben die Vorbedingung für diesen Vertrag geschaffen. Ernstliche Kämpfe gegen England zu wagen, sieht sich die russische Regierung heute außerstande; sie hat genug mit der Niederhaltung des revolutionären Geistes im Lande zu tun, und so schießt sie leichtfertig einen Vertrag, der sie für eine spätere Zukunft nicht bindet, ihr aber die Durchsetzung ihrer Absicht, auf dem englischen Geldmarkt eine neue Anleihe aufzunehmen, wesentlich erleichtert. Vorläufig ist für sie das Wichtigste, Geld aufzutreiben; das übrige findet sich später. England erhält dagegen durch den Vertrag die Möglichkeit, seine Truppenmacht in Indien zu ermäßigen und dadurch Indiens Militärlast, die schwer auf die Einwohner-schaft dieses Landes drückt, zu erleichtern. Zugleich erlangt es freie Hand, in Afghanistan seinen Einfluß, wenn auch vorläufig „nur in friedlichem Sinne“ zur Geltung zu bringen, bis später sich die Gelegenheit zur Angliederung an den indischen Besitz bietet.

Dennoch, obgleich der Vertrag „ausschließlich asiatisch“ ist, hat er doch auch für Deutschland eine gewisse politische Bedeutung; denn er beseitigt, wenn auch nur einstweilen, verschiedene bisher zwischen Rußland und England bestehende Streitpunkte und bietet die Vorbedingungen für weitere Annäherungen zwischen beiden Mächten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. September 1907.

Das Schweigen der Scham?

Unser freisinnige Presse hat noch kein Wort der Glostierung für den lebenswürdigen Polizeistreich gefunden, den die Regierung gegen unsere Vorkessule verübt hat. Sie nimmt von der gegen den Genossen Hülferding ergangenen Ausweisungandrohung nichtern und wortlos. Als Handie es sich um einen gefallenen Droschken-gaul. Wenn diese satonische Art der Verleumdung auch der Bedeutung der politischen „Action“ entsprechen mag, so handelt es sich doch für den Freisinn um sehr viel mehr: um eine Frucht der liberalen Ära, die ja durch die Wodpaarung eingeleitet worden sein soll. Daß diese Frucht so bedenklich nach russischem Zuchten riecht und die glorreichsten Perspektiven für die „liberalen“ Taten des Ministeriums Blöow-Roske-Holle eröffnet, das sollte immerhin die freisinnige Presse veranlassen, ihrer Kritik dieser neuesten Kulturart Preußens eine minder bedeutungsfähige Form zu geben.

Ist es das Schweigen der Scham, das die sonst so redselige freisinnige Presse verstummen läßt? Fühlt sich der Freisinn durch dieses „Niederreiten“ der Sozialdemokratie so indigniert, daß ihm der entrüstete Protest in der Kehle stecken bleibt? Wir sind dessen nicht ganz sicher! Denn vielleicht ist es auch nur das Zeichen des schämigen Einverständnisses mit dieser „Action“, eines Einverständnisses, das sich um deshalb nicht in Weisheits- und Gebundenen äußert, weil der Freisinn des Erfolges des samosen Attentats auf die „Freiheit der Wissenschaft“ nicht sicher ist!

Wie dem auch sei: Jedenfalls begnügen sich „Berl. Tageblatt“, „Voss. Ztg.“ usw. mit der nackten Wiedergabe des Tatbestandes. Bei dem Roskeblatt nimmt uns das ja nicht weiter wunder. So begeißert es für die Kubitätenfreiheit mehr oder minder künstlerischer Alte kämpft, so gleichgültig sind ihm soziale und politische Rechte. Hat es doch erst kürzlich den samosen Schreibebrief des Landrats Stubenzach an den Verein der jugendlichen Arbeiter als „prinzipielle Stellungnahme“ bezeichnet.

Von allen Freisinnblättern ist es allein die „Voss. Ztg.“, die einige Worte der Kritik findet. Nun, dies Blatt ist geschäftlich der Firma Roske angegliedert; politisch steht es völlig isoliert da, ist es ohne jede Bedeutung. Wir glauben uns also kaum zu täuschen, wenn wir das Schweigen der Freisinnpresse nicht auf die Scham, sondern auf die durch die Wodprostitution vollends entwickelte Schamlosigkeit des Freisinn zurückführen!

Sächsische Landtagswahlen. Nach den jetzt endgültig vorliegenden Resultaten der Landtagswahlen haben die Nationalliberalen 8 Sitze gewonnen und die Konservativen ebenso viele verloren. Die Zweite Kammer wird künftig bestehen aus 46 Konservativen (bisher 54), 31 Nationalliberalen (bisher 23), 8 Freisinnigen, einem Reformen und einem Sozialdemokraten. Die Konservativen haben also, wie bisher, das entschiedene Uebergewicht.

Börse und Wahlrecht.

Eine Berliner Zeitung will über die Ergebnisse der Beratungen in Nordern erfahren haben, daß die Konservativen mögliches Entgegenkommen bei der Reformenreform und die Freisinnigen möglichst zurückhaltend in Sachen der preussischen Landtagswahlreform sein wollen. Beide Teile aber sollen bereit sein, eine Protempo-Politik zu unterstützen, in der endlich „etwas mehr Dampf“ aufgemacht werde. Aus diesem Grunde sei auch Herr v. Tirpitz nach Nordern gerufen worden.

Einerlei, ob diese Darstellungen auf Informationen oder nur auf Kombination beruhen: sie haben auf alle Fälle die größte Wahrscheinlichkeit für sich. Nicht umsonst wurde in der freisinnigen Busch-Versammlung von den freisinnigen Rednern besonderes Gewicht auf eine Reformenreform gelegt, während alle Reden mit Ausnahme der des einiaen Herrn Tröber die Notwendigkeit

betonen, von der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen einzuweichen abzustehen und sich mit einer Abschlagszahlung zu begnügen. Von der Flottenpolitik war allerdings nicht die Rede; dafür wurde aber um so ausgiebiger mit der nationalen Phrase gearbeitet. Auch hat die Freisinnspresse ja schon Herrn Peter Spahn gegenüber erklärt, daß sich der Freisinn in Flottenpatriotismus vom Zentrum nicht überlagern lassen werde!

Eine Einladung zum Niederreiten.

Die konservativen „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ redet dem Freisinn gütlich zu, doch lieber die Frage der preussischen Wahlreform noch einmal zurückzustellen und dafür das „Niederreiten“ der Sozialdemokratie fortzusetzen. Sie schreibt:

„Die Sozialdemokratie hat sich bei der letzten Reichstagswahl eine tüchtige Schlappe geholt. Das Resultat konnte nur dadurch erzielt werden, daß die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten ziemlich einig waren. Noch größere Einigkeit hätte noch bessere Resultate gezeitigt. Einige weitere Mißerfolge können für die Partei sehr verhängnisvoll werden. Gelangt es nun, bei der nächsten Wahl zum preussischen Landtage durch ein abgeändertes Landtagswahlrecht der Sozialdemokratie auch nur kleine Erfolge zu erzielen, so wird das den Mut und das Selbstvertrauen der Genossen heben, und es wird die Arbeiter wieder fester an ihre Fahnen setzen. Da halten wir es denn wirklich für zweckmäßiger, den Kampf gegen die Sozialdemokratie weiter zu führen. Ist die Partei einigartig niedergeworfen, dann könnte vielleicht (!) die Zeit gekommen sein, über einige Änderungen des Landtagswahlrechts zu reden.“

Die „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ versteht sich nicht schlecht auf die Psyche der freisinnigen Führer. War doch der Ton der freisinnigen Putsch-Parade ganz auf das „Niederreiten“ der Sozialdemokratie gestimmt.

Wenn nun auch der Freisinn nicht auf jede Änderung des Dreiklassenwahlrechts verzichten kann, so wird er doch aus Haß gegen die Sozialdemokratie und aus Angst vor ihr eine die Massen auch künstlich entrechtende Wahlreform um so lieber akzeptieren, als er dadurch vor der Gefahr bewahrt wird, von den Niedergerittenen überritten zu werden! —

Dem Volke muß die Religion erhalten werden.

In den allgemeinen Knaben- und Mädchen-Fortbildungsschulen in Hof l. W. nahm bisher der katholische Religionsunterricht nur eine Wochenstunde in Anspruch. Nun wurde beschlossen, drei Unterrichtsstunden dem Religionsunterricht zu widmen. Obendrein hat der liberale Stadtmagistrat noch den Beschluß gefaßt, die zwei Mehrstunden zu honorieren, während die Geistlichen bisher die eine Stunde nicht besonders bezahlt erhalten hatten.

Die Arbeitssklaverei der Herero!

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ teilt mit, daß die ursprüngliche Absicht, die Herero schon in nächster Zeit wieder völlig freizugeben, „zunächst“ nicht durchgeführt werden könne. Bestehe doch sonst die Gefahr, daß eine allgemeine Abwanderung der Herero nach englischem Gebiet stattfinden werde. Mache sich doch unter den Herero im Norden des Schutzgebietes seit einiger Zeit ein solches Bestreben bemerkbar.

Also erst führt man den Ausrottungskrieg gegen die Herero, und nun sieht man sich gezwungen, die Arbeitssklaverei auch weiterhin beizubehalten, um der Gefahr einer völligen Entvölkerung des Landes von Eingeborenen vorzubeugen. Dabei will man so großmütig sein, die Herero nicht nur durch Polizeizwang, sondern auch durch „wirtschaftliche“ Wohltaten an ihre Arbeitssklaverei zu fesseln. Man will nämlich der fünfzigjährigen Familie zwei Mutterziegen zur Verfügung stellen. Dies Kleinvieh soll Eigentum der Regierung bleiben und die Herero nur die Nützlichkeits- und die Erlaubnis haben, einige von den Ziegen durch Entrichtung des Kaufpreises als Eigentum zu erwerben. Hiermit soll, wie das offiziöse Blatt schreibt, gleichzeitig bezweckt werden, in die Ernährung der Kinder etwas mehr Abwechslung zu bringen und dadurch den Gesundheitszustand zu verbessern.

Das Institut der Arbeitssklaverei soll also einzuweichen bestehen bleiben! —

Die Obambofrage.

Die „Königliche Volkszeitung“ hofft, daß durch den vorläufigen Obambokrieg der Kampf nicht auch auf deutsches Gebiet überspringe. Da ein Teil der Obambos jetzt als Bahn- und Bergarbeiter im deutschen Dienste tätig sei, sei zu erwarten, daß diese Gewöhnung an die Deutschen und die Erkenntnis der überlegenen Macht der Europäer den Obambos alle kriegerischen Reigungen benehmen werde. Allerdings müsse das Gouvernement die größte Sorgfalt anwenden, damit die friedliche Entzweiung nicht plötzliche Störungen erleide. Dazu gehöre, daß eine Verlastung der Obambos durch Händler und einzelne sich anstellende Farmer vermieden werde. Auch das weitere Vordringen der Missionen müsse verhindert werden, sobald sich Unzutraglichkeiten mit den Eingeborenen einstellen. Vor allem aber sei die Verrückung der Obambos durch militärische Expeditionen und militärische Stationen zu vermeiden.

Auch wir wollen hoffen, daß es sich die deutsche Regierung ernstlich angelegen sein läßt, alle Reibungen mit den Obambos zu vermeiden! —

Dänemark.

Fort mit der Gesindeordnung!

Die Dienstmädchen und Dienstmädchen Dänemarks, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind und einem Ausnahmegesetz unterliegen, das der preussischen Gesindeordnung ähnlich sieht, haben beschloffen, folgendes Gesuch an Regierung und Reichstag zu richten:

„Die unterzeichneten Dienstmädchen aus den verschiedensten Teilen des Landes richten hiermit an die Regierung und den Reichstag die dringende Aufforderung, durch Gesetz das „Dienstmädchengesetz vom 10. Mai 1854“ und alle dazu gehörenden veralteten Gebräuche aufzuheben, das Dienstverhältnis zwischen Arbeitgebern und Knechten, Mädchen, Dienstjungen zu einem freien Vertragsverhältnis zu machen sowie dafür zu sorgen, daß uns das Wahlrecht gegeben wird, damit wir mit den übrigen Ständen teilhaben an den Gütern der Freiheit und Gleichheit.“

Es schied sich nicht für ein freies Land, einen Sklavenstand zu haben. Gebt uns Freiheit, gebt uns Recht, und wir werden uns dessen würdig zeigen!“

Montenegro.

Sehr einfach!

Dieser Tage hat sich der Fürst von Montenegro auf Agitationsreisen begeben. Die erste Rede hielt er in Nikšić, wo er unter anderem folgendes sagte: „Halls Ihr mir in die Stupschina einen Abgeordneten von der Volkspartei schicken werdet, so sollt Ihr wissen, daß ich ihn erschießen werde... Wählt in die Stupschina solche Leute, welche ich dort haben will!“ — und der

viere Fürst nannte gleich eine Reihe von Kandidaten, die ihm genehm sind.

Ein sehr einfaches Verfahren, das sich vielleicht auch bei unszulande anwenden ließe. . . .

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

25. Sitzung vom Donnerstag, den 26. September, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Vangerhand eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Rührer für den in der letzten Woche im Alter von 79 Jahren verstorbenen früheren langjährigen Stadtvorordneten Heilmann.

In den Ausschuss zur Vorbereitung des Antrages Schmidt wegen Herstellung eines Fußgängersteiges über den Gölzler Bahnhof zum Zwecke einer direkten Verbindung der Wiener- mit der Gölzlerstraße sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtvorordneten Lohndorf und Voigt deputiert worden.

Stadtv. Nischelet erstattet den Ausschussbericht über die Vorlage betr. die gegen die Richtigkeit der Gemeindevorwählerliste erhobenen Einsprüche. Die Zahl der Reklamanten hat in diesem Jahre bekanntlich nicht weniger als 1003 betragen, von denen 876 die nachträgliche Aufnahme in die Liste, 122 die Vornahme von Korrekturen an der Eintragung, 65 die Umtragung von einer Wohnung bezw. Abstellung in die andere verlangen.

Der Wahlprüfungsausschuss empfiehlt, der Reklamation der Richtingetragenen in 408 Fällen stattzugeben, da die angelegten Ermittlungen ergeben haben, daß von den 288 Steuerrestanten 17 ihre Steuern bezahlt haben, von den 240 Schlafstelleninhabern 178 Chambregarnisten sind, von den 49 Armenunterstützungsempfängern 34 nicht mehr oder noch nicht als solche erscheinen, von den 76 Ausländern oder Nichtstaatsangehörigen oder noch nicht ein Jahr in Berlin Wohnhaften 40 nicht unter diese Kategorien fallen, von den 20 angelegten unter 600 R. Einkommen Veranlagten 4 anderweit veranlagt sind, endlich bei 135 von 204 aus anderen Gründen ausgeschlossenen diese anderen Gründe nicht zureichten.

Die 122 beantragten Einzelleistungen hat der Magistrat kurzerhand vornehmen lassen. Der Ausschuss hat dies Verfahren gebilligt und beantragt generell: „den Magistrat zu ersuchen, alle derartige Anträge, in denen die Identität des Gemeindevorwählers unabweisbar feststeht, ohne weiteres selbst zu erledigen und den Einsprechenden von der erfolgigen Verichtigung Kenntnis zu geben.“ Auch den Anträgen auf Umtragung hat der Ausschuss in Übereinstimmung mit dem Magistrat zugestimmt.

Stadtv. Dupont (Soz.): Der Verleiderkammer wies darauf hin, daß es vorkommen könne, daß zwei zu gleicher Zeit ein Zimmer mieten und dann jeder als selbständiger Chambregarnist gilt; er erwähnte ferner, daß entweder nach der Recherche des Wahlbüros oder nach der Auskunft des betreffenden Polizeibüros entschieden worden ist. Dabei ist außer acht gelassen, daß auch die Stadtvorordneten selbst die Listen zur Recherche erhalten; auch ihre Ermittlungen haben in die Wogschale zu fallen. Ich habe mir die Mühe gemacht, die betr. Zimmer anzusehen, um festzustellen, ob die erwähnten Recherchen richtig sind. In einem Falle fand ich, daß der Betreffende schon 11 Jahre bei einem und demselben Wirt wohnt, aber die Polizei ihn nicht als Chambregarnisten in den Listen führt. Ähnlich liegen mehrere andere Fälle. Es kann doch nicht ausschlaggebend sein, was der Wirt oder die Wirtin des Betreffenden bei der Polizei angegeben haben. Unschärfbar ist mir auch, daß, wenn zwei zusammen ein Zimmer bewohnen, der eine das Wahlrecht verliert in dem Augenblick, wo der andere stirbt oder auszieht. Das magistratliche Wahlbüro ist auch in dieser Beziehung keineswegs konsequent. In der Oranienburgerstraße 84-85 wohnen jetzt 150 bis 160 subalterne Postbeamte, die durchweg als Chambregarnisten gelten, obwohl sie kein Zimmer für sich haben, sondern zu 6 bis 8 in einem Zimmer wohnen. (Hört! hört!) Bei der Wahl treten diese Postbeamten durchweg an und wählen nicht Sozialdemokraten. Ich will nicht annehmen, daß, wenn es anders wäre, sie dann die Qualifikation als Chambregarnisten verlieren würden; aber um der Gerechtigkeit willen verlangen wir, daß in anderen analogen Fällen ebenso verfahren wird. Aus diesem Grunde haben wir beantragt, noch sechs weiteren Reklamanten das höchste staatsbürgerliche Recht, das Wahlrecht, zu geben. In verflochtenen Jahre sind 3 1/2 Millionen mehr an Einkommensteuer herausgeholt worden, zumeist aus der arbeitenden Schicht; um so peinlicher sollte man jetzt jedem das gewähren, was ihm zusteht. Im übrigen protestieren wir gegen diese Art der Recherchen; der Protest wird am Wahltag dadurch bekräftigt werden, daß die dritte Abteilung nur Sozialdemokraten wählt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Laberwig (K. L.): Daß der Ausschuss mit äußerster Liberalität verfahren ist, ergibt sich schon daraus, daß es Herrn Dupont nicht gelungen ist, mehr als 6 Fälle herauszufinden, die er zum Gegenstand seines Antrages macht. Wir sind an die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gebunden. Ob jemand Schlafbursche oder Chambregarnist ist, kann oft weder durch die Aussage der Wirtin, noch durch die Aussage der Polizei entschieden werden; hier hat der Ausschuss selbständig zu prüfen. In den 6 Fällen ist der Ausschuss der Ansicht, daß es sich um Schlafburschen, nicht um Chambregarnisten handelt. In großen Reklamationen, wie sie der Inhalt der Rede des Herrn Dupont brachte, bietet dieser Gegenstand keine Veranlassung.

Stadtv. Voigt: Mit den erwähnten Postbeamten hat es folgende Verhältnisse. Vor zwei Jahren wurde hier ausgeführt, wenn die Postbeamten in die Liste aufgenommen würden, müßten auch alle Schlafburschen aufgenommen werden. Die in der Versammlung angeregte Prüfung der Frage durch den Magistrat hat stattgefunden und ergeben, daß auf diese Postbeamten, welche Dienstwohnungen haben, das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts nicht Anwendung finden kann. Die Prüfung ist durch drei Juristen bewirkt worden, die einstimmig zu dieser Ansicht gelangten. Einspruch gegen die Aufnahme der Postbeamten ist überhaupt nicht erfolgt.

Referent Stadtv. Nischelet: In den von dem Antrage betroffenen Fällen sind die Einkünfte dahin gegangen, daß es sich um Inhaber von Schlafstellen handelt; ich stelle aber anheim, die nachträgliche Aufnahme auszusprechen.

Stadtv. Heilmann (K. L.) spricht sich im Gegensatz zu seinen fraktionsgenossen Laberwig ebenfalls für die nachträgliche Aufnahme der betreffenden sechs Reklamanten aus.

Stadtv. Dupont: Herr Laberwig hat gefühlermaßen bemängelt, daß ich nur sechs Fälle herausgefunden hätte. Ja, die Zeit zu ausführlichen Recherchen ist eben außerordentlich kurz gewesen.

Der Antrag Dupont wird angenommen.

Im übrigen beschließt die Versammlung durchweg nach den Anträgen des Wahlprüfungsausschusses und nimmt auch die von diesem vorgeschlagene Resolution an.

Die Wertzuwachssteuer-Vorlage

soll nunmehr heute endlich in der Versammlung zur Erledigung kommen, nachdem die Beratung schon annähernd zwei Jahre gebraucht hat, um die bisherigen Stadien zu durchlaufen. Die Magistratsvorlage war, nachdem die Mehrheit der Versammlung sich prinzipiell für die Einführung einer solchen Steuer ausgesprochen hatte, an den Ausschuss zurückverwiesen worden. Dieser hat die von der neuen Steuer erhoffte und erwartete finanzielle Wirkung einfach illusorisch gemacht, indem er l. den Absatz 2 des § 7 des Entwurfs der Steuerordnung: „Bei der Veranlagung der Zuschläge ist es belanglos, ob der frühere Eigentümer ein Wechsel vor oder nach dem Inkrafttreten dieser Ordnung stattgefunden hat“, beseitigt und den 1. April 1907 als Stichtag für die Berechnung des von der Differenz zwischen Erwerbpreis und gemeinem Wert des Grundstücks zu erhebenden Zuschlags festgesetzt wissen will, sowie 2. dem § 14 einen Zusatz gab, wonach die Wertzuwachssteuer nur insoweit er-

hoben werden soll, als sie die Umsatzsteuer übersteigt. Diese Beschlüsse sind im Ausschusse in erster Lesung mit 8 gegen 7 Stimmen gefaßt und in zweiter Lesung mit 9 gegen 6 Stimmen bestätigt worden. Angenommen wurde die vom Magistrat vorgeschlagene Skala: 5 v. H. der Wertsteigerung, wenn diese mehr als 10 bis einschl. 20 v. H., 6 v. H. der Wertsteigerung, wenn diese mehr als 20 bis einschl. 30 v. H., 7 v. H. der Wertsteigerung, wenn diese mehr als 30 v. H. bis einschl. 40 v. H., 8 v. H. der Wertsteigerung, wenn diese mehr als 40 bis einschl. 60 v. H., 9 v. H. der Wertsteigerung, wenn diese mehr als 60 bis einschl. 80 v. H. des früheren Erwerbpreises bezw. des gemeinen Wertes zur Zeit des 1. April 1907 ausmacht und so weiter je 1 v. H. Wertsteigerung bis zum Höchstsaße von 20 v. H.

Die Magistratsvertreter haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß für den Magistrat die Vorlage mit der Anrechnung der Umsatzsteuer auf die Wertzuwachssteuer jeden Wert verloren hat.

Referent des Ausschusses für das Plenum ist Stadtv. Barth (K. L.).

Von den Stadtv. Dr. Arons und Genossen (Soz.) ist die Wiederherstellung der §§ 7 und 14 in der Fassung der Vorlage beantragt.

Stadtv. Dr. Preuß (Soz.-fortsch.): Das Prinzip der Wertzuwachssteuer ist von der Mehrheit der Versammlung angenommen worden. Ueber die Einzelheiten ist dann im Ausschuss abermals eine sehr gründliche Diskussion gepflogen worden, ein geübliches Kompromiß ist aber nicht zustande gekommen, da trotz der beschlossenen Bestimmungen die schließliche Annahme keineswegs gesichert ist. Eine kleine Ausschussmehrheit hat konsequent die Vorlage möglichst verschlechtert. (Zuruf: Abgeschwächt! Zuruf des Stadtv. Cassel: Verbessert!) Die aus dem Ausschuss herausgekommene Wertzuwachssteuer ist nur eine Karikatur ihrer selbst, die wir ablehnen, um nicht die Zukunft zu kompromittieren. Mit dem Antragsantrag zu § 7, der die Befreiung der sogenannten rückwirkenden Kraft verlangt, ist die Vorlage gefallen, sie findet dann auch in der Versammlung keine Mehrheit mehr. Von einer rückwirkenden Kraft kann in Wirklichkeit gar nicht die Rede sein; um aber alle Zweifel zu vermeiden, müssen wir dringend wünschen, daß nicht nur der Antragsantrag abgelehnt, sondern der Wortlaut der Magistratsvorlage wieder aufgenommen wird. Es wäre ungerecht, wenn die hohen Gewinne der letzten 20 bis 30 Jahre nicht herangezogen würden. Die Magistratsvorlage trägt allen berechtigten Bedenken auch hinsichtlich des Einflusses des Wertverlustes und der Inkosten durchaus Rechnung. Abwählbar ist die Wertzuwachssteuer nicht. Mit der Normierung des 1. April 1907 aber trüge man einen organischen Fehler in die Konstruktion der Steuer hinein, indem dann für alle Grundstücke gleichmäßig der gemeine Wert an diesem Tage gilt und die ungeheuren Konjunkturgewinne aus früheren Besitzwechseln unangreifbar werden. Die Unabwählbarkeit der Wertzuwachssteuer wird auch vom Bunde der Berliner Hausbesitzervereine zugestanden. Schon Alexander Prener hat sich, und zwar schon 1866, für diese Steuer in überzeugendster Weise ausgesprochen und dabei auch dargetan, daß die Grundbesitzer selbst am wenigsten an der oft isolierten Wertsteigerung die Schuld tragen. Soweit ist in 40 Jahren der Liberalismus zurückgekommen! Die Hausbesitzer arbeiten in dem Kampf gegen diese Steuer gegen ihr eigenes wirkliches Interesse. Steuern auf Vorrat sollen nicht bewilligt werden; und wenn wir auch im Grunde schwimmen, so haben wir ja das Recht der beweglichen Steuern. Ueberlegen Sie sich also doch noch einmal recht sorgfältig, ehe Sie Ihr Votum abgeben!

Oberbürgermeister Airsner: Der Magistrat hält gegenüber den Ausschussanträgen an seiner Vorlage fest, behält sich aber die Beschlußfassung über die Beschlüsse der Versammlung vor. Die Beschlüsse des Ausschusses in erster und zweiter Lesung weichen in drei Punkten von unserer Vorlage ab. Bei § 9 ist beschlossen worden, bei der Berechnung der Steuer den Wert des Grundstücks um die Aufwendungen zu erhöhen, die der Eigentümer neben dem Kaufpreise ausgegeben hat. In der Vorlage war dieses Prinzip schon enthalten, der Ausschuss hat es durcharbeiten zu müssen geglaubt. Dieser Beschluß geht schon bis an die äußerste Grenze des Zulässigen, aber ich persönlich glaube, es würde damit noch auskommen sein. Wenn aber die Ausschussbeschlüsse zu §§ 7 und 14 aufrecht erhalten werden, hat die Steuer so gut wie keinen inneren Wert mehr. (Sehr richtig!) Gerade denjenigen Gewinn will der Magistrat ja besteuern, der darin besteht, daß bei zukünftigen Veräußerungen ein erheblich höherer Satz gewonnen wird gegenüber den früheren, und gerade die Wertsteigerung aus der Vergangenheit soll getroffen werden, besonders auch bei ungebauten Grundstücken. Mit dem Termin des 1. April 1907 wird dieser Zweck vereitelt. Ich verstehe überhaupt nicht, warum man sich auf diesen ganz willkürlichen Termin festlegen will. Die Versammlung würde gut tun, diesen Ausschussantrag nicht anzunehmen. Ganz gegenstandslos wird aber die Steuer durch die Annahme der Änderung zu § 14. Wenn die Umsatzsteuer angerechnet werden soll, trifft auch die beschlossene Skala absolut nicht mehr zu. Nehmen Sie diese Ausschussanträge an, so geben Sie uns Steins statt Brot!

Stadtv. Sonnenseld (K. L.): Ich spreche hier im Namen nicht nur der Gegner, sondern auch der Anhänger der Steuer in den Reihen meiner Fraktion; auch für die Letzteren wäre die sog. rückwirkende Kraft ein auszeichnender Grund, die ganze Vorlage abzulehnen. Mit der Wiederherstellung meiner Freunde bin ich auch der Meinung des Kollegen Preuß, daß das Vorhandensein von Ueber-schüssen kein Grund gegen die Steuer sein kann. Wird der Stichtag des 1. April 1907 angenommen, so wird allerdings die Steuer zunächst wenig bringen und erst etwa nach 10 Jahren ein gewisser Beharungszustand eintreten. Mit rückwirkender Kraft aber ist die Steuer für die überwiegende Mehrheit meiner Freunde unannehmbar. Es handelt sich dabei gar nicht darum, ob eine rückwirkende Kraft im Sinne des Gesetzes vorliegt; sondern wir sehen volkswirtschaftlich und finanziell eine solche als vorlegend an. In der rückwirkenden Kraft muß eine Verletzung aller wirklich liberalen Grundsätze gefunden werden. Nicht der Liberalismus ist seit 1866 soweit heruntergekommen; wenn Herr Preuß so debuziert, wie er getan, befolgt er nur das Prinzip Lassalles und der Sozialdemokratie, wie es noch auf dem letzten Parteitag in Eisen zutage trat. Der oberste Grundsatz jeder Steuergesetzgebung geht doch dahin, daß die leistungsfähigsten Schultern getroffen werden; gegen diesen Grundsatz verstößt die rückwirkende Kraft, und die neue Steuer stellt sich lediglich als eine andere Art von Konfiskation dar. Die Erklärung des Oberbürgermeisters läßt erkennen, daß man auf die hinter und liegende Wertsteigerung des Grundbestandes zurückgreifen will, sich also mit der bisherigen Steuerpolitik danktot erklärt. Die Steuer würde zuerst beträchtliche Einnahmen aufweisen, dann aber von Jahr zu Jahr geringer werden, und eine Steuer mit diesem Kriterium ist eine schlechte Steuer. Sollte aus dieser Vorlage nichts anderes werden, so liegt ein gut Teil der Verantwortung beim Magistrat; denn auf Grund der heutigen Erklärung des Oberbürgermeisters kann ein Verständigung nicht erfolgen. Es fehlt die Erklärung, daß der Magistrat eventuell auch eine abgeschwächte Vorlage akzeptieren wird.

Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.): Bei der ersten Beratung habe ich mich durch die Ausführungen des Kollegen Sonnenseld leider betören lassen; heute tue ich es nicht mehr. (Hört! hört!) Ich habe seinen guten Willen, überhaupt ein Kompromiß herbeizuführen, ganz herzlich überhäuft. Er will ein Freund der Steuer sein, aber die rückwirkende Kraft ist ihm unannehmbar. Dann sagen Sie doch Heber gleich: Ich bin ein Gegner der Steuer! (Lebhaftes Zustimmung.) Mit den Beschlüssen zu §§ 7 und 14 ist die Vorlage nur noch ein Stück Papier. Lassen Sie sich darum auf diese angeblich freundlichen Reden nicht mehr ein. Herr Sonnenseld hat dem Kollegen Preuß und den Freunden der Wertzuwachssteuer mit bürren Worten gesagt, sie seien von den Sozialdemokraten schon beinahe nicht mehr zu unterscheiden (Widerpruch), er hat die Wertzuwachssteuer für ein liberales Prinzip erklärt. Der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt hat mit der Frage der rückwirkenden Kraft gar nichts

zu tun. Von diesem Gesichtspunkt ist erforderlich, daß die Steuer Geld einbringt und daß sie gerecht ist. Die Beschlässe des Ausschusses schlagen diesen Anforderungen geradezu ins Gesicht. Die Wertzuwachssteuer wird wie die Umsatzsteuer ein ziemlich regelmäßiges Aufkommen aufzuweisen haben. Es handelt sich doch um die Besteuerung eines Gewinnes; der kann erst besteuert werden, wenn er realisiert wird. Der Termin des 1. April 1907 ist völlig willkürlich und ohne jede innere Berechtigung herausgegriffen. Stimmt heute die Mehrheit den Ausschlagsanträgen zu, so müssen die Freunde der Wertzuwachssteuer in der Schlussabstimmung gegen die Vorlage stimmen. In ganz wenigen Jahren werden wir dann eine neue Vorlage bekommen, welche die Wertzuwachssteuer in ihrer Reinheit darstellt und auch hier zur Annahme gelangen wird. Dem Magistrat die Schuld zuzuschreiben, weil er nichts für ein Kompromiß getan habe, ist ganz ungerichtet. Der berühmte Ueberschuß von 14 1/2 Millionen soll heute auch erhalten, um die neue Steuer totzuschlagen. Wir brauchen aber diese Ueberschüsse beinahe bitter notwendig für die Bilanzierung unseres zukünftigen Etats. Die Ablehnung dieser Steuer würde nach meiner Meinung gerade den bürgerlichen Parteien in der Bevölkerung einen ungeheuren Schaden zufügen. Der normale Hausbesitzer in Berlin wird durch die Steuer überhaupt nicht getroffen; in diesen Kreisen scheint auch nicht schon die Erkenntnis zu dämmern, daß sie sich für die Interessen ganz anderer Leute einzufangen lassen. Bis zur nächsten Vorlage wird diese Erkenntnis den Hausbesitzern voll und ganz aufgegangen sein.

Stadtv. Singer (Soz.): Die Mehrheit des Ausschusses hat nach Meinung des Kollegen Preuß sich bemüht, die Vorlage zu verschlechtern oder abzuschwächen. Ich meine: Nicht um Verschlechterung oder Abschwächung hat es sich für die Ausschlußmehrheit gehandelt, sondern darum, die Vorlage unmöglich zu machen! (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Politik und Taktik entspricht es, nicht ehrlich Nein zu sagen, sondern das Nein in gewisse Bestimmungen einzuwickeln; die Vorlage ist dadurch zu einer Form gekommen, daß der Vater sein eigenes Kind kaum noch wiedererkennen kann. Die Mehrheit hat in diesem Falle eine durchaus verwerfliche Politik getrieben. Unbegreiflich ist es auch mir, wie ernsthafte Leute sich wochen- und monatelang dazu hergeben können, bloß um das Nein zu bemänteln, einen solchen Wechsellag zu produzieren! Unser Kollege Heimann, der zu meinem großen Bedauern heute nicht hier sein kann, hat unsere Stellung zur Vorlage wiederholt ausführlich dargelegt. Ich bemerke nur, daß gerade der Verlauf dieser Verhandlung gezeigt hat, daß es die höchste Zeit ist, das Hausbesitzerprivileg abzuschaffen. (Sehr wahr!) In so unangenehmer Weise — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — hat sich dieses Privileg noch nie gezeigt. Und sehr apropos ist die Nachricht aus unserem statistischen Bureau gekommen, daß es sich um ganze 9200 Personen handelt. Der große solide Teil des Hausbesitzes wird von der Vorlage gar nicht oder nur verschwindend berührt. Stimmung aber haben gemacht die Grundbesitzervereine, die ihre Macht einmal zeigen wollten; Stimmung haben gemacht die Vertreter der Bodenspekulationsgesellschaften, welche aus der Ausnützung und somit Verleerung des Terrains ihre großen Dividenden heraus schlagen. (Sehr wahr.) Die Hausbesitzer sind dann erst auf diesen Leim gegangen. Es gibt gar kein trefflicheres Beispiel für die Nichtigkeit dieser Auffassung als das Spiel, welches mit der sog. rückwirkenden Kraft getrieben wird. Ist es denn ein undersäuerliches wohlverordnetes Recht des Hausbesitzes, von jeder Steuer verschont zu werden? (Große Unruhe.) Um aus der Vorlage eine Bestrafung des soliden Hausbesitzes für seine Tätigkeit, für seine Aufwendungen, für seine Verpflichtungen — man hat ja sogar schon auf die Töchter hingewiesen, die er verheiratet — dazu gehört wahrscheinlich eine ungemein glänzende Phantasie. Es handelt sich nur um die Frage nach der Berechtigung der Wertzuwachssteuer. Kann man es als ungerecht bezeichnen, wenn jemand bei Verkauf seines Grundstückes, das durch die Verhältnisse des Ortes, in dem er lebt, einen größeren Wert erhalten hat, von dem überhörenden Teil des Gewinns einen minimalen Teil abgeben soll? Wir müssen uns heute nach Lage der Verhältnisse zu Verteidigern der Magistratsvorlage aufwerfen, welche lange nicht das bietet, was man vernünftigerweise verlangen kann. Die ganze Magistratsvorlage ist ja schon ein Kompromiß mit dem Grundbesitz (Lebhafte Zustimmung) — so steht die Sache! Wir haben uns auf die Vorlage zurückgezogen, weil da wenigstens das Prinzip anerkannt wird und immerhin eine nützliche Wirkung von ihr zu erwarten ist. Davon, daß wir Steuern auf Vorrat bewilligen, ist keine Rede. Vor wenigen Tagen feierte der Hygienekonferenz die Stadt Berlin in diesem Rathaus als musterhaft in hygienischen Einrichtungen. Zur Verstreitung dieser Ausgaben und dessen, was auf diesem und anderem Gebiete noch alles zu tun ist, müssen wir Steuerquellen haben, und da nehmen wir das Geld da, wo es am schmerzlosesten genommen werden kann. Sind nicht auch andere Steuern sehr reformbedürftig, so die Gewerbesteuer für die unteren Stufen? Hat nicht Berlin noch die Steuer auf fremde Biere? Ist es nicht auch wünschenswert, aus den Mitteln der neuen Steuer die Möglichkeit zu gewinnen, die Einkommensteuer beweglich zu machen? (Zuruf.) Es ist vielleicht kein Zufall, daß der Rämmerer heute nicht im Saale ist; vielleicht wollte er vermeiden befragt zu werden, wie es mit den 14 1/2 Millionen Ueberschuß steht; vielleicht ist es auch kein Zufall, daß diese Veröffentlichung gerade jetzt erfolgte. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Die Wertzuwachssteuer entspricht nun einmal modernen Anschauungen; es ist eine soziale Rückständigkeit, so konsequent gegen eine solche Steuer zu sein, welche sich auf einem Siegeszug befindet, die in unzähligen großen und kleinen Gemeinden bereits festen Fuß gefaßt hat. Alle Grundsätze des Liberalismus würden mit der Vorlage verstoßen, meinte Herr Sonnensfeld. Nicht müht es etwas komisch an, in der Zeit der Blodpolitik von liberalen Grundsätzen sprechen zu hören (Große Heiterkeit und Unruhe.); aber auch diese Einwendung wird nicht verfangen. Wenn die Freunde der Wertzuwachssteuer vom Sozialismus nicht weit entfernt sind, so würden wir eine überwältigende Zahl von Anhängern zählen; solche Aeußerungen zeigen uns, wie sehr die Feindschaft gegen diese Maßnahme das Urteil zu trüben geeignet ist. Politische oder gar parteipolitische Momente kommen bei dieser Steuer gar nicht in Frage. Dieser ist erst ein einziger Freund der Ausschlagsvorschläge zu Worte gekommen; auch der Berichterstatter hat auf eine längere Darlegung verzichtet; wohl weil er glaubte, etwas Gutes nicht sagen zu können. (Heiterkeit.) Es ist doch aber charakteristisch, daß der Berichterstatter über eine Frage von so großer Tragweite hier gar nichts zu sagen weiß, obwohl das Protokoll auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen kann.

Für uns sind die Ausschlagsvorschläge unannehmbar; wir gehen auf die Magistratsvorlage zurück, weil wir die Ausschlagsbeschlüsse zu §§ 7 und 14 geradezu für Konzepte halten, da bei der Anrechnung der Umsatzsteuer kein Pfennig herauskommen wird, wohl aber die Verwaltungskosten direkt eine Schädigung der Stadt bedeuten. Die Ausschlagsvorlage hat auch den Schein einer Steuer abgestreift; sie ist der Ausschluß des nackten Egoismus gewisser Bevölkerungskreise, die, auf ihre Macht pochend, erklären: Wir lassen uns diese Steuer nicht gefallen! Ich teile die Ueberzeugung, daß es heute nicht das letzte Mal gewesen ist, daß wir über die Wertzuwachssteuer sprechen. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Cassel: Die prinzipielle Beratung der Vorlage hat ja stattgefunden und haben wir unseren ablehnenden Standpunkt bereits eingehend begründet. Wir sind feinerzeit gegen die Zurückweisung der Vorlage an den Ausschluß gewesen und es hat ja auch die erneute Beratung keine Aenderung ergeben. Den Vorwurf weise ich mit Entrüstung zurück, daß Herr Sonnensfeld ein heimlicher Gegner der Steuer sei; er hat seinen Standpunkt von Anfang an energisch vertreten und es ist zu manchen scharfen

Auseinandersetzungen darüber in unserer Fraktion gekommen. Würde sich ein Weg finden, der die Umsatz- und die Wertzuwachssteuer organisch verbindet, so ließe sich über die Steuer reden. Gewundert hat es mich äußerst, daß die Sozialdemokraten, die feinerzeit die Umsatzsteuer ablehnten, sich heute für die Wertzuwachssteuer aussprechen. Für uns ist die Zuwachssteuer eine finanzielle Frage. Verbilligt werden die Wohnungen doch durch diese Steuer sicherlich nicht. Die Bevölkerung der der Stadt erwachsenen und täglich neu erwachsenden Aufgaben wird auch in Zukunft auf Grund der vorhandenen Steuerquellen möglich sein. Die Finanzlage der Stadt Berlin hat sich gebessert; in den letzten fünf Jahren haben wir keine neuen Mittel gebraucht, um die städtischen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern noch Ueberschüsse erzielt. Zurzeit halten wir die Steuer aus sachlichen Gründen für nicht am Platze! (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit; Auf bei den Sozialdemokraten: Chor der Landräte! (Heiterkeit.)

Stadtv. Werner (R.): Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde wird für die Ausschlagsvorschläge stimmen und dann die Vorlage ablehnen. Die Aussätze des Kollegen Singer auf die Hausbesitzer überschreiten doch alles Maß. Der Hausbesitz bringt 50 Proz. aller städtischen Steuern auf. (Zuruf des Stadtv. Romm sen., gegen die sich Redner in immer wachsender Erregung zum außersten Aufgebote seiner robusten Stimmmittel wendet. Zuruf von den Sozialdemokraten: Etwas Blockschokolade gefällig? Große Heiterkeit.) Redner sucht dann auszuführen, daß die Kommunen, die die Wertzuwachssteuer eingeführt haben, ein fehlerhaftes Kommunalsteuerwesen besitzen oder, wie Frankfurt a. M., schon zur Revision der Steuer schreiten mußten; auch komme bei der Opposition keineswegs die Terrain speculation besonders in Betracht. Die Verurteilung auf Alexander Meber treffe ebenfalls nicht zu und von einem Verrat liberaler Prinzipien sei keine Rede.

Oberbürgermeister Kirchner: Herr Werner hat hier das Lied des armen Hausbesitzers gesungen. Ich muß dem Magistrat die Freiheit der Entscheidung wahren. Aus meiner vorhin abgegebenen Erklärung kann kein Grund entnommen werden, gegen die — eventuell auch abgeschwächte — Vorlage zu stimmen. Im März hat die Versammlung sich für eine Wertzuwachssteuer entschieden. Was ist inzwischen als Novum aufgetreten? Nur der Ueberschuß von 14 1/2 Millionen, von dem aber nur 6 Millionen übrig bleiben, weil 8 1/2 Millionen schon aus dem Vorjahre an Ueberschuß übernommen waren. (Hört! hört!) Dieser hohe Ueberschuß ist ganz vorübergehender Natur und einem abnorm günstigen Wirtschaftsjahr zu verdanken. (Redner gibt näheres Zahlenmaterial.) Wir haben aber auf die Dauer vorzusorgen, und den Optimismus des Stadtv. Cassel kann ich nicht hegen. In guten Zeiten müssen wir uns Einnahmen sichern, die auch in schlechten Zeiten nicht versagen. Die Wertzuwachssteuer gelangt in einer Kommune nach der anderen zur Einführung; auch zahlreiche Gemeinden unserer Umgebung besitzen sie bereits. Der städt. Magistrat führt in seiner Vorlage behufs Einführung dieser Steuer zahlreiche Stimmen über die günstige Wirkung der Steuer in anderen Kommunen an; es geht daraus hervor, daß diese mit der Steuer außerordentlich zufrieden sind und an ihre Aufhebung nicht denken. Wird die Wertzuwachssteuer heute abgelehnt, sie wird wiederkommen und vielleicht mit ganz anderen Ziffern. (Allseitiges Hört! hört! und große Bewegung.) Es wird inzwischen aber nicht bloß ein großer Einnahmeausfall eintreten, sondern auch der Weg zu jeder weiteren Steuerreform verarrammelt (Lebhafte Zustimmung); man wird uns in Regierung und Landtag stets die heutige Verhandlung vorhalten! Und welche Erbitterung wird von neuem gegen die Hausbesitzer hervorgerufen werden! Ich erkenne völlig an, daß der Hausbesitz sich nicht durchweg in glänzender Lage befindet; aber der wirkliche Hausbesitzer wird ja von der Steuer gar nicht betroffen. (Widerspruch.) Ich halte gerade unter den heutigen Verhältnissen auch aus idealen Interessen die Ablehnung der Ausschlagsvorschläge für geboten. Daß der Magistrat schuld sein soll, wenn nichts zustande kommt, ist nur ein bequemeres Auskunfts mittel. Wollte ich die Vorlage scheitern lassen, so hätte ich mich den Ausschlagsvorschlägen anschließen müssen. (Sehr richtig!) Sehen Sie nicht nur auf die nächsten Tage, sondern auch in die weitere Zukunft; sehen Sie auch nicht bloß auf das Materielle, sondern auch auf das Ideale, auf den Frieden in der Bürgerschaft! Ganz Deutschland hat mit Genugtuung auf Ihren Beschluß vom März geblickt; fassen Sie nicht heute einen Beschluß, der die Reform unmöglich macht, der diesen Tag in der Zukunft als einen dies ater für Berlin erscheinen läßt! Ich stehe Ihren Beschlüssen in dem Bewußtsein gegenüber: ich habe meine Schuldigkeit getan! (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Ruhlmann (Fr. Fr.): legt den ablehnenden Standpunkt eines Teils seiner Fraktion zur Magistratsvorlage dar.

Stadtv. Preuß: Dem krausen Gedankengang des Kollegen Werner vermochte ich nicht zu folgen und werde darauf nicht erwidern, da es Zeit geworden ist, endlich abzustimmen. (Heiterkeit.)

Stadtv. Cassel: Ich bedaure, daß der Oberbürgermeister sein Zahlenmaterial erst heute vorgelegt hat; es war nicht möglich, dasselbe so rasch zu bearbeiten. Ich habe nicht wie er die Ueberzeugung, daß die Ueberschüsse der letzten Jahre nicht so günstig anzusehen sind, ich meine sogar, daß wir für dieses Jahr noch 5 Millionen mehr Ueberschuß an Steuern haben werden. Wenn er auf Bankrott usw. hinweist, so sollte er doch auch an Charlottenburg und Schöneberg denken, die die Steuer abgelehnt haben. Ich muß es zurückweisen, daß ich mich niemals zum Advokaten der Hausbesitzer gemacht habe. Glaubt der Oberbürgermeister wirklich, daß durch die Annahme der Wertzuwachssteuer vollständiger Frieden in der Bürgerschaft einleiten wird? Man kann doch nicht verlangen, daß wir das Opfer unserer Ueberzeugung bringen. (Große Unruhe, Beifallstößen.)

Oberbürgermeister Kirchner: Ich habe Herrn Cassel keine Veranlassung zu solchen Auslassungen gegeben. Damit schließt die Debatte.

Stadtv. Cassel meldet sich zur persönlichen Bemerkung. (Stadtv. Hoffmann ruft: Schneidig, immer Schneidig!) Meine Ausführungen gegen den Oberbürgermeister waren durch aus sachlich und berechtigt.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Stadtv. Werner und Romm wird zunächst über das Amendement Arons auf Wiederherstellung der Magistratsvorlage namentlich abgestimmt.

Der Antrag Arons wird mit 75 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Ebenfalls namentlich stimmt dann die Versammlung auch über den Ausschlagsantrag ab, der mit 72 gegen 55 Stimmen zur Annahme gelangt.

Hierauf werden um 11 1/2 Uhr die Ausschlagsvorschläge zu §§ 8 bis 13 auf Antrag Preuß en bloc zur Abstimmung gebracht. Die Annahme erfolgt mit derselben Mehrheit.

Zu § 14 gibt Stadtv. Singer die Erklärung ab, daß seine Partei gegen den Ausschlagsvorschlag stimmen wird, da dann aus der Steuer kein Pfennig mehr herauskomme.

Stadtv. Cassel: Ich erkläre nur, daß diese Auffassung nicht richtig ist. (Heiterkeit.)

Der Ausschlagsantrag zu § 14 wird mit 74 gegen 51 Stimmen angenommen.

Der Rest der Vorlage wird ohne Debatte nach den Ausschlagsbeschlüssen angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird schließlich die gesamte Vorlage fast einstimmig unter allgemeiner Heiterkeit abgelehnt mit 119 gegen 2 Stimmen. Schluß 11 1/2 Uhr.

Soziales.

1200 Mark Prozesskosten wegen zu später Anrufung des Kaufmannsgerichts.

Welche Summen bei einem Prozeß allein die Feststellung der Zuständigkeit verschlingen kann, lehrt ein Fall, der jetzt vor dem Reichsgericht zur definitiven Entscheidung kam. Der Kaufmann Edgar Reier wollte einen Klageanspruch von 36 000 M gegen die Zigarettenfabrik von Lubliner u. Sohn auf gerichtlichem Wege erzwingen. Er wurde von der Firma als Vertreter mit einem Monatsgehalt von 300 M. und 2 Proz. Umsatzprovision auf ein Jahr angestellt. Bei Erzielung eines Jahresumsatzes von 20 000 M. sollte der Betrag für weitere 10 Jahre Gültigkeit haben. Da er in der Einteilung seiner Arbeit und Entwicklung seiner Tätigkeit gänzlich freie Hand hatte, so sah er sich selbst als Handlungsagent und nicht als Handlungsgehilfe an. Auf Anraten seines Rechtsanwaltes, Justizrat G., ließ er auch seine Klage beim Landgericht anhängig machen. Das Landgericht erachtete indessen den Kläger für einen Handlungsgehilfen und verwies ihn somit an das Kaufmannsgericht. Wegen dieses Urteil legte M. Berufung beim Kammergericht ein und hob besonders hervor, daß er die monatlich 800—1000 M. betragenden Repräsentationsgelder aus seiner Tasche bezahlte. Für Autofahrten gab er allein monatlich zirka 500 M. aus. Er habe somit für eigene Rechnung und hierbei mit Verlust gearbeitet, so daß die 300 M. nur einen kleinen Monatszuschuß zu den Unkosten bildeten. Die beklagte Firma wandle dagegen ein, daß M. zu den Autofahrten gar keinen Auftrag hatte, er hätte zu den Kunden mit der Straßenbahn fahren können. — Das Kammergericht wies die Berufung zurück, indem es in Ueberstimmung mit dem Vorderrichter den Kläger als Handlungsgehilfen ansah.

Auch die gegen das Kammergerichtliche Urteil eingelegte Berufung wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen. Daß Kläger auf eigene Faust durch teure Autofahrten usw. hohe Spesen mache, ändere nichts an seiner Eigenschaft als Handlungsgehilfe, die aus festem Gehaltsbezug und einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis ungewisselhaft hervorgeht. — Kläger hat nunmehr seine Klageforderung beim Kaufmannsgericht geltend gemacht. Der Prozeß hat bisher 1200 M. Kosten verursacht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Christliche „Arbeiterfreunde“.

Essen (Ruhr), 26. September. (W. T. B.) Nach dem Vortrage des Konsistorialrats Pfarrer Mähling (Frankfurt a. M.) über das Thema: „Welche Aufgaben erwachen der inneren Mission aus der gegenwärtigen Entwicklung der Arbeiterbewegung?“ nahm der Kongreß für innere Mission einstimmig folgende Resolution an: „Der Kongreß erkennt die Bedeutung an, die eine nationalgerichtete und von christlichem Geiste getragene Arbeiterbewegung für die Kräftigung und Befundung des gesamten Volkslebens hat, und wünscht darum von Herzen, daß sie immer mehr erstarken und zu einem mächtigen Faktor in unserem Volksleben sich auszuwachsen möge. Er sieht in der Arbeiterschaft ein allen anderen gleichberechtigtes Glied unseres Volkes, das als solches das Recht hat, seine Angelegenheiten selbstständig zu regeln und seine Sonderinteressen, soweit sie sich mit dem Wohle des Volksganges vertragen, mit allen berechtigten Mitteln zu verfolgen. Er spricht dabei die Erwartung aus, daß der christlich und national geistete Teil der deutschen Arbeiterschaft dieser Gesinnung treu bleiben, sich vor Unbesonnenheiten hüten und bei aller Betretung der eigenen Interessen auch die Rechte der anderen berücksichtigen wird. Ebenso rechnet er darauf, daß die Arbeitgeber und Unternehmer ihrerseits das Beste für die Arbeiterbewegung im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung anerkennen. — Allen Versuchen gegenüber, sie zu einer Stellungnahme in rein wirtschaftlichen Fragen und zu einseitiger Vertretung einer einzelnen Volksschicht zu veranlassen, muß die innere Mission sich ablehnend verhalten und es als ihre Aufgabe bezeichnen, alle Stände mit Glaubens- und Liebeskräften zu durchdringen und dadurch an ihrem Teile zur Erneuerung des ganzen Volkslebens beizutragen. In diesem Sinne erklärt sie sich bereit, der Arbeiterschaft in der Pflege christlich nationaler Gesinnung zu dienen und ihr, wie zur Gewinnung der notwendigen geistigen Ausrüstung, so beim Ausbau ihrer sozialen Wohlfahrts- einrichtungen behilflich zu sein, und wird es mit Freuden begrüßen, wenn auch Vertreter des evangelischen Arbeiterstandes sich in weitestem Maße zur Mitarbeit an christlichen Liebeswerken bereit finden.“

Im Schacht ertrunken.

Brag, 26. September. (W. T. B.) Wie hiesige Blätter melden, erfolgte im „Felixshöhe“ bei Wotowitz ein Wassereintritt. 5 bis 6 in der Grube eingeschlossene Arbeiter dürften ertrunken sein, 9 sind gerettet worden.

Wahlreform für den Niederösterreichischen Landtag.

Wien, 26. September. (W. T. B.) Der Niederösterreichische Landtag nahm den Wahlreformentwurf an. Danach setzt sich der künftige Landtag zusammen aus 3 Wahlkreisen, 124 gewählten Abgeordneten, und zwar 16 Abgeordneten der Großgrundbesitzer, 4 Abgeordneten der Handelskammer, 46 Abgeordneten der Kurien der Städte außerhalb Wiens und der Landgemeinden, 58 Abgeordneten der allgemeinen Wählerklasse; hierbon entfallen 48 auf Wien. Für das aktive Wahlrecht in Wien ist außer den allgemeinen Erfordernissen die dreijährige Geschäftigkeit, in der allgemeinen Wählerklasse der Städte außerhalb Wiens und der Landgemeinden außerdem noch die Gemeindegliedschaft erforderlich.

Unternehmervoral.

Antwerpen, 26. September. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Bei der heutigen Arbeitsaufnahme haben erste Zwischenfälle die Situation sehr kritisch gestaltet. Die Doker, die sich weigerten, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten, wurden wieder fortgeschickt. Die Federation maritime erklärt, wenn sich die Vogeltierung der Streikbrecher wiederholt, würde eine neue Aussperrung vorgenommen werden. Große Bestürzung und Aufregung hat die Bekanntmachung der Federation unter den Arbeitern hervorgerufen, wonach es eine Lüge sei, daß die Unternehmer dem Bürgermeister irgend welche Versprechungen in Bezug auf die Wiederaufnahme der Arbeit gemacht haben. In der Bekanntmachung des Unternehmerverbandes befinden sich auch gemeine Beschimpfungen der Führer der Arbeiter.

Weitere Unterwerfungen in Marokko.

Paris, 26. September. (W. T. B.) Die Regierung erhielt eine Depesche von Admiral Philibert, nach der die Abgesandten der vier Stämme der Ued Beyan, nämlich die Rulin-edbung, Rabraka, Mediana und Ued hariz, für ihre Unterwerfung dieselben Bedingungen angenommen haben, wie bereits vorher die drei Stämme der Schawjas.

Wassersnot in der Weinregion.

Montpellier, 26. September. (W. T. B.) Infolge starker Gewitter sind der Herault und seine Nebenflüsse plötzlich stark angefüllt und über die Ufer getreten. Die ganze Ebene ist überschwemmt, die Felder sind verwüstet. Der Eisenbahnverkehr ist auf verschiedenen Strecken gestört.

Die Parteipresse über den Parteitag.

Zu der gestern von uns zitierten Stelle aus dem Parteitag-Artikel des

„Norddeutschen Volksblatt“ (Want-Wilhelmsbad) erhalten wir folgende Erklärung:

„Der Artikel „Der Parteitag in Essen“ in Nr. 223 des „Norddeutschen Volksblattes“ stammt nicht aus meiner Feder, sondern aus der des von dem Verlage während meiner Abwesenheit in Essen bestellten Vertreters.

Ich will die Berechtigung dieses Vertreters, seine eigene Meinung auszusprechen, nicht im geringsten bestreiten. Da aber derartige Artikel meist dem leitenden Redakteur aus Konto gefehlt werden und ich in Essen meine Bekanntschaft nicht darüber im Zweifel gelassen habe, daß ich in der Frage des Antimilitarismus und der Kolonialpolitik nicht die Roske'schen, Bebel'schen und David'schen Anschauungen, sondern die der Genossen Ledebour, Vensch, Liebknecht, Kautsky und der Genossin Zeitlin teile, würde ich als doppelzüngig dastehen, wenn man mich für den Verfasser des erwähnten Artikels halten sollte. Ich für meine Person unterschreibe die Ausführungen der „Leipziger Volkszeitung“ zum Essener Parteitag und würde dem auch in einem leitendsten Artikel gegeben haben, wenn ich nicht durch eine sich an den Essener Parteitag anschließende Agitationstour daran verhindert worden wäre.

Want-Wilhelmsbad, 25. September 1907.

Richard Wagner,

Redakteur des „Norddeutschen Volksblattes“.

„Volksmacht“ (Dielefeld):

„... Wenn man gezwungen wäre, das Fazit und die Bedeutung des Essener Parteitag in möglichst kurzer Fassung zu bringen, so könnte man sagen, er habe den Beweis geliefert, daß es in der Partei weder Revisionismus, noch Radikalismus mehr gibt. Zwar gibt es noch einzelne Radikale, welche es durchaus sein wollen, so z. B. Kautsky, welcher behauptete, daß die Gewerkschaften den rechten Flügel der Partei bilden. Mit dieser Äußerung hat aber Kautsky nicht etwa bewiesen, daß er radikal, sondern nur, daß er das Gegenteil eines praktischen Politikers ist. Die praktische Politik war es, welche in Mannheim und in Stuttgart die Erfolge gefeiert hatte, welche auch in Essen die Richtschnur bildete, nach denen sich die Parteitagbeschlüsse richteten, die praktische Politik, wie sie von der sozialdemokratischen Theorie geradezu verlangt wird.“

„Arbeiterzeitung“ (Dortmund):

„Wie wenig diese damalige (nach den Reichstagswahlen) Bemängelung unserer Taktik nachher erwacht hat in der Partei, wie wenig ihre überwiegende Mehrheit geneigt ist, eine Abkehr von den zu Dresden niedergelegten Richtlinien unserer Haltung mitzumachen, das hat die Essener Tagung erwiesen. Das hat die begeisterte Aufnahme der prächtigen Rede Bebel's über die Reichstagswahlen und die politische Lage gezeigt, die ein lautes Bekenntnis zur Dresdener Taktik-Resolution war. Dafür zeugt auch der Umstand, daß das Wesentliche dieses Referats in der ausgedehnten Debatte nicht einen Widerspruch weckte, daß nur in einem einzigen Redner ein leiser Nachklang der revisionistischen Kritik des Februar nachtollte.“

„Diese Rede war ein Meisterstück. Wir sagen das um so lieber, als uns die Haltung Bebel's in der Kolonialdebatte nicht gefallen hat, wie denn überhaupt diese Debatte trotz ihres im ganzen befriedigenden Charakters einen sehr unerfreulichen Geistesgeschmack hat. Daß es nach Stuttgart bei der Berichterstattung über den Internationalen Kongress auf dem Parteitag zu einer Auseinandersetzung über die Kolonialfrage oder richtiger über die Haltung der deutschen Delegation zur Kolonialfrage kommen müsse, darüber herrschte in der Partei kaum ein Zweifel. Inbes, die Erwartung wäre um ein Haar getäuscht worden, wenn Ledebour nicht mit zwei scharfen Draufgängerreden die Herzen der Vertreter der „sozialdemokratischen Kolonialpolitik“ förmlich genötigt hätte, sich zu stellen. Oder vielmehr, es gelang ihm nicht, sie zu stellen. Die Reden Davids waren ein großes Ausweichen. Die betrübliche Taktik, die wir schon so oft auf revisionistischer Seite gesehen haben, jeder festen Umgrenzung ihres Standpunktes zu entziehen, alle Unterschiede zu verwischen, nie etwas gesagt zu haben und allen Feststellungen mit dem Einwand des großen Mißverständnisses zu begegnen, feierte in Essen wahre Orgien. Und leider hat Bebel den Vertretern der sozialistischen Kolonialpolitik diese durchaus nicht im Interesse der Partei liegende Taktik — denn viel besser als eine verschwommene äußerliche Einigkeit, die in Wirklichkeit keine ist, besahmt einer Partei die klare Herausarbeitung der Meinungsverschiedenheiten, weil so der Waffe der Parteimitglieder allein die Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung möglich wird — durch seine Haltung erleichtert. Immerhin hat die Diskussion ergeben, daß die gefährliche Resolution von Kol und die kaum minder gefährliche Davids auf dem Parteitag nicht einen offenen Verteidiger fanden, daß die große Mehrheit der Partei aber durchaus nicht gewillt ist, die grundsätzliche Ablehnung der Kolonialpolitik aufzugeben und zu diesem Zwecke die Resolution des Stuttgarter Kongresses so bald als möglich wieder aufzuheben. Nach Stuttgart haben die Befürworter der sozialistischen Kolonialpolitik die Resolution des Kongresses getadelt, sie als das Ergebnis einer Unabstimmigkeit herabgesetzt und ihre baldige Umstufung vorausgesetzt. Der Parteitag in Essen aber hat die Resolution mit den anderen Beschlüssen von Stuttgart einstimmig gebilligt. So darf man mit diesem Schlussergebnis der Debatte, das eine Abweisung der Empfehlung sozialistischer Kolonialpolitik bedeutet, zufrieden sein.“

Ebenso hat die Militarismus-Debatte, die den Hauptinhalt der an den parlamentarischen Bericht anschließenden Verhandlung ausmachte, mit denkendster Klarheit festgelegt, daß die Partei entschieden ablehnt, die Schärfe ihres grundsätzlichen Kampfes gegen den Militarismus durch irgend welche Rücksichten beeinträchtigen zu lassen. Ein Bild auf die Rednerliste zeigt, daß außer Mitgliedern der Reichstagsfraktion, die durch ein gewisses Kameradschaftsgefühl dazu gebracht wurden, Entschuldigungsgründe für Entlassungen in dieser Hinsicht zu suchen, niemand die betreffenden Reichstagsreden in Schutz nahm.“

„Volkszeitung“ (Düsseldorf):

„... Roske's Verteidigung war keine glückliche und ebensowenig glücklich war die Art, wie Bebel ihn nachher herauszubauen suchte. ... Der tiefere Grund der Debatte waren Unebenheiten in der Auffassung vom bürgerlichen und proletarischen Patriotismus. Der erstere spiegelt die Bewegungsgesetze des Kapitals wieder, ist ein Ausdruck seines Profithungers. Gerade die Gegenwart mit ihrem Kolonialchauvinismus macht dies handgreiflich, und gerade in der Ära der Kolonialherrlichkeit, die das Proletariat über Nacht vor die weitestgehenden Entscheidungen stellen kann, ist es notwendig, mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß bürgerlicher und proletarischer Patriotismus grundverschiedene Dinge sind, daß beide nichts mit einander gemein haben. Auch den Fall eines Angriffskrieges vorausgesetzt, ein Beispiel, das sich ja in letzter Zeit großer Beliebtheit erfreute und von dem auch Roske in seiner Reichstagsrede ausging, erhebt damit dem Proletariat noch nicht die Verpflichtung, der Politik der bürgerlichen Parteien blinden Gehorsam zu leisten. Die Haltung, die das Proletariat auch im Kriegsfall einzunehmen hat, ist lediglich bedingt von der Förderung der proletarischen Interessen. Sie differenzieren die seine Politik überhaupt so auch seine Stellung einem etwaigen Kriege“

gegenüber. Und wenn Bebel es auch verstand, Kautsky gegenüber, der diesen Standpunkt vertrat, die Lacher auf seine Seite zu bringen, so ist damit noch lange nicht bewiesen, daß er recht hatte, hintermalen Heiterkeit zwar eine angenehme Sache, aber kein logisches Argument ist.“

Die Kolonialdebatte hat nicht die volle Aufklärung gebracht, die die Parteigenossen im Lande wohl erhofft haben mögen. Es lag dies an der offensichtlichsten Zurückhaltung, mit der die Vertreter der Stuttgarter Majoritätsresolution einer Debatte auszuweichen suchten. Singer und Bebel wandten sich in ihren Ausführungen gegen die Minorität, wiewohl diese lediglich ihren eigenen Standpunkt vertreten hatte. Kritischerweise erkannte Singer, nachdem die Debatte in diesem Punkte Klarstellung gebracht hatte, an, daß die Minorität in Stuttgart im Recht gewesen und den durch die Mainzer Resolution vorgezeichneten Standpunkt vertreten hatte. Im übrigen stimmte der Kongress einstimmig für die Anerkennung der Stuttgarter Beschlüsse, ein Zeichen, daß für eine sozialistische Zukunftspolitik, die mit den Waffen in der Hand nach den Kolonien geht, um dort die Eingeborenen zu „bedormenten“, in der deutschen Partei kein Boden ist.“

„Freie Presse“ (Eberfeld):

„Aus der Debatte und ihren Begleitermeinungen ging ... zweifellos hervor, daß die große Mehrheit des Parteitag den in der Rede Roske's zum Ausdruck gelangten Standpunkt nicht teilt. Manche Delegierte haben die betreffende Stelle als eine rednerische Entgleisung betrachtet, die nicht allzu tragisch zu beurteilen sei. Im übrigen glauben wir, daß über kurz oder lang ein Parteitag sich eingehend mit der Militärfrage wird beschäftigen müssen.“

In seiner Stellungnahme zur Kolonialpolitik hat der Parteitag durch die fast einstimmige Annahme der Stuttgarter Resolution zweifellos die Mehrheit der deutschen Delegation auf dem Stuttgarter Kongress desavouiert. Das ging auch deutlich aus dem Schlusswort des Referenten Singer hervor, der sich auf die Mainzer Kolonialresolution bezog, die heute noch für die Partei maßgebend sein müsse, die aber der Minderheit der deutschen Delegation in Stuttgart Recht gebe. Wenn trotzdem Genosse Singer meinte, daß die Mehrheit nicht habe mit der bisherigen kolonialpolitischen Taktik der Partei brechen wollen und diese Annahme zutreffend ist, so kann sich u. E. diese Annahme nicht beziehen auf die Wortführer der Mehrheit. Sie haben der kapitalistischen Kolonialpolitik eine gute Grundlage abgewonnen und halten sie für reformfähig. Das geht deutlich aus ihren Worten hervor. Wenn trotzdem Genosse Bebel die Diskussion als einen „Streit um des Kaisers Bart“ erklärte, so konnte das wohl nur deshalb geschehen, weil er in Stuttgart wegen seiner Tätigkeit in der Militärkommission den kolonialpolitischen Verhandlungen weder in der deutschen Delegation noch im Plenum des Kongresses beiwohnen konnte. Von Bernstein gab übrigens auch er die Rechtschwenkung zu.“

„Bergische Arbeiterstimme“ (Solingen):

„... Nach dem Ausfall vom 25. Januar gab es manche, die nun etwas Ungeduldliches verlangten. Die des Glaubens waren, daß die Partei nun nach irgend einer Richtung hin etwas Besonderes tun und gewissermaßen ein neues Gewand anlegen müsse, um ihr Ansehen bei den verloren gegangenen Willkürern wieder herzustellen. Und ganz gewiß, gelernt haben wir alle aus den Ereignissen. Daß aber auf dem Parteitag so gar niemand das Bedürfnis empfand, der Partei „neue Bahnen“ zu weisen, das ist ein Zeichen der inneren Kraft, Geschlossenheit und unerschütterlichen Überfahrt der deutschen Sozialdemokratie.“

In Wirklichkeit gibt es tatsächlich kaum jemanden innerhalb der Partei, der der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf irgend einem Gebiet irgend welche Zugeständnisse zu machen bereit ist, die die Befreiungskämpfe der Arbeiter hindern oder verlangsamen. Aus dieser Erkenntnis heraus wurden denn von Bebel wie von Singer die Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Kolonialpolitik als Streit um Worte, als Temperamentsunterschiede und dergleichen gekennzeichnet. Das ist nun freilich unserer Auffassung nach doch nicht völlig zutreffend und erschöpfend. Richtig ist, daß niemand — Bebel glaubte Bernstein ausnehmen zu müssen — der Waffe irgend welche Opfer zu gunsten der Kapitalisten in der Kolonialpolitik zumutet. Die Frage aber, ob wir uns in kolonialen Fragen in erster, zweiter und dritter Linie protestierend verhalten und „daneben“ dann noch zu gunsten der Eingeborenen in den Kolonien mit positiven Verbesserungsvorschlägen hervortreten sollen, oder ob wir unseren Protest gegen die kapitalistische Kolonialausbeutung immer wieder von neuem in erster, zweiter und dritter Linie in sachgemäß und sorgfältig ausgearbeitete Einzelerforderungen einfließen sollen, ist doch nicht nur ein Streit um Worte. Es handelt sich da vielmehr im letzten Grunde um die Frage, ob die heutigen Kolonialgebiete in den Tropen irgend welche Bedeutung für die Versorgung der Industrieländer mit kolonialen Rohprodukten haben, bezw. gewinnen können, oder die tropischen Länder, die heute Kolonien sind, jetzt und für alle Zukunft ein kulturelles Sonderdasein führen, das durch keinerlei wesentliche Austauschbeziehungen mit unserer industriellen Kultur verflochten ist. Im ersteren Fall haben wir an der Hebung der kolonialen Eingeborenentum lediglich ein humanitäres Interesse, im anderen Fall müssen wir um unserer eigenen Zukunft willen wünschen und erstreben, daß die Eingeborenen lernen, die Schätze ihres Bodens zu heben und auf dem Wege des friedlichen Kaufverlehrs zu verwerten. Aber auch die Genossen, die die letztere Ansicht vertreten, sind wohl ausnahmslos der Ueberzeugung, daß unsere deutschen Kolonialvölker erst in dritter und vierter, vielleicht gar erst in fünfter und sechster Linie für die Einbeziehung in die Weltmarktwirtschaft in Frage kommen. Diese Dinge erfordern naturgemäß ein besonderes Studium und eine besondere Diskussion für sich, wozu auf dem Essener Parteitag keinerlei Zeit und Anlaß vorlag. Es ist deshalb schwer zu verstehen, weshalb einzelne Parteigenossen in Essen mit aller Gewalt eine Reuaufgabe der Stuttgarter Debatten herbeiführen wollten, und den Vertretern der Mehrheitsresolution sogar schließlich die Zustimmung zu der in Stuttgart angenommenen Minderheitsresolution verweigerten. Zu beidem lag nicht der geringste Anlaß vor, da die Stuttgarter Resolution auch in ihrer jetzigen Fassung den beipielweise von und vertretenen Standpunkt keineswegs ausschließt.“

„Rheinische Zeitung“ (Aöln):

„Das einzige, was wir an der diesmaligen Tagung zu bewahren haben, ist die Tatsache, daß der Parteitag in der preussischen Wahlrechtsfrage eine Entlassung begangen hat.“

Unerschütterlich, weil unnützlich, war auch die sich an den Bericht über den Internationalen Kongress anschließende, von Ledebour herbeigerufene Kolonialdebatte. Sie war ein sorgfältig gegenständliches Mißverständnis; Bebel nannte sie einen Streit um des Kaisers Bart. In seinem Schlusswort stellte Singer, der Berichterstatter, fest, daß es niemanden von der Mehrheit in Stuttgart eingefallen sei, an dem jetzigen Standpunkt der Partei in der Kolonialpolitik etwas zu ändern. Wie wenig Bedürfnis zu der von Ledebour erzeugten Debatte vorhanden war, ist daran zu erkennen, daß nach Beendigung des Berichtes Singers zunächst nicht eine einzige Wortmeldung vorlag. Jedenfalls kommt man bei der in Essen beliebten Art nicht zur Klärung der Meinungen. Dazu wäre es nötig, daß zunächst eine gründliche Diskussion in Presse und Versammlungen stattfände, um die Frage dann einmal auf die Tagesordnung eines Parteitages zu setzen.“

Zwar wurde nicht bestritten, daß Roske, der sich auf ähnliche Worte Bebel's berufen konnte, in der Grundauffassung der Haltung der Sozialdemokratie im Falle eines Angriffskrieges nichts absolut Falsches im Reichstage vorgebracht habe; jedoch wurde Roske mit Recht vorgehalten, daß er zu weit gegangen sei, und daß vor allem seine Worte im denkbar ungünstigsten Augenblick gesprochen

wurden, daß sie weder der inneren Situation noch dem großen Niederkommen, noch der äußeren politischen Lage entsprach, da gerade damals das Reich von gewissenlosen Kolonialabenteurern in einen Krieg hätte gehetzt werden können. Wie man in der Debatte erfuhr, hat Roske zudem sich aus eines großen Verstoßes gegen das Fraktionsinteresse schuldig gemacht: die sozialdemokratische Fraktion hatte beschlossen, daß Genosse Vollmar dem Kriegsminister entgegenzutreten sollte, da eine gründliche Abfertigung dieses Herrn am Plage war. Roske aber, der sich aus sich heraus zum Wort gemeldet hatte, lehnte es ab, zugunsten Vollmars zurückzutreten, und so hatte der Reuling in dieser wichtigen Situation den Vorrang vor dem erfahrenen Parlamentarier und Sachkenner. Wir müssen ein solches Verhalten im Interesse der Fraktion noch der Gesamtpartei liegendes Vordringen eines einzelnen Genossen entschieden mißbilligen. Im übrigen ergab die Debatte auf dem Parteitag, daß in unserer Partei kein Mensch daran denkt, seine Stellung zum Militarismus auch nur im geringsten zu revidieren“

„Volkszeitung“ (Rang):

„... Die bei dieser Gelegenheit erwartete Militärdebatte ist gekommen. Der Abgeordnete Roske-Chemnitz verteidigte sich gegen die schweren Angriffe, die ihm wegen seiner Rede über unsere Stellung im Kriegsfall gemacht worden waren. Man mag einige Ungeheuerlichkeiten in der Form zugeben, auch den Zeitpunkt nicht für den glücklichsten halten, aber so schlecht, wie die Genossen Vensch, Ledebour und Stadthagen sie hinstellten, war die Rede nun doch nicht. Die Genossen Bebel und Vollmar brachen eine kräftige Range für den hart Angegriffenen und die große Mehrheit der Delegierten teilte diesen Standpunkt. — Der etwas verschrobene Antimilitarismus des Genossen Dr. Karl Liebknecht erfuhr eine derbe und deutliche Abfuhr. — Wieder hat die Partei ihren alten Standpunkt als machtvolle Bewegung zugunsten des Völkerr Friedens bekräftigt, ohne sich dabei in die Widersprüche zu verwickeln, die man gemeinhin als Volksfeindlichkeit bezeichnet.“

Der Bericht vom Internationalen Kongress wurde von Singer erstattet. Leider hat die Debatte über die Kolonialpolitik, die sich hier anschloß, sich auf ziemlich plattem Niveau bewegt. Singer hatte gar nicht so unrecht, wenn er sagte, daß in der Kolonialfrage eine grundsätzliche oder praktische Meinungsverschiedenheit gar nicht besteht und Bebel unterstrich diesen Gedanken noch, indem er die entstandenen Differenzen einen „Streit um des Kaisers Bart“ nannte. Das trifft auch so ziemlich zu. Wir brauchen uns doch wirklich nicht jezt die Köpfe zu zerbrechen über etwas, was unsere Enkel vielleicht einmal tun werden. Ramentlich dann ist ein Streit nicht nötig, wenn man in dem, was wir jezt zu tun und zu lassen haben, so einig ist wie die deutsche Sozialdemokratie gegenüber der kapitalistischen Kolonialpolitik von heute.“

„Volksfreund“ (Karlsruhe):

„Wenn wir resümieren wollen über die einzelnen Punkte der Tagesordnung, so kommen wir zu dem Resultate, daß die Besprechung der Reichstagswahlen und der politischen Lage durch Bebel und die Verhandlungen über die Alkoholfrage zu dem eigentlichen Gewinn des Essener Parteitages zählen. Nicht als ob wir der prinzipiellen Auseinandersetzung über die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus und zur Kolonialfrage nicht mit größtem Interesse gefolgt wären, aber — neu waren diese programmatischen Darlegungen nicht. Die sogen. Militärfrage hat schon frühere Parteitage beschäftigt; die Kolonialpolitik ist in Stuttgart nach allen Seiten hin beleuchtet worden, und zudem sind wir der Meinung, daß die deutsche Sozialdemokratie noch gar manchmal — im Parlament und bei anderen Gelegenheiten — gezwungen sein wird, die Kolonialpolitik in den Bereich ihrer Erörterungen zu ziehen. Kommt erst der Kolonialsekretär Bernburg von seiner Reise zurück, dann werden dem deutschen Volke sicherlich neue Wunschzettel auf den Tisch seines Reichsparlamentes gelegt.“

„Frankische Tagespost“ (Würzburg):

„Gerade in dieser Ruhe und Sachlichkeit, die die Essener Verhandlungen auszeichnete, offenbarte sich die ungebrochene Kraft der Partei. Wer erwartet hätte, daß über unseren Mißerfolg bei den Reichstagswahlen in Essen verhandelt werden würde, daß man sich gegenseitig die Schuld an der Niederlage zuschreiben würde, der muß durch Essen enttäuscht sein. Auch über die Reichstagswahlen hat man nicht anders verhandelt, wie über einen Zwischenfall, der nicht mehr zu ändern ist und der nur insoweit noch in Betracht kommt, als man die Ursachen ernst, aber ohne lebensschädliche Aufwühlung erörtert. Es war vielleicht der stillste Parteitag unserer Parteigeschichte, ein Parteitag des ruhigen organischen Wachstums. Die keinen Plänkereien über die Kolonialfrage, den Antimilitarismus, wurden ohne Hitze und ohne das Gefühl irgendwelcher entscheidenden Gegensätzlichkeit geführt. Man stritt sich in der sicheren Voraussicht, daß man am Ende doch einig werden würde.“

Auch sonst vermied man, Anlaß zu Reibungen und Konflikten innerhalb der proletarischen Bewegung zu geben. Man war allgemein der festen Ueberzeugung, daß man die Gewerkschaftszersplitterung, wie sie von den Sozialisten oder von Bisenthal getrieben wird, im Interesse der Arbeiterbewegung nicht länger ertragen dürfe. Dennoch unterließ man, es schon jezt zum Bruch kommen zu lassen und vertraute auf die Macht vernünftiger Ueberredung. Darüber ließ man freilich keinen Zweifel, daß man gegen bösen Willen und hartnäckige Friedensförderer nicht noch einmal Duldsamkeit üben dürfe.“

Es ist vielfach in Parteikreisen erwartet worden, daß das preussische Wahlrecht in den Vordergrund der Parteitagberatungen treten würde. Während der Verhandlungen war man auch eine Zeit lang entschlossen, bei der Erörterung der politischen Frage diesen wichtigsten Gegenstand der deutschen Politik gefordert eingehend zu besprechen. Man unterließ es schließlich in der Erwägung, daß die Wahlrechtsfrage bereits so sprudrig sei, daß sie keines Wortes mehr bedarf und daß man es ruhig der Tatkraft der preussischen Parteigenossen überlassen kann, den Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu organisieren und zum vollen Siege zu führen.“

„Schwäbische Tagwacht“ (Stuttgart):

„Es schien, als der Beginn des Parteitages sich näherte, mancherlei Rindstoff sich anzusammeln, und die Befürchtung war weit verbreitet, daß einige Explosionen entstehen und der Partei Schaden zufügen könnten. Nichts von alledem hat sich erfüllt. Die schwachen Ansätze unfruchtlicher Auseinandersetzung mußten verfliegen, da die Parteigenossen des ganzen Reiches der Bruderkämpfe überdrüssig sind. Die keinen Zusammenstoß in den Fragen des Militarismus und der Kolonialpolitik haben am Ende nichts geschadet, wenn aber wenigstens der kolonialpolitische Streit, der mehr noch vor als auf dem Parteitag die Gemüter erregt, ganz unterblieben wäre, so hätte man sicher nirgends in der Partei etwas vernünftiger. In der Stellung der Sozialdemokratie zu der Unterdrückungs- und Ausfaugungspolitik, wie sie heute allenthalben von den kapitalistischen Staaten in ihren Kolonien betrieben wird, konnte sich nichts ändern, ab einzelne Führer der Partei über die Gestaltung der Kolonialpolitik unter einer sozialistischen Gesellschaft so oder so denken.“

Eine andere Angelegenheit, von der viele Parteigenossen glaubten, daß sie Staub aufwirbeln werde, ist kaum berührt worden. Das ist die Zustimmung unserer württembergischen Landtagsfraktion zum Etat. Der Parteitag hat darauf verzichtet, diese Frage näher zu erörtern, und er hat wohl daran getan, denn der tiefere Einblick in die Verhältnisse, die zur richtigen Beurteilung dieses taktischen Beschlusses unserer Landtagsvertretung bedürftig werden müssen, fehlt schließlich doch manchem nichtwürttembergischen Parteimitglied.“

bergischen Parteigenossen. Es ist um so beachtenswerter, daß der Parteitag sich jeder Stellungnahme zu dieser in der Parteipresse viel erörterten Angelegenheit enthalten hat, als der Genosse Webel in seinem Referat sie freiste und ein württembergischer Delegierter dem Parteitag direkt die Frage vorlegte, ob die Staatsannahme sich mit dem Lübecker Beschluß vertrage oder nicht. Wenn die Frage unbeantwortet blieb, ja nicht einmal weiter besprochen wurde, so soll daraus unsererseits nicht gefolgert werden, als hätte der Parteitag die Haltung unserer Landtagsfraktion stillschweigend gebilligt, jedenfalls aber hat er auch eine Mißbilligung nicht für erforderlich gehalten. Unsere Landesversammlung, die übrigens auch zunächst berufen ist, zu dieser Sache sich zu äußern, wird daher wohl auch erkennen, daß dieser Fall zum mindesten auf der Grenze liegt, die mit dem Lübecker Beschluß gezogen worden ist, wenn nicht innerhalb derselben.

Die politische Entwicklung im Reich und in Preußen ist ja auch untrennbar miteinander verknüpft. Darum würde es unseres Erachtens zweckmäßig gewesen sein, wenn der Parteitag scharf und klar zum Ausdruck gebracht hätte, daß nicht nur im Interesse der Gleichberechtigung der Staatsangehörigen Preußens das allgemeine gleiche Landtagswahlrecht unter dem Angebot aller Kräfte endlich durchgeführt werden muß, sondern vor allem auch deshalb, weil bei der Aufrechterhaltung des preussischen Klassenwahlrechts das ganze Reich zur politischen Unkultur verurteilt ist. Unsere Parteigenossen Preußens waren der Meinung, daß das nur auf dem in Wäde zusammen tretenden Parteitag für Preußen auszusprechen sei. Unsere gegenteilige Auffassung, wonach der oberste Vertretungskörper der Partei des ganzen Reiches hierzu berufen erscheint, wird von und selbst in dem Augenblick für irrig erklärt werden, in dem die preussischen Parteigenossen mit Erfolg ihre neue Aktion einleiten.

Aus der Partei.

Neben die Parteitagskosten in Essen berichten unsere Parteiblätter in Mainz und Augsburg u. a. folgendes:

Ein Aufwand von mehr als zwölftausend Mark war erforderlich, um ein Fest für die Volkstagsparlamenten und einen Saal mit halbwegs brauchbaren Einrichtungen für die Verhandlungen zu schaffen. Unser Augsburger Parteivorstand knüpft daran den Wunsch, daß die Partei sich in Zukunft bei der Wahl des Tagungsortes nicht nur von idealen Erwägungen leiten lassen möchte. Die zitierte Notiz könnte den Anschein erwecken, als ob die Parteikasse zugunsten der Essener Tagung außerordentlich in Anspruch genommen worden sei. Das ist falsch. Der Essener Parteitag hat nicht mehr Kosten verursacht als seine Vorgänger. Der Geldebau war lediglich eine Angelegenheit der Essener Genossen. Im übrigen war das Fest, in dem nach dem Parteitage auch das Essener Gewerkschaftsfest abgehalten wurde, eine verbundene Anlage.

Gemeindevahltag. Im Dorfe Dären bei Pforzheim ging bei den Wahlen zum Bürgerausschuß der sozialdemokratische Vorschlag für die dritte Klasse glatt durch. Gewählt sind neun unserer Parteigenossen. Durch diesen Sieg ist die dritte Klasse vollständig mit Vertretern unserer Partei besetzt. Dären hat 1000 Einwohner.

Vom Fortschritt der Presse. In Pforzheim erscheint vom Sonntag, den 29. September ab die „Pforzheimer Freie Presse“.

Eine Warnung. Die frühere Kreisvertrauensperson des sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreises, Alma Wartenberg, reist seit einiger Zeit mit einem Mutterschutzapparat umher. Zur Empfehlung desselben ruft sie Versammlungen ein, die sie zum Teil auf Grund ihrer früheren Verbindungen zustande zu bringen sucht. Da sie verschiedentlich verurteilt hat, örtliche Parteiorganisationen zur Verteilung von Handzetteln für ihre Versammlungen zu bewegen, auch einige Parteiblätter reklamenhafte Annoncen und Hinweise für diese brachten — vor allem aber, da Frau W. an einigen Orten unsere Vertrauenspersonen für den Vertrieb ihres Artikels zu bestimmen gewohnt hat, sehen sich die unterzeichneten Kreisvertrauenspersonen veranlaßt, die Genossinnen überall zu warnen, ihre Vertrauensstellung zu derartigen Geschäften mißbrauchen zu lassen. Der Preis des Apparates soll überdies, nach der Elberfelder „Freien Presse“, den wahren Wert desselben weit übersteigen. Die Genossinnen seien deshalb gewarnt! L. Z. Baumann, Kreisvertrauensperson für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis. Th. Riendorf, Kreisvertrauensperson für den 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis. S. Schönfelder, Kreisvertrauensperson für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis.

Personalien. In die Redaktion des Stettiner „Volkshoten“ tritt an die Stelle des scheidenden Genossen Ludwig Quessel der Genosse Bruno Sommer, zuletzt Arbeitersekretär in Bant. Der Genosse Franz Kläus ist aus der Redaktion der „Märkischen Volkstimme“ in Rottbus ausgetreten und nach Magdeburg an die „Volkstimme“ übergesiedelt. An seine Stelle ist der Genosse Otto Koch getreten, der früher Redakteur der „Erfurter Tribüne“ und der „Verglischen Arbeiterstimme“ in Solingen und zuletzt Bevollmächtigter des Gemeindearbeiterverbandes für Groß-Berlin war.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffsaks der Presse. Vor dem Amtsgericht in Darmstadt, so berichtet die „Mainzer Volkszeitung“, hatte sich unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Hoyer, wegen Verleumdung des Schlossers Avemarie, des Hauptlings der Darmstädter „Gelben“, zu verantworten. In dem Verlaufe über die Gründung der gelben Organisation war dem Avemarie vorgeworfen worden, er sei wegen Diebstahls eines Wirtstischbuchs und Umkleen der Warten in sein eigenes Buch aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgeschlossen worden. Daran war die ironische Frage geknüpft, weshalb die Gelben den Avemarie nicht zum Kassierer gewählt hätten. Der ehrenwerte Avemarie schloß sich beleidigt und lief zum Abt. Die gestrige Verhandlung zeigte wieder einmal, welche Fierden der Menschheit die Gelben sind. Durch das Zeugnis des Geschäftsführers der Darmstädter Metallarbeiter, Genossen Daarer, wurde die Buchgeschichte nachgewiesen und festgestellt, daß Avemarie nichts dagegen unternahm, daß er in der „Metallarbeiter-Zeitung“ als „wegen Betruges aus dem Verbande ausgeschloffen“ erklärt wurde. Der gelbe Feld führte sich vor Gericht in einer Art und Weise auf, daß man den Unternehmern nur recht viele solcher Vieblinge wünschen kann. Das Gericht begnügte sich damit, in der ironischen Bemerkung betreffend das Amt des gelben Kassierers eine Verleumdung zu erblicken und verurteilte Hoyer zu fünfzehn Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten. In einigen Wochen wird dann an dieser Stelle erklärt, und zwar im Namen des Großherzogs, daß Avemarie ganz bestimmt ein Ehrenmann sei.

Hygienische Ausstellung.

In Verbindung mit dem Kongreß für Hygiene und Demographie findet im Reichstagsgebäude eine Ausstellung statt, die die Beratungen des Kongresses gegenständlich illustriert. Ein Gang durch diese Ausstellung ist für den sachkundigen Freund der öffentlichen Gesundheitspflege sehr interessant und lehrreich. Die große Mehrzahl aller ausgestellten Objekte sind wissenschaftliche Apparate und Untersuchungsmittel, ferner Tabellen und andere graphische Darstellungen statistischer Tatsachen; doch fehlt es auch nicht an dem bequemeren Anschauungsmaterial durch Modelle und anatomische Präparate. Aber für den nicht hygienisch und statistisch Vorgebildeten dürfte ein Besuch der Ausstellung kaum von wirklichem Nutzen sein.

Die Ausstellung gliedert sich in Sammelausstellungen und Gruppenausstellungen, welche letzteren einzelne bestimmte Gebiete der Hygiene, wie die Säuglingshygiene oder die Gewerbekrankheiten illustrieren. Unter den ersteren nehmen den größten Raum die Ausstellungen der hygienischen Institute der deutschen Universitäten ein. Einem

fälliger ist vom Kaiserlichen Gesundheitsamt durch eine originale Darstellung das Anwachen der deutschen Großstädte durch Stadtdürre von bezügl. Höhe gemacht. Das riesige Wachstum dieser Städte illustriert den Lebergang Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat und zugleich das Wachstum der damit entstehenden sozialhygienischen Aufgaben, aber auch der Möglichkeiten zu ihrer Bewältigung. Erfreulich ist der Anblick einer demnach großen Kurve, die den Rückgang der durchschnittlichen Sterblichkeit in Deutschland seit 1877 zeigt. Kennzeichnend ist auch die Säuglingssterblichkeit, der Hauptfaktor der allgemeinen Mortalität, erheblich ab, wie wir auf einer Wandkarte sehen.

Indem wir uns mit Grausen der furchtbaren Pestepidemien erinnern, die in früheren Jahrhunderten die Bevölkerung Europas dezimierten, sehen wir mit Befriedigung die zahlreichen und umfangreichen Maßnahmen, die von den modernen Kulturstaaten gegen die Weiterverbreitung der Seuchen in internationalen Handels- und Handarbeiten ergriffen sind. Wir tun einen Blick in die Arbeitsmethoden, die die Grundlagen der Seuchenkämpfung legen durch Betrachtung der ausgestellten Organe von mit Infektionskrankheiten behafteten Menschen und Tieren, der mikroskopischen Präparate jener kleinsten Lebewesen, die die furchtbaren Feinde des Menschengeschlechtes sind, die Vendingen dieser Vilder unter dem Einfluß schädlicher Impfstoffe. Aus einer großen Karte Europas ist der gegenwärtige Stand der Schutzimpfung zu entnehmen: Deutschland mit der best durchgeführten Zwangsimpfung ist am freiesten von Erkrankungsfällen an Voden.

Ein großer Teil der Ausstellung ist der Darstellung der Wirkungen, Ursachen und Bekämpfungsmethoden der beiden verheerenden Volksleiden gewidmet, der Tuberkulose und der Syphilis. Große Modelle zeigen die Entwicklung der Tuberkulose-Herdfstätten und Herdgruppen, Tabellen die Sterblichkeit an dieser Krankheit, der im erwerbsfähigen Alter ein Drittel aller Todesfälle zuzuschreiben ist. Auf einer Glasplatte sind die Hustenstöße eines schwindkräftigen ausgefangen und wir sehen, wie sich noch auf einen Meter Entfernung auf der Platte die Kulturen der ausgehusteten Bazillen entwickelt haben. Einen der Hauptberatungsgegenstände des Kongresses bildet die Frage nach den Erregern der Syphilis, welche man seit kurzem, zuerst Schaudinn, in einer sehr kleinen spirillenförmigen Bakterie (Spirochaeta pallida Schaudinn) gefunden zu haben glaubt. Andere bestreiten diese Eigenschaft jener Spirillen und sehen den Erreger in noch kleineren kugelförmigen Lebewesen, die, ähnlich den Erregern der Malaria, in den Blutkörperchen der mit Syphilis geimpften Affen nachgewiesen sind. Sollte es gelingen, den Erreger der Syphilis und seine Lebensbedingungen festzustellen, so eröffnet sich die Aussicht auf eine Schutzimpfung gegen diesen Feind, der den Vecher der Venus vergiftet.

Von großem Interesse ist die chemische Darstellung der Ermüdungsgifte, die sich in den Muskeln und anderen Geweben ermüdete Organe bilden. Das Ermüdungstoxin ist in Glasgefäßen aufgefangan. Man hat ein Serum in Tieren gezüchtet, das einen Schutzstoff gegen dieses Toxin (Gift) enthält und dessen Einspritzung in die ermüdeten Organe eine fernere neubelebte Tätigkeit dieser ermöglicht, wie Kurven der gehobenen Gewichte auf einer Tabelle zeigen.

Große Modelle zeigen die modernen Ventilations- und Heizungsrichtungen, die neueren Methoden der Staubabfangan in Fabriken, die Beleuchtungsrichtungen ohne lästiges Schattenswerfen.

In der Abteilung für Säuglingshygiene interessiert und eine Karte von Berlin, die die vielfach höhere Säuglingssterblichkeit der ärmeren Stadtteile zeigt. Sehr saubere Modelle aus Wachs veranschaulichen die verschiedene Beschaffenheit des Kotes der Säuglinge je nach Nahrung und Gesundheitszustand, wobei die rein gelbe Farbe des Kotes der mit Muttermilch natürlich ernährten Kinder angenehm auffällt. Die Unig. Charité in Berlin hat ein vollständig eingerichtetes Säuglingszimmer ausgestellt. Vor dem geistigen Auge erstreckt dabei das traurige Bild der wirklichen Umwelt der Proletariatskinder und man erntet die Größe des Druckes der Demokratie, die nötig ist, um die Vorteile der Hygiene und Technik einem sozialistisch geordneten Volksleben wirklich nutzbar zu machen. Modelle zweimähtiger Schulbänke schließen sich an diese Gegenstände an.

Andere Räume werden fast ausgefüllt von riesigen Modellen des Kanalisationssystems von Berlin, der Wasser- und Abwasseranlagen, der Müllverbrennungsanlagen, des mittergültigen Friedhofes von Hamburg, der Krematorien usw.

Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums zeigt in einer enormen Anzahl von Zeitungsanschnitten, Schwindelmedikamenten usw. den gemeingefährlichen Großbetrieb derjenigen, die die Spekulation auf die Unwissenheit des Publikums als die rentabelste betrachten.

Erfreulich ist der aufklärende Anblick der Ausstellung der Antialkoholikere. In der Gruppe für Gewerbekrankheiten interessieren besonders die Wachmodelle der durch gewerbliche Schäden veränderten Glieder und Organe.

Auch das Ausland hat sich rege beteiligt. Bemerkenswert ist das mehrere Meter große Modell eines typischen japanischen Wohnhauses, welches beweist, wie sehr die Japaner Licht und Luft zu schätzen wissen und wie wenig das Massig-Monumentale der europäischen Bauart ihnen imponiert.

Das kaiserliche Statistische Amt in Berlin und das Reichsversicherungsamt demonstrieren auf zahlreichen statistischen Tabellen, graphischen Darstellungen und Karten die Arbeitsstatistik, die geographische und berufliche Verbreitung der Unfallsanfälligkeit sowie besonders die Wirkungen der Arbeiterversicherung auf Arbeiterhygiene und Volksgesundheit.

Wenn auch die Hygieneausstellung hauptsächlich zeigt, was noch für die Volksgesundheit gesehen mühte und könnte, so zwingt ein Ueberblick doch, anzuerkennen, daß schon manches geschehen ist und vor allem die rastlose Arbeit aller Nationen auf allen Gebieten, um das 20. Jahrhundert zu einer Ära der Sozialhygiene zu stampeln. Je schneller das demokratische und soziale Empfinden vorbringt, desto schneller wird die Sozialhygiene zur Wohltat der Allgemeinheit triumphieren dürfen.

II. Generalversammlung des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht.

Frankfurt, 24. September 1907.

Der Vormittag des Eröffnungstages wurde angefüllt mit den üblichen geschäftlichen Formalien und den Begrüßungs- und Dankreden. Am Nachmittag referierte Fräulein Hermann über „Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht“. Die Referentin gab einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Wahlrechts in den konstitutionellen Ländern, definierte den Begriff „allgemeines“ Wahlrecht und schloß sich dann sehr lang und breit mit der Argumentation der Gegner des Frauenwahlrechtes an. Treffend waren dabei einzig ihre Ausführungen gegen jenen Einwand der Gegner des allgemeinen Wahlrechtes, daß die Kinderbewilligten die Qualifikation nicht besitzen zur Ausübung des höchsten Staatsbürgerrechtes. Sie erklärte, der Intelligenz und Arbeitskraft aller sei die heute erreichte Entwicklung unseres Vaterlandes zu danken; ferner werde durch die Wahlbewegung Kultur und geistiges Leben in die rückständigen Gegenden getragen. Im krassen Widerspruch hierzu stand allerdings ihr anderer Hinweis: Was dabei herauskomme, wenn politisch Ungebildete der Agitation der einzelnen Parteien überlassen würden, weiß man ja! Als Frucht der liberalen Agitation reklamierte sie das bestehende Reichstagswahlrecht. Es sei kein „Geschenk“ Bismarcks. Bei der Schilderung, wie in den einzelnen Ländern die Frauen den Kampf für Erwerbung des Wahlrechtes führten, erklärte sich die Referentin ausdrücklich einverstanden mit der Haltung der Engländerinnen, die zunächst für das beschränkte Frauenwahlrecht kämpften. Für Deutschland fordere der Verband für Frauen-

stimmrecht, demnach, das „allgemeine“ Wahlrecht. Parteifanatismus und Klassenhaß distanzieren die Beschuldigung, die sozialdemokratische Führerinnen gegen den Verband erheben, daß er ein „Damenrecht“ wolle.

Fräulein Schaefer-Bromberg gab ihrer Freude Ausdruck, daß die Referentin für Deutschland das allgemeine Frauenwahlrecht fordere.

Genossin Zieg gab die Erklärung ab, daß keine sozialdemokratische Führerin dem Verein für Frauenstimmrecht den Vorwurf gemacht habe, er wolle nur ein beschränktes Frauenwahlrecht. Aber den bürgerlichen Damen sei dieser Vorwurf gemacht, und mit Recht; habe doch 1903 Fräulein Schirmacher nach den übereinstimmenden Berichten bürgerlicher Blätter, die auch unwidersprochen geblieben seien, in einer liberalen Versammlung in München ausdrücklich das beschränkte Frauenwahlrecht gefordert. Der Verein für Frauenwohl habe an den preussischen Landtag um ein beschränktes Frauenwahlrecht petitioniert, das an einen Jenseit gebunden sei sowie an eine bestimmte Zeit der Sechshäftigkeit. Dem Verein für Frauenstimmrecht werde zum Vorwurf gemacht, daß er bis heute noch nicht offiziell die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes in sein Programm aufgenommen habe. Dies solle vielmehr erst auf dieser Tagung erfolgen und die Sozialdemokratinnen schmeicheln sich, daß ihre Kritik den Verein vorwärts getrieben habe.

Fräulein Augsburg erklärte, der Verein habe die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes für selbstverständlich, deshalb habe er das bisher nicht ausdrücklich ausgesprochen. Als dann Angriffe und Unterstellungen gekommen seien, habe man sich entschlossen, dies ausdrücklich auszusprechen.

Frau Cauer bemerkte, es handle sich bei der erwähnten Petition nicht um ein politisches, sondern um ein kommunales Wahlrecht. Fräulein Schirmacher habe als einzelne Person gesprochen, damit sei nicht gesagt, daß alle Vereinsmitglieder den Standpunkt teilen.

Fräulein Schirmacher bestritt, daß sie einem beschränkten Frauenwahlrecht das Wort geredet habe. In jener Versammlung habe sie geschildert, wie ein allgemeines Männerwahlrecht staatsgerichtet (!) wirke, wenn keine starke Staatsgewalt ein Gegengewicht bilde.

Herr Dr. Dreißheid trat den Ansichten Fräulein Schirmachers energisch entgegen, und er versuchte den Hinweis der Genossin Zieg, daß die sozialdemokratische Kritik den Verein in seiner Stellungnahme vorwärts getrieben habe, zu entkräften, indem er betonte, angesichts des Wahlrechtskampfes in Preußen sei es dem Verein jedenfalls als der geeignete Zeitpunkt erschienen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Fräulein Lischnewski bemerkte, der Verein habe, um niemand zu ähneln, zunächst nur ganz allgemein politische Rechte verlangt, später das Reichstagswahlrecht und nun komme man erst zu dem Frauenwahlrecht der Landtage und Stadtvotreten. Nur die sozialdemokratischen Führerinnen verneinten das. Diese wollten durch ihre Bekämpfung der bürgerlichen Frauen nur die Klaffengegensätze verschärfen.

Genossin Zieg stellte fest, daß die Wichtigkeit unserer Beschuldigungen von den bürgerlichen Frauen hätten anerkannt werden müssen. Fräulein Schirmachers Ausführungen hätten gezeigt, daß ihr Standpunkt noch reaktionärer sei, als wir ihr vorgeworfen haben. Auch der Vorwurf, wir verschärfen die Klaffengegensätze sei falsch; diese seien vorhanden; sie seien Proletariern zum Wohlfühlen zu bringen, um sie zum Kampfe gegen diese Wirtschaftsunordnung zu führen, die von den bürgerlichen Frauen erhalten und gestützt werden solle, sei unsere Pflicht.

Lebhaft ward noch die Diskussion weitergeführt über die Ansichten Fräulein Schirmachers. Auch Genossin Käthe wandte sich gegen dieselben, befristete ein gelegentliches Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauen und nahm Genossin Zeitlin gegen erhobene Angriffe in Schutz.

In ihrem Schlusswort wies Fräulein Schumann es entschieden zurück, daß der Wahlrechtskampf in Preußen den Verein zu seiner Stellungnahme veranlaßt habe. Preußen mache sich ohnehin viel zu breit in Deutschland; das beste sei, man erwähne diesen Staat gar nicht.

Der Geschäfts- und Klassenbericht bildete den Schluß des ersten Verhandlungstages.

L. Z.

Gewerkschaftliches.

Wachtung! Bergarbeiterfrei in der Niederlausitz!

Die Arbeiter in den Niederlausitzer Kohlenwerken und Senftenberg stehen im Streik.

Ueberlange Arbeitszeit, schlechteste Löhne bei miserabelster Behandlung, sowie das Fehlen aller sanitären und sonstigen Einrichtungen haben die Arbeiter zum Streik getrieben.

Gewerkschaftsbrüder und Klammgenossen! Krampfhaft bemüht sich das Unternehmertum, unter den verlockendsten Versprechungen Arbeitswillige in ganz Deutschland anzuwerben. Unter allerhand Namen sind Agenten überall tätig, um Menschenmaterial für die Bergproben in die Gruben zu erhalten.

Haltet die Augen offen!

Wirkt aufklärend! Sucht den Jnuzug abzuhalten! Sucht den armen Bergklaven der Niederlausitz den Kampf zu erleichtern, indem Ihr sie moralisch unterstützt.

Arbeiter! Lebt Solidarität!

Meidet den Niederlausitzer Bergbau!

Die Lohnkommission,

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Berlin und Umgegend.

Von der Großen Berliner.

In diesen Tagen — Mittwoch, Donnerstag und Freitag — findet die Wahl der Vertrauensmänner der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft statt. Der Deutsche Transportarbeiterverband hat durch seinen Wahlausschuß die Frage prüfen lassen, ob die Aufstellung von Kandidaten am Plage wäre, und er empfiehlt davon Abstand zu nehmen. Die für diesen Entschluß maßgebenden Gründe enthalten schwere Vorwürfe gegen die Gesellschaft. Die aufgestellten Kandidaten müssen nämlich fürchten, einfach entlassen zu werden. Die Gesellschaft mag vielleicht diese Absicht bestreiten; aber es ist doch sehr charakteristisch, daß der Wahlausschuß gar nicht daran zweifelt, daß er seine Kandidaten direkt ans Messer liefern würde. Uebrigens sollen einige Verbandsmitglieder als Vertrauensmänner bereits gewählt sein — trotz alledem. Man kann abwarten, was die Gesellschaft tun wird, wenn sie durch ihre Spindel unterrichtet ist. Ueber das Spindelwesen wird in den Reihen der Angestellten lebhaft Klage geführt, besonders unter den Schaffnern. Von den letzteren hat sich mancher der Gesellschaft als Spion zur Verfügung gestellt, was von den Kollegen als eine indirekte Folge der Trinkgelber allgemein angesehen wird. Die Leute werden durch die Trinkgelber degradiert, so heißt es; ihr Abhängigkeitsgefühl wächst und unterdrückt allen Widerstandsgedanken.

Der Verband erinnert an die Vertrauensmännerversammlungen vor einem Jahre, als 23 Direktoren und nur 12 Verbändler gewählt wurden. Er fragt nach den versprochenen „Erfolgen“ für die Arbeiter während des Jahres und beantwortet die Frage in einem Flugblatt wie folgt:

Die Lohnforderung für das Personal hat die Gesellschaft abgelehnt.

Die Einführung des 10stündigen Schaffnerdienstes ist bis auf weiteres zurückgestellt.

Der Dienst ist so schlecht geworden, daß Kollegen jetzt schon mit 9 bis 10 freien Tagen im Rückstande sind.

Den Ersparnissen hat man keinen begünstigten freien Tag und kein Wahlrecht bewilligt.

Das Spiegel- und Demunziantentum hat eine hohe Blüte erreicht, so daß heute kein Kollege mehr vor dem anderen sicher ist.

Es sind Kollegen ohne jede Pension auf Straßenspaster geflogen, die 18, 20 und 25 Jahre im Dienst der Gesellschaft gestanden, von den Verbandsvertrauensmännern sind zurzeit nur noch 7 im Dienst, 5 mit weiteren 50 Leidensgenossen sind auf Straßenspaster geflogen.

Demgegenüber folgt eine Darstellung der Profite, die die Gesellschaft aus der Arbeitskraft ihrer Angestellten zieht. Da heißt es:

Im Jahre 1900 wurden 5,7 Millionen Reingewinn verteilt und 6,9 Millionen Löhne ausgezahlt. Dagegen 1906 wurden 9,9 Millionen Reingewinn und nur 8,9 Millionen an Löhnen gezahlt. Während also 1900 immerhin noch 1,2 Millionen mehr an Löhnen als an Reingewinn gegeben wurde, ist im Jahre 1906 eine Million Mark mehr an Reingewinn als an Löhnen ausgegeben. Nach dem eigenen Zugeständnis der Gesellschaft durch die gelbe Zeitung „Die Straßenbahn“ betrug die Durchschnittsleistung pro Kopf und Jahr im Jahre 1900 — bei täglich durchschnittlich 11 stündiger Arbeitszeit — 24 646 und 1906 bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit 25 705 Kilometer. Trotz verkürzter Arbeitszeit von täglich 1 1/4 Stunden doch eine Mehrleistung von über 4 Kilometer pro Tag und Kopf. Aber weiter. Im Jahre 1900 gab es nur Erfassungsgestellte, welche innerhalb 3 Monaten angestellt wurden, und im Jahre 1906 wird keiner unter 2 Jahren nach der Einstellung angestellt bei täglichem Lohn. Der Profit, den die Gesellschaft herausgeschlagen, soll mit wenigen Zahlen angeführt werden. Im Jahre 1900 betragen die Dividenden 5 032 500 M. und 1906 sogar 8 006 592 M. Die Direktion und ihre Beamten erhielten für ihre Mithewaltung außer ihrem Lohne im Jahre 1900 288 566 M. und 1906 494 463 M. Zantienen. Während die Löhne der Angestellten in den sieben Jahren um 5 Proz. stiegen, sind die Zantienen um 71,39 Proz. gestiegen. Aus alledem geht mit Deutlichkeit hervor, daß von dem Mehrgewinn nur die Gesellschaft Vorteil hat, dem Personal hingegen hat man statt gegeben noch genommen.

Dringend notwendig ist eine stärkere unabhängige Organisation der Angestellten. Solange man sich nicht offen und ohne Gefahr als Mitglied des „Deutschen Transportarbeiterverbandes“ bekennen kann, trete man geheim als Mitglied ein und melde sich im Bureau Engel-Her 21. Erst dann, wenn die Organisation erstarkt ist, kann sie mit Erfolg die Forderungen der Angestellten zur Geltung bringen.

Achtung, Töchter!

Am 6. September gingen die beiderseitigen Lohnkommissionen auseinander, um, da es nicht möglich war, eine Einigung zustande zu bringen, nunmehr ihren Mandatgebern das Ergebnis der einzelnen Kommissionen mitzuteilen und neue Direktiven einzuziehen. Die Versammlung der Töchter erklärte sich mit dem Vorgehen und Verhalten ihrer Kommission einverstanden, gab aber derselben den Auftrag, nochmals zu versuchen, auf friedlichem Wege einen Tarif zustande zu bringen. Die Unternehmer nahmen den Bericht ihrer Kommission in der Versammlung am 23. September entgegen; hierzu hatten sie auch den Gesellenauschuss geladen, welcher die Beschlüsse der Unternehmer entgegenzunehmen sollte. Für diese Versammlung war bereits so gut hinter den Kulissen vorbereitet, daß man dem Gesellenauschuss gedruckte Tarife als Beschlüsse der Unternehmer überreichen konnte. Bis jetzt war es üblich und Sitte, daß, solange die Kommissionen Verhandlungen noch nicht abgebrochen waren, von keiner Seite derartige unternommen wurde.

Wir können also daraus ersehen, daß die Unternehmer sich schon lange mit der Absicht trugen, und unter allen Umständen zum 1. Oktober einen Tarif auszuwerkeln.

Wie sieht nun dieser Tarif aus und was für Abzüge bringt er uns? Ursprünglich hatte uns die Meisterkommission 13 Positionen unterbreitet, welche für den neuzuschaffenden Tarif in Wegfall kommen sollen, wodurch bei einigen Oefen ein Abzug bis zu 40 Proz. und bei großen Herden bis zu 25 Proz. entfallen kann.

Die Meister hoben sich aber nach Verhandlungen bereiterklärt, den Abzug für Reihener Autodosen fallen zu lassen, so daß bei einigen Oefen nur noch ein Abzug bis zu 25 Proz. in Frage kommt. Man behauptet zwar, das wären nur Wünsche der einzelnen Unternehmer; wir können aber jetzt konstatieren, daß dies nicht nur Wünsche sind, sondern Beschlüsse der gesamten Unternehmer, denn all diese Abzüge sind auch in dem neuen Tarif enthalten. Außerdem sind noch circa 70 Positionen zum Teil ganz erheblich gekürzt oder ganz in Wegfall gekommen. Darunter sind Positionen, welche schon 10 bis 20 Jahre bestehen. Hatte man ursprünglich die Absicht, hauptsächlich die Chamottearbeit herabzusetzen, so trifft das jetzt bei der besten Arbeit ebenfalls zu. Um nun den Schein zu wahren, wie man sich in dem Kündigungsschreiben ausdrückte, man wolle den Tarif nur regeln, hat man 4 Positionen erhöht, aber Positionen, welche sehr selten in Betracht kommen.

Unter „Allgemeine Bestimmungen“ hat man folgenden Passus aufgenommen: Vertrauenspersonen: Poliere, Werkführer und Beiratpersonen unterliegen den allgemeinen Bestimmungen nicht. Man will eben wieder, daß die Vertrauenspersonen nach Feierabend, des Sonn- und Festtags arbeiten sollen und, worauf es hauptsächlich ankommt, auch am 1. Mai. Weiter soll, wenn Zeitverräumnisse dem Arbeitnehmer durch Mangel an Material entstehen, ohne Verschulden des Arbeitgebers, dafür nichts mehr bezahlt werden. Herr im Hause will man ja sein, wenn es sich aber darum handelt, die Zeitverräumnisse zu bezahlen, welche hauptsächlich durch Mangel an Material entstehen, das vom Bauherrn geliefert wird, wäscht man seine Hände in Unschuld; dann will man nicht mehr Arbeitgeber und Herr im Hause sein und vermeist den Gesellen an den Bauherrn.

Dann wünscht man noch, daß der Töchtergeselle mit unorganisierten Arbeitern (Trägern) zusammenarbeiten soll. Dies ist ja noch nicht im neuen Tarif enthalten, man will es aber noch gern hineindringen. Ein derartiges Ansuchen müssen wir natürlich ganz energisch zurückweisen, denn zum Gesellen sind wir noch nicht gesunken und werden wir uns die Solidarität niemals unterbinden lassen. Wir können also feststellen, daß uns die Unternehmer ein ganz hübsches Paket von Abzügen und Verschlechterungen aufdrängen wollen, wodurch unsere Lebenslage ganz bedeutend herabgesetzt wird. Wir werden uns aber dies, schon in Betracht der neueren wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht gefallen lassen und uns mit allen Mitteln dagegen wehren.

Kollegen! Die Unternehmer werden Euch jedenfalls morgen, Sonnabend, ihren Tarif zur Unterschrift oder Anerkennung vorlegen. Weist dies ganz entschieden zurück! Eine Bezirksleiterung, welche am Dienstag togte und zu dem Bericht der Meisterversammlung und dem Tarif Stellung nahm, beauftragte die Lohnkommission, nochmals mit der Unternehmerkommission in Verbindung zu treten. Es findet nun heute, Freitag, eine gemeinsame Sitzung statt und wird die Kommission am Sonntagvormittag (siehe Annonce im „Vorwärts“) Bericht erlassen. Die Verbandsleitung.

Ausland.

Der Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz.

Die bürgerliche Presse geradete sich gestern den Kopf über einen Widerspruch in der Taktik der Senftenberger Grubenleitungen den Konsumenten gegenüber. Während nämlich die Verwaltung von „Eisabeth-Blau“ unter Hinweis auf das ungeschulte Personalmaterial (die Streikbrecher), „für welche der doppelte Lohnsatz im Verhältnis zur Arbeitsleistung erforderlich ist“ (1), den Preis für den Waggon (200 Zentner)

um 5 M. erhöht hat, äußerte Herr Generaldirektor Schumann von der „Ife“, daß eine Preiserhöhung unter Bezugnahme auf den Produktionsausfall während des Streiks seitens der Niederlausitzer Werke nicht vorgenommen werden könne, da die bestehenden Abschlüsse die Preise bis zum 31. März 1908 festlegten, die unveränderlich bestehen bleiben.

Wir haben uns um Aufklärung über diesen Widerspruch nach Senftenberg gewandt und erhalten dazu folgende Aufklärung:

Senftenberg, 26. September. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Wie die Verleumdung zur Verschwiegung der Konsumenten und des Publikums mittelste, sind von 44 in Betracht kommenden Gruben nur 22, also die Hälfte, mit Streik überzogen, davon halten einige den Betrieb beschränkt aufrecht, während nur wenige ganz still liegen. Darin nun, daß einzelne Werke und Gesellschaften in der besten Konjunktur, in der Zeit des besten Absatzes gelähmt worden sind; andere wieder nicht, liegt der Grund zur Uneinigkeit. Die Sache liegt so: Schumann, Direktor der Bergbauaktiengesellschaft „Ife“ ist Oberschwarzmaier und Vorsitzender im Verein der Niederlausitzer Braunkohlenindustriellen. Weiter spielt der Geheimkommerzienrat Heyne, Vorsitzender des Verbandes der Glasindustriellen und Glashütten und Verwaltungsverwalter in „Annahütte“ bei Glettwitz, die erste Geige mit. Die „Ife“ beschäftigt allein circa 1600 Arbeiter und absorbiert für sich den vierten Teil der Gesamtproduktion des ganzen Reviers, ebenso ist Heyne einer der größten unter den Großen. Die „Ife“ und die „Heyne“-Werke sind aber vom Streik verschont geblieben! Trotzdem — oder vielmehr gerade deswegen — feuern beide Repräsentanten des größten Kapitals die übrigen kleineren, minder gutgestellten Gesellschaften an, nicht nachzugeben. Dabei scheren sie in glänzender Weise ihr Schäschen! In einer der letzten Sitzungen des Werkverbandes soll es diesbezüglich schon zu Auseinandersetzungen gekommen sein. Vor dem Streik hatten die Direktoren ihren Aktionären berichtet, daß alles „Strohfeuer“, „Mache“ usw. sei, daß nichts zu befürchten wäre. (Dorum auch die völlige Ignoranz der eingereichten Forderungen!) Die Berichte waren suggeriert von der „Ife“, welche tatsächlich nichts zu befürchten hatte. Nach Ausbruch des Streiks gab es lange Gefächter. Ausständig waren die Leute der Gruben geworden, die es „bei allen vier Pöpfeln“ zu haben glaubten. Die „Ife“ und „Heyne“-Werke aber produzierten lustig weiter. Sie, die sonst die Preistreiber waren, haben jetzt gar kein Interesse an einer Preiserhöhung. Jetzt freilich fordern die durch den Streik bedrängten kleineren Grubenbesitzer ihre Kollegen auf, auszusperrn!

Es ist der Reiz um den Reiback, ums Geschäft, die Kapitalserbe des Kapitalismus, die getroffen ist. Die Kleinen sind die Gemeinerten; sie halten's nicht aus, werden durch den Streik enorm geschädigt, indes die Nischenunternehmungen der „Ife“ den Absatz an sich ziehen, ihren Besitz an Kohlenfeldern erweitern, ihre Konkurrenten einpinnen, sie umgarnen und abwürgen. Wenn diese dann nicht mehr können, wird der ganze Arom im Kampf erstanden und der Besitz ist schon „abgerundet“.

Abschiebung der Arbeitswilligen!

Erfahrungsmäßig tritt nach Auszahlung der ersten Streikunterstützung eine kritische Periode ein. Die ist überstanden: Streikbrecher aus den eigenen Reihen sind verschwindend wenige zu verzeichnen. Ebenso ist es gelungen, die u. a. mittels dreier Autobroschen aus Berlin eingetroffenen Arbeitswilligen samt und sonders abzuschieben.

Prämien für Streikbrecher!

Zu welchen Mitteln Werkverwaltungen greifen, um Arbeitskräfte zu behalten, lehrt folgende

Bekanntmachung!

In Anerkennung des guten Verhaltens der Belegschaften in der Grube und der Zerkettfabrik „Victoria“, die sich nicht zur Arbeitseinstellung haben verhalten lassen, haben wir beschlossen, jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin, die sich an dem Ausstande nicht beteiligen, Mark 7,50 an demjenigen Lohnstage auszugeben, an welchem auf allen Werken des Senftenberger Reviers die Arbeit wieder vollständig aufgenommen worden ist. Grob-Rätschen, den 21. September 1907.

Die Direktion der Niederlausitzer Kohlenwerke.

Hentchel, Vergat.

Rechnlich so lauten Bekanntmachungen, welche auf den „Ife“-Werken angeschlagen sind und den Arbeitern für den Verrat einen Judaslohn von 10 Mark versprechen.

Das Ende des Doderstreiks.

Antwerpen, 26. September. (Fig. Ber.)

Der Kampf der Antwerpener Doder, der acht Wochen das ganze Land in Spannung hielt, ist gestern durch den Beschluß der Generalversammlung der sozialistischen Dodergewerkschaft beendet worden. Der tapfere und so klug geführte Kampf, der die Bewunderung und Sympathie auch weit außerhalb der Arbeiterschaft erweckt hat, ist so mit einem Akt der Vernunft ehrenvoll und erfolgreich abgeschlossen worden. Die Schlusseinigung sucht freilich auf einer Bedingung, die Tausenden nicht leicht zu akzeptieren war: die Aufnahme der Arbeit unter den alten Bedingungen. Dies ist der eine und für die Arbeiter gewiß schmerzliche Teil der Entscheidung — denn er scheint hier, bei den Streikenden, eine Niederlage, dort, bei den Unternehmern, einen Triumph zu besiegeln. Aber ist dem so? Nun wohl: die Kampfformel der Unternehmer war: Es wird nichts bewilligt, solange gestreikt wird! Und so läuft auf sie der Schein des Sieges. Was aber wollten die Arbeiter und was haben sie erreicht?

Die Getreide- und Holzberlader verlangten einen, schon früher einmal bewilligten und dann wieder entzogenen Frank Aufbesserung pro Tag. Sie haben dafür wochenlang gekämpft und gedurft, und so hoch stand der Gesamtheit die Forderung ihrer Brüder, daß die große Masse der Hafenarbeiter die Aussperrung auf sich nahm, um den 3000 Streikenden den Sieg zu ermöglichen. Mit welcher zynischer Brutalität und schamlosem Nachhaken von Seiten der Unternehmer, insbesondere des großwahnwitzigen Scharfmachers Steinmann, der Kampf geführt wurde, wie ein Friedensversuch nach dem anderen, auch der verständlichste und entgegenkommendste, von den Prohen hochmütig abgelehnt wurde — davon ist hier in den all den Wochen ausführlich die Rede gewesen, gleich wie von der Katastrophe, die durch die Unterbrechung des Hafentriebes über die Stadt hereingebrochen war. Dem Minister wie dem Bürgermeister, dem Industrierrat wie dem Gouverneur erklärte die Föderation ununterbrochen: alles umsonst, bemüht Euch nicht weiter. Wir wollen die „Unterwerfung“. Die Unterwerfung: das war die Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen. Außerlich folgte dem Unterwerfungsgebot die Versicherung, der „gerechten Prüfung“ der Forderungen durch die Kommission der famosen „Union“, für den angeblichen Schutz der „Arbeit“, innerlich die sich schmeichelnde Hoffnung, durch eine derartige Beendigung des Kampfes die „Führer“ zu treffen, die Macht der aufblühenden sozialistischen Doderorganisation zu brechen. Kurz, die Hafenarbeiter für Jahre hinaus mit sicherer Sklavengewalt zu beherrschen. . . . Aber trotz der großmütigen, gleich nach dem Beschluß der

Streikenden mit napoleonischer Geistes hinausgeschmetternen Troaden Steinmanns, die üppiger und keder als je den „Herren“ herauszuführen, wird nach dem Kampfe und nach der Entscheidung der Doder kein Sehender die Erfüllung dieses lockenden Unternehmertraumes für wahrscheinlich halten. . . . Sehen wir von dem Detail, daß der Kampf bereits 2000 Doder aufs neue der Organisation zugeführt hat, und daß er ihr zweifellos weitere Tausende zuführen wird, ab. Was steht als Erfolg der Arbeiter dem Scheinerefolg der Unternehmer gegenüber?

Der Bürgermeister, die Unmöglichkeit einsehend, das Progenium der Föderation besiegen zu können, setzte seine letzte Hoffnung auf den verständlichen Sinn des Streikkomitees. So tat er den letzten Vorschlag, indem er sich von den einzelnen Unternehmern die Autorisation für die Bedingungen erwirkte, die die „Föderation“ unter der Kommandoführer Steinmanns verweigerte, selbst unter der Form, daß die Arbeiter vorerst „Bedingungslos“ die Arbeit aufnehmen. Wie sieht nun neben dem Scheinerefolg der Föderation der wirkliche der Arbeiter aus? Der an die sozialistische Doderorganisation gerichtete Brief des Bürgermeisters sichert den Arbeitern unter der Voraussetzung der sofortigen Arbeitsaufnahme eine Lohn-erhöhung von 50 Cms. pro Tag beziehungsweise Minimallohne von 5 Fr. 50 Cms. für familiäre für die Needer arbeitenden Hafenarbeiterkategorien, die nach Ablauf von vierzehn Tagen in Kraft treten wird. Der Bürgermeister sichert ferner den Arbeitern die Aufhebung jener cartes de travail (Arbeitskarten) zu, durch welche die Doder bisher an jene „Union pour la protection du travail“ gebunden waren, die eine reine Unternehmerorganisation ist, die man aber gerade deshalb zum Schiedsrichter in allen Konflikten zwischen den Arbeitern und den Unternehmern bestellt hat. Durch die Empfangnahme dieser Arbeitskarten ging der Arbeiter eben jenen „Kontrakt“ ein, dessen „Bruch“ die Föderation als verbrecherischen Schuldpunkt den Streikenden angerechnet hat. Um die Arbeiter sicher der „Union“ auszuliefern — denn sie dürfen ihre Beschwerden nur dem — Schiedsgericht der Unternehmer vorlegen und weder in Streik treten noch sonst selbständig vorgehen — haben die Unternehmer die Vereinbarung getroffen, ohne Arbeitskarten keine Arbeit zu geben. . . . Es begreift sich aber, welchen Wert die Hafenarbeiter dieser Zusage beimessen, durch die sie ihre Selbständigkeit gewinnen und die Möglichkeit, die Organisation und nur die Organisation zur Verteidigerin und Sachwalterin ihrer Interessen einzusetzen. Als Drittes wird den Dodern die Entlassung der „Gelben“ innerhalb acht Tagen zugesagt. Daß nicht der volle Frank errungen wurde, ist bedauerlich — indes das Errungene ist ein Schritt und aus kleinen und großen Schritten besteht der Weg unserer Organisationen zu ihren Zielen. . . . So ist das Errungene ein Erfolg, dessen die Doder sich aufrichtig freuen können. Und das Gefühl des Erfolges gab auch dem Entscheidungsmeeting seine Signatur. Die Darlegungen der Redner, die alle den Erfolg des Kampfes kennzeichneten und die Arbeitsaufnahme unter Bedingungen, die der Ehre der Streikenden nicht widerstehen, warm empfanden. Ein brausendes Bravo erfolgte, als die Abstimmung eine fast einstimmige Annahme ergab. Es war ein dramatisches Moment in dieser auch sonst so machtvollen Versammlung, der nicht vergessen werden kann. Aus den Reihen der jungen händelhaften Durschen, weißhaariger, kraftvoller Männer klang durch den Riesensaal des „Palais Rubens“ als Schlusshord der Entscheidung das rhythmisch kraftvolle „Wond“-Lied in alle ergreifender und mitreißender Bewegung empor. . . .

Mit der freudigen Wotschaft über das Ende des Streiks brachte die bürgerliche Presse gleichzeitig ein Interdium mit Herrn Steinmann, der es für notwendig hielt, knapp nach der Entscheidung den schwer errungenen Frieden schon zu gefährden. Hochmütig erklärte er aufs neue, daß die „Föderation maritime“ ihren Standpunkt nicht verlassen habe, noch verlassen werde, und die Arbeiter nach wie vor nur durch die „Union“ eine eventuelle Lohnhöhung erhalten könnten. Die Föderation habe keinerlei Versprechungen gemacht, die den Bürgermeister zu seinen Vorschlägen berechtigt hätten. . . . Außerdem aber ging heute dem Antwerpener „Matin“ eine sozusagen amtliche Festsetzung dieser neuerlichen Herausforderung zu, nämlich ein vom Sekretär der Föderation und von Steinmann gefertigtes Schreiben, in dem gleichfalls der Bürgermeister desabouiert und gelehrt wird, daß Zusagen irgendwelcher Art gemacht worden sind. Auch hier in dem Schreiben werden die Arbeiter auf den Weg des Schiedsgerichtes der „Union“ verwiesen.

Was bedeutet diese Enunziation? Es ist wohl nicht anzunehmen, daß der Bürgermeister Hertogs unbefugte die betreffenden Zusagen gemacht hat, um nur die Arbeiter zur Arbeit zu bewegen und die Krise zu bannen. Das wäre die schändlichste Intrige, die die Hafenarbeiter entsprechend beantworten würden. Denn der Brief, mit dem Bürgermeister's Namen gezeichnet, ist klipp und klar gehalten. — Wiebe im anderen und wohl wahrscheinlichsten Falle die Erklärung, daß der größere Teil der Föderation privat dem Bürgermeister die Zusagen gemacht hat und die Föderation nicht mehr berechtigt ist, im Namen der Majorität Enunziationen zu erlassen. Nun: Die ganze Bevölkerung anerkennt das Entgegenkommen der Streikenden ebenso wie alle Kreise und Faktoren, der weitaus größte Teil der Presse inbegriffen, die Föderation verurteilen und beschöden. Sollte es Steinmann und seine Sippe wirklich wagen, den schwer errungenen kaum gesteteten Frieden zu brechen, so würde der Kampf aufs neue entbrennen und die ganze Bevölkerung stünde auf Seiten der Doder. Aber noch hofft alles, daß mit der Entscheidung der Generalversammlung der bewegte Kampf der Doder sein Schlussspiel erreicht hat.

Eine allgemeine Lohnbewegung der schwedischen Zuckerrabrikarbeiter findet gegenwärtig statt. Verhandlungen, die Anfang dieses Monats in Helsingborg mit den Vertretern von acht Fabriken geführt wurden, sind ergebnislos verlaufen. Von der achtstündigen Arbeitszeit, die für die Fabriken gefordert wird, wo man Tag und Nacht arbeitet, wollten die Unternehmer nichts wissen. Statt des geforderten Minimallohnes von 45 Dore für Arbeiter boten sie 30 bis 35 Dore, und statt 35 Dore für Arbeiterinnen nur 18 bis 23 Dore. Die Unterschiede sind also so groß, daß ohne Kampf ein Ausgleich unmöglich erscheint. Anfang dieser Woche hat in Lund eine Konferenz der Zuckerrabrikarbeiter Schwedens stattgefunden, auf der Vertreter aller Fabriken mit Ausnahme einer einzigen anwesend waren. Hier wurde beschlossen, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten. Die alten Tarifverträge lauten für die meisten Zuckerrfabriken Schwedens am 1. Oktober ab, in elf Fabriken sollten sie jedoch bis in das nächste Jahr gelten. Da diese Fabriken aber in andere Hände übergegangen sind, werden wohl auch sie in die Lohnbewegung einbezogen werden. Die Zuckerrabrikarbeiter Schwedens sind gut organisiert; sie gehören meist dem Grob- und Fabrikarbeiterverband an. Die schwedische Zuckerindustrie wird immer mehr zu einem kapitalistischen Monopolunternehmen. Allein in der vorigen Woche haben drei Zuckerrabrikgesellschaften beschlossen, ihre gesamten Betriebe an den Zuckertrust, die Schwedische Zuckerfabrik-aktiengesellschaft, zu verlaufen.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Freitag, 27. September, 8 1/2 Uhr abends:

Versammlungen der Kreis-Wahlvereine.

I. Kreis

Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung:

1. Beratung des Verbandsstatuts eventuell Anträge zu demselben.
2. Bericht-erstattung vom Parteitag in Essen.
3. Diskussion.
4. Berichterstattung von der Provinzialkonferenz.
5. Verschiedenes.

II. Kreis

Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Provinzialkonferenz.
2. Bericht vom Essener Parteitag.
3. Beratung von eventuellen Anträgen zum Verbandsstatut.
4. Verschiedenes.

III. Kreis

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Provinzialkonferenz.
2. Bericht vom Essener Parteitag.
3. Partei- und Verbandsangelegenheiten. Event. Anträge zum Verbandsstatut.

IV. Kreis

Kellers Festsäle, Kopenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Essener Parteitag.
2. Beratung der Anträge zum Verbandsstatut.
3. Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz.
4. Parteiangelegenheiten.

V. Kreis

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Parteitag in Essen.
2. Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz.
3. Das Verbandsstatut.
4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

VI. Kreis

Germania-Prachtsäle, Chausseestraße 110.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Essener Parteitag.
2. Bericht von der Provinzialkonferenz.
3. Beschlussfassung über das Verbandsstatut.
4. Verschiedenes.

Rummelsburg. Mitglieder-Versammlung bei Witwe Weigel, Türschmidtstraße.

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung vom Essener Parteitag. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung (Anträge). 4. Vereinsangelegenheiten.

Lichtenberg

Kronprinzen-Garten, Frankfurter Chaussee 128.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Parteitag in Essen.
2. Vereinsangelegenheiten.

Schöneberg

Obst's Festsäle, Meiningenstraße 48.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Essener Parteitag.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vorstände.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Wegen der heute abend stattfindenden Partei-Versammlungen fällt die Ortsverwaltungs-Ziung aus.

Am Sonnabend sind beim Stiftungsfest in der Neuen Welt zwei Dastücher gefunden worden. Dieselben sind abzuholen bei Emil Weyer, Böttcherstraße 38.

Einsetzer.

Die Auszahlung der Unterstützung aus dem roten Kartensfond geschieht von Sonnabend, den 28. September, ab im Gewerkschaftshaus-Restaurant Sonnabendabends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr. 95/2

Tischler-Verein (E. H. 89).

Sonnabend den 28. September 1907, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15: Vereins-Versammlung.

Vortrag des Redakteurs Herrn Karl Wermuth: „Die Pariser Kommune“. Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Wochenschrift in Sanssouci am 19. Oktober, Soltes von Hoffmann Norddeutschen Sängern, Konzert und Ball. 199/7
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(G. O. Nr. 2 Hamburg.) Central-Verwaltung Berlin.

Den Mitgliedern des Bezirk III zur Nachricht, daß sich meine Wohnung vom 29. September ab Weidenweg 70 Seitenf. III befindet. 259/12
Wilhelm Siegmund.

Turnverein „Fichte“

Berlin. (Mitglied des Arb.-

Turner-Bundes.)

Dienstag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Eröffnung der 15. Männer-Abteilung

in der Schulküche Kottbuser Ufer 51.
Turnzeit: Dienstag und Freitag von 8 bis 10 Uhr abends.
Einschreibegelb 25 Pf., monatlicher Beitrag 70 Pf.

Einschreibegelb wird bei Anmeldung am ersten Turnabend nicht erhoben. — Im Beitrag ist die monatlich zweimal erscheinende „Arbeiter-Turnzeitung“ und das „Mitteilungsblatt“ des Vereins sowie die Unfall- und Unterstützungskasse einbezogen.

Genau sei auf die vor kurzem eröffnete 14. Männer-Abteilung (Ehrenbergstr. 24, am Schälauer Tor), Turnzeit: Dienstag und Freitag von 8 bis 10 Uhr abends, und die 14. Lehrlings-Abteilung, Köpenickerstr. 2, Turnzeit: Montag und Donnerstag von 8 bis 10 Uhr abends, hingewiesen.

Anmeldungen neuer Mitglieder in den Turnhöfen. Ankunft aber die in allen Stadtteilen befindlichen Abteilungen des Vereins durch die Geschäftsstelle O. 17, Kopenstr. 24. 297/3*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Anferatenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Töpfer-Träger.

Montag, den 30. September 1907, abends 8 Uhr:

Versammlung

aller bei Töpfern beschäftigten Träger und Hilfsarbeiter
im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstraße 57.

Tages-Ordnung:

1. Der Ablauf unseres Tarifvertrages und der ablehnende Standpunkt der Arbeitgeber der Verlängerung eines solchen gegenüber?
 2. Verbandsangelegenheiten.
- Das Erscheinen aller im Töpfergewerbe beschäftigten Träger und Hilfsarbeiter ist erforderlich.
Die Töpfer werden ersucht, ihre Träger auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filliale Berlin.

Sonntag, den 29. September 1907, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11, großer Saal:

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Wahl der Delegierten zum Goutag.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Siehe auch Bericht im gewerkschaftlichen Teil. 200/19*

Lebensmittelpreise steigen!

Warum greift der deutsche Handel nicht ein? Warum lässt sich der deutsche Handel von dem auswärtigen Handel überhöhlen? Warum lässt sich der deutsche Handel von den Börsenspekulanten am Narrenseil herumführen? Warum glaubt der deutsche Handel den abharnen, einseitigen, sinn- u. gedankenlosen Berichten der Handels- u. Börsenzeitsungen, die von Börsenspekulanten abgefasst sind? Warum muss der deutsche Handel Geld verlieren? Warum will der deutsche Handel kein Geld verdienen? Antwort: Weil er die guten Ratschläge eines erfahrenen Kaufmannes nicht würdigt; weil er den Inhalt der von der deutschen Presse absichtlich unterdrückten Broschüre Proestler: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“ nicht beachtet. Die Broschüre ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.—, B, Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung — keine Marken, sondern mit Postanweisung, nur 10 Pfg. Porto — von Mk. 2.10 bzw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Herausgeber, Kaufmann Michael Proestler in Würzburg, versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Flugschreiben und Prospekt.

Grosso Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppelt gereinigtem neuen Bettüberzug, bessere Betten 15, 18, 24 Mk.; 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstr. 41. Gedr. Spezial-Druckerei Zeitschrift.

fette, Gänse, fette, Enten, junge Hühner, Tauben empfiehlt reichst F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34.



Touren

Sonntag, 29. September.

1. Abt. 7 Uhr: Clausdorf. 1 Uhr: Groß-Beeren. Start: Bismarckstr. 59.
2. Abt. 1 Uhr: Rittenwalde (Kramich). Start: Fontane-Bromenade 15.
3. Abt. 7 Uhr: Rittersdorfer Kollberge (Grede). 1 Uhr: Schöneiche (Baldschloh). Start: Mariannen-Platz.
4. Abt. 7 Uhr: Kernsdorf (Kron). 2 Uhr: Adlershof (Waldstein). Start: Rüstener Platz.
5. Abt. 8 und 1 Uhr: Wannsee (Birkenhof). Start: Eichen.
6. Abt. 7 Uhr: Alt-Geltow (Thomann). 1 1/2, 1 Uhr: Beelitzhof. Start: Genossenschaft, Oberbergstraße 30.
7. Abt. 8 Uhr: Redlig (Dungarf). 2 Uhr: Bilmersdorf (Doch). Start: Grenzstr. 21.
8. Abt. 8 Uhr: Benkenhof. 1 1/2, 1 Uhr: Sülzeldershof. Start: Waldstraße 8.
9. Abt. Nachmittags 4 Uhr: Gemüthliches Beisammensein Schillingstraße 22. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. 13/18

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Fahrversicherung Klosterstraße 101 bei Solle.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Arneiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Oderbrucher Bettfedern,

überaus vorteilhaft im großen, 1894 im Oberbruch gegründeten Westfälischen Spezialgeschäft von Otto Wrohm (seit 1905, Brunnenstr. 171, gegenüber Jandorf (Tel. IIIa 4221) ebenfalls auch in eigen. Westfälischen-Heimigung u. elektr. Betrieb durch zwei erprobte Spezialmaschinen alte, zusammengestampfte Betten radikal aufgearbeitet werden, so daß sie nach der Reinigung wieder leicht und schön sind.

Zum Nord im Essener Stadtwald.

Nach dreitägiger Verhandlung ist wie wir bereits gestern im Teilbericht des größten Teils unseres Blattes melden konnten, der des Nordes Angeklagte, ein zwanzigjähriger Bureaubeamter des Essener Kohlenbaugebietes Alfred Land, von der Anklage Mord im Essener Stadtwald am 1. Oktober 1906 ermordet zu haben freigesprochen. Ueber den Tatbestand und die Anklage haben wir bereits am 22. d. M. berichtet. Die Verhandlung gestaltete sich dadurch sehr interessant, daß der Angeklagte, auch nach Fällung des Freispruches habel verblieb, er habe die Tat begangen. Der Verteidiger hob eine große Reihe Momente hervor, die es ausschloßen, zum mindesten im höchsten Grade unwahrscheinlich machten, daß die Selbstbezüglichung des Angeklagten der Wahrheit entspreche. In der Beweisaufnahme trat eine Reihe Zeugen auf, die einwandfrei bekundeten, daß Land entgegen seiner Darstellung sich wiederholt vor seinem am 10. Februar erfolgten Selbstbezüglichung über den Mord unterhalten hat. Uebereinstimmend wurde bekundet, daß auch nicht das geringste auf eine Täterschaft schließen ließ. Nicht ein einziges objektives Moment trat in der Beweisaufnahme zutage, das die Selbstbezüglichung des Angeklagten unterstätigte. Im Gegenteil: nach den Bestimmungen unverdächtigter Zeugen kann der Angeklagte zurzeit der Tat nicht am Tatort gewesen sein. Und doch verblieb der Angeklagte bei seiner Selbstbezüglichung und beehrte nach seiner Freisprechung laut, hingerichtet zu werden. Wie ist dies zu erklären? Der Fall Land ist nicht der erste und wird auch leider nicht der letzte bleiben, in dem ein nicht geisteskranker schwerer Verbrecher der Wahrheit zuwider sich bezeugt. Für die Verweigerung des Land hat die Verhandlung eine Reihe von Tatsachen zutage gefördert. Land war „strenge religiös“, ging häufig zur Kirche, las gern in bürgerlichen Blättern Zeitungsliturgisch, war eine Zeitlang „Gutmäher“, machte spirituellen Hundstung mit, war äußerst willensstark, stand unter der suggestierenden Gewalt eines gewissen Stein, des spirituellen und hypnotischen Spielereines hmeigenben Vorsitzenden der Essener Guttempler und renommierte gern mit Pistolen, auf den bürgerliche Kreise Wert legen, so: daß er „bei den Waderdorner Wuzaren gedient“, daß er „unter Kaiser Karl dem Großen ein Mordver mitgemacht“ habe, daß er eigentlich von Adel sei und dergleichen. Der medizinische Sachverständige schildert den Angeklagten als leicht erregt, launenhaft, erblich belastet (der Vater war Schwermüde und Trinker), degeneriert, hysterisch, dessen geistige Minderwertigkeit hart an der Grenze der Geistesgeisteskrankheit stehe. Kurz: im Willen des Angeklagten spielte die Hauptrolle jener Abgenenheit gegen ernste Beschäftigung, jenes phantasiegeschwollene „nationale“ Lament, jene Freude an „sensationalen“ Klümpchen, die von den partiellosen und den bürgerlichen Blättern lebhaft genährt wird, die das Herrentum weniger durch Verdummung der großen Menge zu verlängern bestrebt sind. In solchen Willen gedeihen die Anlagen zur Betätigung höchster Intelligenz vorzüglich und zeitigen die Frucht einer falschen Selbstbezüglichung, und sei es auch nur, um in dem Wälderwald genannt zu werden. Frag sein, daß zwischen Land noch mafodistische Triebe (d. i. Triebe, die in dem Empfang von Schlägen, Erniedrigungen und dergleichen Entwürdigungen des Menschen eine wohlige Befriedigung finden) eine Rolle spielten, wie sie uns in der fatalen Abhängigkeit des Herrentums in den bürgerlichen Organen vom Schlage der „Zukunft“ und ihrer minder geschickten Nachbeter so oft entgegenstellen. Die Möglichkeit der unwareren Selbstbezüglichung des Land fand neben der geringwertigkeit seiner Veranlagung also ihre Wurzel und ihre Triebkraft in der Degeneration, die in der „nationalen“, „liebeshüchler“ Laute des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und ähnlicher Handlungen der herrschenden Klasse ihren Ausdruck findet. Selbstbezüglichungen der Landfäden Art und Verberücklungen eines Beters, von Liebert usw. entspringen derselben Wurzel der Unterdrückung des Gemeinlebens.

Der Staatsanwalt stellte die Entscheidung anheim und betonte: hätte die Voruntersuchung dasselbe Bild wie die Hauptverhandlung ergeben, so wäre die Anklage unterblieben. Darin liegt das Hauptgeheimnis der Mangelhaftigkeit unserer Voruntersuchung, die bei ihrer jetzigen Organisation den Zweck, die Wahrheit zu ergründen, nicht erfüllen kann, vielmehr, so lange in ihr der präponderante Einfluß der Staatsanwaltschaft, die intellektuelle und moralische Abhängigkeit des Richters von einer Verwaltungsbehörde und die Unmöglichkeit der Anklagen bleibt, eine Duelle von Justizirrtümern bleiben wird. Das Verdienst, daß ein Fall Land sein Justizmord begangen ist, gebührt dem Vorsitzenden des Prozeßes, der mit extremer Unbefangenheit alles, was für den Angeklagten sprach, ans Licht zog: ein leider in deutschen Landen selten rühmlicher Ausnahmefall.

Raubproch Juder und Genossen.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Leue begann heute die Verhandlung gegen die beiden dreifachen Räuber, die unter Anwendung von Chloroform in der Nacht zum 2. Mai die Württembergische Wälsinger aus dem Grand Wälsert in einer Drohsache betäubt und beraubt haben. Die Angeklagten Samuel Juder und Reiner Weg Raubbeder sind jetzzeitig in Annaberg in Schlesien festgenommen worden. Samuel Juder ist 23 Jahre alt, in Wettweil in der Schweiz geboren; er ist der Sohn wohlhabender Eltern, hat sich aber zu einem internationalen Hochspäher herausgebildet. Er ist seit längerer Zeit der „Bräutigam“ einer gewissen Ida Franke, mit der er in der Welt umherzog. Nach längerem Aufenthalt in Hamburg ging er mit der Franke nach Leipzig, Paris, Strohburg, Rumburg, Nürnberg, Prag, Wien, Breslau, Leipzig, Stettin und kam schließlich nach Berlin. Auch in Schottland ist er mit der unter polizeiliche Kontrolle gehaltenen Franke gewesen. Er hat nichts gearbeitet und erhielt von seinen Eltern einen regelmäßigen Zuschuß, der aber nicht ausreichte, da Juder im Spiel und bei Wetten größere Summen verlor. Er wurde deshalb zum Teil von der Franke ernährt. Den Angeklagten Raubbeder hat er in Hamburg kennen gelernt, wo dieser in einem Hotel als Kellner tätig war. Es scheint so, als ob schon dort zwischen beiden der Plan geschmiedet worden sei, Raubzüge unter Anwendung von Chloroform auszuführen. Jedenfalls attackierte sich Raubbeder, der ein homosexuell veranlagter Mensch ist, von nun an vollständig dem Juder und machte dessen Fahrten mit. Zuerst ging's nach Stettin, wo Juder bei dem Zahntechniker Knoblauch vorprach und dort unter verschiedenen Fiktionen auch Chloroform bemerkte. Sein Versuch an Knoblauch, ihm Chloroform abzulassen, wurde abgelehnt. Juder wußte aber einen günstigen Augenblick zu benutzen und stahl eine Flasche Chloroform. Für Knoblauch hatte dies recht böse Folgen, denn infolge der später gegen ihn erhobenen, bössartig erfundenen Verleumdungen des Juder wurde auch gegen Knoblauch ein Verfahren eingeleitet, bald aber wieder eingestellt.

Die beiden Angeklagten kamen nach Berlin und machten am 1. Mai abends im Grand Wälsert in der Jägerstraße die Bekanntheit der 24 Jahre alten Württembergische Theresie Wälsinger, welche Bekanntheit und Bekanntheit trug. Die beiden Angeklagten besuchten dann mit der W. noch ein Café. Dann besichtigten die drei eine Drohsache. Während der Fahrt packte Raubbeder das Wälsinger plötzlich an der Kehle und würgte sie, während Juder gleichzeitig ihr die Flasche Chloroform unter die Nase hielt und sie betäubte. Das Wälsinger hörte noch, wie Juder seinem Begleiter sagte: „Du, die ist weg!“, gleich darauf wurde sie bewußtlos. In diesem Zustande wurde sie beraubt. Die Angeklagten nahmen ihre die mit Brillanten und fünf blauen Steinen besetzte goldene Drohsache ab, ferner ein Paar Brillantohrringe und ein Portemonnaie mit 28 M. Inhalt. Sie sprangen dann während der Fahrt aus dem Coupe, ohne daß der Kutscher von dem Vorgeschehen etwas gemerkt hätte. Der Boden wurde ihnen hier zu heiß und sie gingen nach Schlesien. Es gelang dem Juder, die Drohsache in Orlitz für 150 M. zu versetzen. Von diesem

ja auch nur leere Worte, deren sich die Liberalen bedienen, wenn sie von der Wälsinger die „allgemeinen Interessen“ habelen. Letztere werden nicht von den Liberalen, sondern nur von der Sozialdemokratie risikalios vertreten.

Röpenitz.

Ein großes Diebstahlverbrechen ist gestern bei einem hiesigen Einwohner entdeckt und polizeilich beschlagnahmt worden. Ein junger Oekonomiehändler, der augenblicklich in Spandau beim Militär dient, soll fortgesetzt aus den Vorräten Daniels und Vicolensstoffe gestohlen haben. Die Beute brachte er nach der Wohnung eines Verwandten in Röpenitz. Die Polizei erhielt Kenntnis von den Diebereien und bei einer Hausdurchsuchung wurde ein förmliches Lager von Uniformstoffen vorgefunden.

Abtershof.

Ueber die freie Jugendorganisation und ihre Feinde wird am Sonnabend, den 28. September, 8 Uhr in einer öffentlichen Versammlung bei Kühne, Bismarckstr. 60 verhandelt werden. Auch in unserem Ort ist man bemüht, die Bestrebungen unserer Jugend zu unterdrücken. Jeder Arbeiter muß daher bei der Wichtigkeit der Frage der Jugendorganisation in der Versammlung erscheinen. Den Lehrlingen, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen sei dieses besonders ans Herz gelegt. Da Gegner zu der Versammlung schriftlich eingeladen sind, verspricht dieselbe einen interessanten Verlauf.

Königs-Wusterhausen.

Streikbrecher für das Senftenberger Kohlenrevier anzulernen bemüht sich, wie uns mitgeteilt wird, der Führer des Streikbrecher Deegner. Unsere Genossen von Königs-Wusterhausen eruchen die Arbeiterschaft, ihren um ihre Existenz ringenden Brüdern in dortigen Kohlenrevier nicht in den Rücken zu fallen.

Spandau.

Ihren jungen Leben durch einen Revolvererschuss ein Ende gemacht hat die 13jährige Tochter des Handelsmannes Rudnai. Dieselbe wurde vor circa acht Wochen durch einen Mann, welcher sich in Abwesenheit des Vaters in der Wohnung einfand, veranlaßt, unter Mitnahme ihrer Personalpapiere und einem Sparlakenbuch nach Brandenburg zu fahren. Durch die Polizei wurde sie jedoch nach einigen Tagen in Rauen ermittelt und ihrem Vater zugeführt.

Die Vernehmungen durch die Polizei und die ihr drohende Zwangsverziehung haben wahrscheinlich nun das 13jährige Mädchen zu dem Entschluß gebracht, sich das Leben zu nehmen. Mit durchschossener Lunge und Magen wurde sie aufgefunden und in das Krankenhaus eingeliefert, wo sie am folgenden Tage an den Verletzungen verstarb. Ueber den Verbleib des Mannes, der sie verschleppt hatte, konnte bisher noch nichts ermittelt werden. Man vermutet, daß es sich um einen nahen Verwandten des Mädchens handelt.

Nowatow.

Die letzte Gemeindevorstellung beschloß sich mit der Wahl einer Kommission zur Erledigung der Vorarbeiten für das hier selbst zu bildende Kaufmanns- resp. Gewerbegericht. Der Kommission gehören auch unsere Genossen Reumann und Grühl an. — Einem Vortrage der Regalkommission auf Eingetragung des fortifikaalichen Terrains, welches im Norden von der Berlin-Potsdam-Plagbedurger Eisenbahn und dem Wege, welcher an der Kolonie Gule und Albrechts Teerofen vorbei nach Stahndorf führt; im Westen von der Wälsingerstraße, im Süden von dem Turmgeißel und im Osten durch eine Linie begrenzt wird, die 90 Meter hinter dem Teerofen-Geißel in paralleler Richtung zu denselben, und zwar von der Wälsinger Chaussee bis zu dem nach Stahndorf an Kolonie Gule vorbeifahrenden Wege entlang sich befindet, gab die Vertretung ihre Zustimmung. — Ein von der Kanalisationskommission vorgelegter Vertrag mit der Regierung wegen Verlegung von 945 Meter fortifikaalichen Terrains zur Verlegung der Kanalisationsröhren wurde genehmigt. — Die Arbeiten für den Anschluß der Abortanlagen auf den Schulgrundstücken in der Prester- und Auguststraße an die Kanalisation wurden zum Preise von 8010,50 M. dem Klempnermeister W. Michaels-Nowatowes übertragen. — Ein Umbau des der Gemeinde gehörigen Hauses Presterstr. 81 erfordert ca. 1500 M.; da aber nur 1200 M. für diesen Zweck ausgeworfen sind, stimmt die Vertretung der baulichen Veränderung unter der Voraussetzung zu, daß der Pächter die Mehrkosten selbst trägt. — Die Regierung wünscht bezüglich der Verhörer an der höheren Mädchenschule die Einstellung eines Sayes von 1190 M. für einseitig angestellte wissenschaftliche, von 990 M. für einseitig angeestellte technische Lehrpersonen als Grundgehalt und Erhöhung der Dienstschickung auf 370 M., gleich der der einseitig angestellten Lehrer, was für das laufende Etatsjahr eine Mehrausgabe von 375 M. bedingt; die Vertretung erklärt sich hiermit einverstanden. — Nach einer Kabinettsorder ist das Grundgehalt der Vorkurslehrer auf 1250 M. und 800 M. Zulage festzusetzen, das sind 50 M. pro Lehrer und Jahr mehr. Die Vertretung beschließt eine dementsprechende Veränderung der Besoldungsordnung.

Reinickendorf-Ort.

Den Bericht vom Essener Parteitag erhaltete in der Mitglieder-versammlung des Wahlvereins Genosse Lorenz. Die Diskussion bewegte sich größtenteils im Sinne der Ausführungen des Referenten, die darin gipfelten, daß in diesem Jahre den gefassten Beschlüssen mit seltener Einmütigkeit zugestimmt werden könne, da die Wehrzahl derselben den gehegten Erwartungen entsprochen habe und das Gesamtergebnis des diesjährigen Parteitages eine gewisse Befriedigung hervorbrufe.

Unter Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende bekannt, daß am 10. November d. J. eine Leana-Vorstellung „Ueber den Brenner bis Venedig“ stattfindet und Villets bei den Bezirksführern zu haben sind. Am Donnerstag, den 10. Oktober, findet eine Flugblattverbreitung zur Gewinnung von „Korporats“-Abonnenten statt und wird regle Beteiligung der Genossen erwartet.

Der Vorstand wurde beauftragt, für den vierten Bezirk, da derselbe für den ausgeschiedenen Bezirksführer aus seiner Mitte einen Ersatz nicht gewählt hat, einen eventuell aus einem anderen Bezirk zu ernennen. Da die einzelnen Bezirke Genossen zum Besuch der Arbeiter-Bildungsschule nicht borgeföhren haben, wurde die Angelegenheit dem Vorstand zur weiteren Veranlassung überwiesen.

Verlegt wurde noch, daß trotz der wichtigen Tagesordnung der Besuch der Versammlung mangelhaft war.

Nieder-Schönhausen.

In der am Dienstag stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins wurde zunächst das Ansehen des verstorbenen Genossen Karl Weber in der üblichen Weise geehrt. Hierauf wurden die Ergänzungsarbeiten zum Vorstand vorgenommen. An Stelle des bisherigen Kassierers Genossen Salomon wurde Altmann, zweiter Kassierers Karstmann, Weisiger Paul Wahl und als Revisor Schelle gewählt. Ein Antrag des Herrn Steinmann um Wiederaufnahme in den Wahlverein wurde einstimmig abgelehnt. Nachdem wurde beschlossen, wie alljährlich ein Winterfest zu veranstalten. Betreffs des Arrangements soll sich auf Antrag des Genossen Frankel der Vorstand mit dem Bildungsausschuß in Verbindung setzen. Fünf Reanaufnahmen wurden dekretiert. Unter Verschiedenes teilte der Genosse Baegebold mit, daß im November eine öffentliche Versammlung stattfindet, bei welcher er ersuchte er, sich recht regen an der Flugblattverteilung am 17. Oktober zu beteiligen. Den Genossen sei an dieser Stelle ans Herz gelegt, daß in Zukunft mehr für den Versammlungsbesuch Sorge getragen werden möge. Nur wenn jeder an dem Leben der Partei und ihren Aufgaben mitwirkt, könne man Erfolge erzielen.

anstoßenden Restaurant wurden fast sämtliche Gegenstände von der Wand gelodert und zerrümmert. Die große Schaufensterscheibe ging entzwei und zahlreiche Flaschen und Gläser wurden von den Regalen heruntergeschleudert und gingen in Stücke. Sch. selbst wurde durch eine Tischlampe getroffen und brannte im nächsten Augenblick lichterlos. Hinzuspringende Gäste erstickten die Flammen an dem Brennenden. Inzwischen hatte er jedoch an ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten. Das entstandene Feuer konnte bald durch die alarmierte Feuerwehre gelöscht werden.

Nach zwanzig Jahren. Einen graulichen Hund machten vorgestern Erbarbeiter, die mit der Ausschachtung des Bauplatzes für das neue Lehrereinschhaus in der Alexanderstr. 41 beschäftigt waren. Sie stießen beim Graben in der Tiefe von einem Meter unter der Oberfläche auf ein noch ziemlich gut erhaltenes menschliches Skelett in sitzender Stellung. Wie festgestellt wurde, handelt es sich bei dem Skelett um die Leberreste eines vor zwanzig Jahren spurlos verschwindenden vierzehnjährigen Sohnes der damaligen Portiersleute des Hauses. Der Bauplatz des Lehrereinschhauses befindet sich auf einem früheren großen Naturgarten, der meist verschlossen war, so daß es erklärlich erscheint, daß man nicht früher auf das Skelett stieß. Die Kriminalpolizei ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Todesursache festzustellen, da es sich wahrscheinlich um ein Verbrechen handelt, das schon 20 Jahre zurückliegt. Die Mutter des verschollenen Knaben soll noch am Leben sein und wird jetzt gesucht. Das Skelett wird vorläufig in der Bauhütte aufbewahrt.

Landtagsabgeordneter Felsch verunglückt. Als vorgestern nachmittags gegen 4 1/2 Uhr der 67 Jahre alte Landtagsabgeordnete Baurat Felsch, in Oranienwald, Wangenheimerstr. 81 wohnhaft, vor dem Hause Leipzigerstr. 101 einen in der Richtung nach Westen fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 87 (Trepion-Schöneberg) verlassen hatte, wurde er von einem in derselben Richtung fahrenden Handwagen der Firma Arnold Müller angestoßen. Der alte Herr kam so unglücklich zu Fall, daß er einen Bruch des rechten Armes davontrug. In einer Drohsache schaffte man den Verunglückten nach der Unfallstation in der Kronenstraße und dann nach seiner Wohnung.

Feuerwehbericht. In der gestrigen Nacht wurde die Feuerwehre um 2 Uhr nach der Ullrichstr. 16 alarmiert. Dort brannte im Treppenhause der Treppenhäuser. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Die Ursache des Brandes wird auf Brandstiftung zurückgeführt. Auf dem Hofe Leipzigerstr. 17 brannten Bretter, Stroh u. a. Dort mußte kräftig Wasser gegeben werden, um die Flammen zu löschen. Durch Unvorsichtigkeit kam in der Mitterstr. 59 Feuer in einer Postverstaute aus. Terpentin u. a. brannten dort. Ferner mußte die Wehre nach der Waldemarstr. 70, Wasserhofsstr. 58, Badegasse 3, Hübenerstr. 15, Drantenstr. 51 und 100 ausrücken, wo Gardinen, Möbel usw. in Brand geraten waren.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung wählte am Mittwoch zunächst den Gen. Bartsch an Stelle des Gen. Dörre, der befallend sein Mandat niedergelegt hat, in den Wahlausschuß. — Wie der Vorsitzende mitteilte, ist gegen das Urteil des Bezirksauschusses, durch welches die Wahlen einiger Mitglieder der liberalen Fraktion in der ersten und zweiten Abteilung für ungültig erklärt sind, Berufung an das Oberverwaltungsgericht eingelegt. — Durch Kenntnisnahme erledigte die Versammlung die Vauverträge für das erste Halbjahr 1907, den Jahresabschluss der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1906 und die Mitteilung des Magistrats über das Vermögen und die Schulden der Stadt. Hiernach ist das Vermögen von Charlottenburg von Ende März 1906 bis Ende März 1907 von 115 auf 155 Millionen, die Schulden von 83 auf 122 Millionen gewachsen, das Vermögen hat sich also noch um etwa eine Million Mark mehr als die Schulden vermehrt. — Von den Vorlagen wurde die betreffend die Schaffung der Stelle eines Direktors für die Steuerverwaltung entsprechend dem Antrage des Magistrats angenommen. Ebenso stimmte die Versammlung der Magistratsvorlage betreffend die Unfallversicherung für städtische Beamte zu. Die übrigen Vorlagegegenstände waren belanglos.

Kassiererkasse sollte nach dem Ausspruch des Herrn Oberbürgermeisters Schuldenbuch anfänglich der Müllschaffer-Kassaperrung in Charlottenburg geherrscht haben. Sie herbeigeführt zu haben wurden damals die Kassaperrungen beschuldigt. In wie weit dies nun zutrifft, haben in letzter Zeit die gerichtlichen Verhandlungen gezeigt.

In den Anlagenzustand waren verlegt 9 Kassaperrungen, davon mussten bereits sechs vollständig freigesprochen werden, weil eine strafbare Handlung denselben nicht nachgewiesen werden konnte. Bei den drei noch ausstehenden Verhandlungen wird sich ebenfalls nichts herausstellen, was den Vorwurf des Oberbürgermeisters rechtfertigen könnte. Erwähnenswert ist die gerichtliche Feststellung, daß die Firma tatsächlich die Arbeiter ausgesperrt hatte. Wird nun der Herr Oberbürgermeister seine Anschauung über das Vorgehen der Arbeiterorganisation revidieren? Wir glauben es nicht. Was bedeutet nun der Herr Staatsanwalt gegen die Revolverhelden a la Knüttler und Genossen zu tun? Die Arbeiter können sich des Gefahrs nicht erwehren, als hätten diese Leute einen Freibrief, den Revolver gegen Arbeiter in Anwendung zu bringen. Für die jetzt im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiter wird, früher als die Arbeitgeber es glauben, die Zeit kommen, in der sie die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation erkennen.

Schöneberg.

Ueber Liberalismus und Kommunalpolitik sprach am Dienstagabend in einer vom liberalen Verein nach der Schloßbrauerei einberufenen öffentlichen Wählerversammlung Dr. Raumann. Diese Versammlung zeichnete sich dadurch aus, daß der Referent wie auch die liberalen Diskussionsredner die Tätigkeit der Liberalen im Stadtparlament nicht genug beweidendachten konnten. Die Lobhudelei des Referenten (sowohl als auch der Diskussionsredner auf die liberale Tätigkeit gab unserm Genossen Eduard Verstele als Diskussionsredner Veranlassung, das Wort zu ergreifen und den liberalen Bestrebungen die der Sozialdemokratie gegenüber zu stellen. Mit Recht wies Redner auf das veraltete und ungerichtete kommunale Wahlrecht hin, betonend, daß ein solches in keinem anderen Lande vorhanden wäre. Nachdem er noch nachgewiesen, wie sehr die Sozialdemokratie für die wichtigsten kulturellen Aufgaben eingetreten ist, schloß er, daß nur in der Sozialdemokratie die Volkinteressen wirkliche Vertretung und Förderung fänden. Der nachfolgende Redner Herr Dr. Vohberg brachte es fertig zu sagen, daß die Mehrheit der Schöneberger Bevölkerung hinter den Liberalen stehe. Er schloß seine Ausführungen mit einem Kampfruf gegen rechts und links, gegen schwarz und rot. Im großen und ganzen richtete sich die Debatte meist gegen die „Unabhängige Vereinigung“.

Das „Schöneberger Tageblatt“ glaubt sich für berufen, einige faule und läppische Bemerkungen gegen die Ausführungen unseres Genossen Verstele zu erlauben zu sollen. In dem Stimmungsstück über die Versammlung schreibt es u. a.: „Herr Verstele, der Redner der Genossen, bewegte sich anfangs ganz sachlich und schätzte viel auf an einzelne von Herrn Dr. Raumann ausgesprochene Punkte an. Erst im weiteren Verlauf seiner Rede kamen jene allgemeine Begriffe, deren die Genossen sich so gern bedienen, aber seine Lippen. Und als er anfang, jene Verdienste der Liberalen, deren sich unsere Partei rühmen kann, nur für seine Genossen in Anspruch zu nehmen, erntete er nur den heftigen Widerspruch der Versammlung und dürfte dadurch die Sympathien, die er allenfalls beim Beginn seiner Rede gehabt hätte, vollkommen ein.“ Wir glauben es gern, daß unser Redner, sobald er über den Namen dessen, was die Liberalen forderten, hinausging, die Sympathien der Versammlung einbüßte. Im allgemeinen waren es

Verlage bekam Maulbecker die Hälfte ab, außerdem bezieht er zunächst einen Öhring in Gewahrsam.

Am 6. Mai befanden sich die beiden Angeklagten in Breslau. Dort wurde abermals ein Raubverbrechen gegen die unberechnete Katharina Gieswein verübt, die sie gleichfalls in einem Café kennen gelernt hatten. Sie unterhielten sich dort wieder in fremder Sprache und machten sich wiederum an die E. heran, die einen wertvollen Schmuck trug. Jüder begleitete die E. nach ihrer Wohnung, während Maulbecker vor dem betreffenden Hause Wache hielt. Als Jüder in der Wohnung des Mädchens war, sah er sich zunächst überall um, dann packte er sie plötzlich an der Kehle. Das Mädchen schrie zunächst fürchterlich auf, wachte dann aber in der Gegenwehr durch einen bestimmten Griff dem Räuber solche Schmerzen zu bereiten, daß dieser von seinem Opfer los ließ. Das Mädchen suchte nun die Treppe hinauszulaufen, um durch Verflüchten der Haustür den Jüder an der Flucht zu verhindern. Jüder merkte diese Absicht, fürchte schließlich an ihr vorüber und ließ Stroh, Gut und Ueberzieher mit samt der Flasche Chloroform im Stich. Beide Angeklagte machten sich dann hastig aus dem Staube und entflohen nach Oberberg in Oesterreich. Von dort schickte Jüder mehrere Briefe an die Ida Kranke, in denen er sein Pech beklagte, die Flasche mit Chloroform eingekauft zu haben und die Adressatin dringend ersuchte, neues Chloroform zu beschaffen, da sie sonst nicht weiter „arbeiten“ könnte. Zu einem der an die Ida Kranke gerichteten Briefe, der von der Kriminalpolizei aufgefangen wurde, wurde Anweisung gegeben, einstweilen alle Briefe postlagernd nach Annaberg zu richten. Kriminalkommissar Rasse begab sich mit einigen Beamten sofort nach Annaberg und nahm die beiden Angeklagten in dem Augenblicke fest, als sie die Briefkästen von der Post abholen wollten. — Die Angeklagten, die früher ein ganzes Kugengewebe bereitet hatten, waren im großen und ganzen geständig, jedoch bezüglich der Verteilung der Rollen nicht übereinstimmender Meinung.

Während der Mittagspause wurden die Angeklagten ins Untersuchungsgefängnis übergeführt. Beim Einnehmen des Mittagessens war es dem Angeklagten Maulbecker gelungen, sich ein Arbeitsmesser anzueignen, mit dem er sich mehrere Schnitte an den Pulsadern beibrachte. Die Verletzungen waren jedoch nur geringfügiger Natur, so daß er nach Ablegung eines Verbandes an der weiteren Verhandlung teilnehmen konnte.

Die Geschworenen bejahen nach etwa 1½stündiger Beratung die Schuldfragen nach gemeinschaftlichen qualifizierten Raubes bezw. Verhülfe dazu und Diebstahl unter Verletzung mildernder Umstände.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Jüder ein Zuchthausstrafe von 8 Jahren, gegen Maulbecker 5½ Jahre Zuchthaus. — Das Urteil des Gerichtshofes, welches um 1/10 Uhr verkündet wurde, lautete gegen Jüder auf 7 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen Maulbecker auf 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 8 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Aus Industrie und Handel.

Hat sich die Lebenshaltung der Arbeiter gebessert?

Die in den letzten Jahren fast beispiellose industrielle Prosperität hatte naturgemäß auch eine allgemeine, wenn auch in einzelnen schwankende Lohnsteigerung für die industrielle Arbeiterklasse zur Folge. Vielfach mußte allerdings die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter die Neigung zu Lohnerhöhungen anfeuern. Die Lohnsteigerungen werden nun vielfach zum Vorwand genommen, den Arbeitern einzureden, ihre soziale Lage habe sich enorm gebessert. Es wird auf die Löhne von vor zwanzig, dreißig bis vierzig Jahren hingewiesen. Mit diesen, besonders während der letzten Wahl bis zum Ueberdruß vorgetragenen Gesankeln finden die Kapitalwächter des Geldsacks Dumme einzufangen. Geheiliglich sucht man die Arbeiterklasse über die Tatsache hinwegzuführen, daß ihre Lohnzunahme durch die allgemeine Preissteigerung der Lebensmittel, das unerhörte Anziehen der Steuerlast und durch Verteuerung der Wohnungsmiete ausgeglichen worden ist.

Im folgenden geben wir an der Hand der Aufzeichnungen eines alten Veteranen der Arbeit aus der Zwickauer Gegend ein Bild von der Steigerung der Löhne und Warenpreise seit 1800. Der Genosse hat, was leider selten vorkommt, genaue Aufzeichnungen gemacht über seine Lebenshaltung.

Durch das Vorliegen dieser Zahlen wird das Geschwafel von der „gebesserten“ Lebenshaltung der Arbeiter ins rechte Licht gerückt. Wenn diese Zahlen auch nur als typisch für die Lage des Baumvolkspinnerers gelten können, so haben sie doch eine gewisse Allgemeingültigkeit.

Die Zusammenstellung umfaßt neben den Angaben über Preise auch solche über die Arbeitszeit und Arbeitsmethode, so daß sie auch gleichzeitig die wachsende Intensität der Arbeit illustriert:

Jahr	Tägliche Arbeitszeit in Stunden	Vertriebsart	Spindelzahl	Lohn pro Woche in M.	Rindfleisch pro Pfd. in M.	Miete in M.	Steuern pro Jahr in M.
1850	14	Handmaschine	180	19—14	85	80	1,05
1860	14	Handmaschine	180	15	85	80	1,05
1864	14	Handmaschine	880	16	40	45	1,05
1870	12	Selbstfaktor	450	18	45	45	2,00
1874	12	Selbstfaktor	600	18	45	60	2,40
1880—84	12	Selbstfaktor	800	18—20	50	60	8,00
1888	11	Selbstfaktor	1000	20—28	75	120	22,00
1902	11	Selbstfaktor	1000 bis 1200	20	90/100	150	22,00
1905	11	Selbstfaktor	1200	21	90/100	150	22,00

Der Lohn ist in der Vergleichszeit um rund 85 Proz. gestiegen, der Preis für Rindfleisch ging aber um 170 Proz. hinauf, die Wohnungsmieten wurden um 314 Proz. gesteigert und die Steuerlast machte Umdrehungen, die ein stärkeres Pressen von um 2000 Proz. ausmachten. Die vorstehenden Zahlen sind auch in noch anderer Hinsicht interessant. Ganz abgesehen von der Arbeitszeit, die erst dann in regelmäßiger Weise auf einen nach gewerkschaftlichen Begriffen normalen Stand gebracht werden kann, wenn die Organisation in diesem Verufe noch umfassender geworden sein wird, lassen die vorstehenden Angaben die technische Entwicklung im Spinnmaschinenwesen erkennen.

Trotz der verkürzten Arbeitszeit ist die Produktivität gewachsen. In der kürzeren Arbeitszeit wird die Arbeitskraft mittels verbesserter Maschinen rationeller ausgenutzt als früher in längerer Schichtdauer.

Die Unterschiede der Fleischpreise im Kleinhandel.

Die Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammer hat in der letzten Woche des Monats August in ungefähr hundert Fleischläden Berlins und der umliegenden Vororte Charlottenburg, Schöneberg, Hiltorf usw. Fleisch ankaufen und dadurch die wirklich gezahlten Preise feststellen lassen. Das Resultat dieser Erhebung übermittelt die „Korrespondenz“ der Landwirtschaft in folgender Aufstellung:

Fleischart	Höchster Preis in M.	niedrigster Preis in M.	Differenz in M.
Rindfleisch: Keule, Oberkeule, Schwanzstück mit Beilage	2,40	1,00	0,80
Keule ohne Beilage	3,00	1,80	1,80
Rinderbrust	2,80	1,40	1,40
Schmalfleisch (Kochfleisch)	2,00	1,30	0,70
Kalb- und Schweinefleisch: Keule, Rücken	3,00	1,80	1,80
Brillanbraten, Schnitzel	4,40	2,40	2,00
Kalbbrust	3,00	1,00	1,40
Schmal-, Schulterblatt (Kochfleisch)	2,40	1,30	1,10
Schweinefleisch: Rücken, Karbonade	2,40	1,80	0,60
Kamm	2,20	1,60	0,60
Schinken, frisch mit Knochen	2,40	1,40	1,00
Schulter, Bauch (Kochfleisch)	2,00	1,80	0,70
Lammfleisch: Keule, Rücken	2,40	1,60	0,80
Brust (Kochfleisch)	2,00	1,20	0,80

„Diese außerordentlichen Differenzen“, sagt die „K.“ weiter, „zwischen den verschiedenen Verkaufspreisen — bis zu 100 Proz. — sind keineswegs nur dadurch entstanden, daß die Preise an den verschiedenen Stadtgegenden in Vergleich gestellt worden sind, sondern auch innerhalb derselben Stadtbezirke, also unter fast gleichen Bedingungen, sind solche gewaltige Differenzen festgestellt worden. Es dürfte daher für das kaufende Publikum zweifellos von großem Interesse sein, wenn es durch einen deutlichen Anschlag der Fleischpreise in die Lage versetzt würde, die von den einzelnen Fleischern geforderten Preise miteinander vergleichen zu können. Es würde dann sehr bald herausfinden, wie weit diese Preisdifferenz durch die Qualität der Ware begründet ist und erst dadurch würde die angeblich schon jetzt ausgleichend wirkende Konkurrenz wirklich zu einer den Interessen der Konsumenten Rechnung tragenden Bedeutung gelangen.“

Interessant ist es übrigens, mit obigen Ladenfleischpreisen in Groß-Berlin die von dem Statistischen Landesamt ermittelten Kleinhandelspreise für Fleisch einschließlich Knochenbeilage zu vergleichen. Es haben nach der amtlichen Feststellung betragen die Preise für das Kilogramm im Monat August für Berlin:

Fleischart	Höchster niedrigster Differenz			Durchschnittspreis in M.
	in M.	in M.	in M.	
Rindfleisch von der Keule	2,00	1,40	0,60	1,70
Rindfleisch vom Bauch	1,60	1,20	0,40	1,40
Schweinefleisch	1,80	1,20	0,60	1,50
Kalb- und Hammelfleisch	2,00	1,30	0,70	1,65
Sammelfleisch	2,00	1,40	0,60	1,70

Diese amtlichen sogenannten Marktpreise sind wesentlich niedriger als die von Zentralstelle durch Käufe ermittelten Ladenpreise und können daher ein richtiges Bild der Fleischpreise nicht geben. Auch für diese Statistik würde ein Anschlag der Fleischpreise eine wesentlich bessere Unterlage bilden, als es die jetzigen Erhebungen durch die Polizeiverwaltungen vermögen.“

Wir können diese detaillierten Angaben nicht nachprüfen, daß aber erhebliche Differenzen bestehen, ist zweifellos richtig, auch sind unbestreitbar die Kleinhandelspreise höher als die sogenannten Marktpreise. Leider wissen die Herren Agrarier davon nichts, wenn sie mit den sogenannten amtlichen Marktpreisen eine Steigerung der sozialen Lage der Arbeiter nachzuweisen suchen.

Kommunales.

Der Triumph der Privilegierten!

Sie haben's erreicht, die freisinnig-hausagrariischen Mehrheitsmänner der Stadterordnetenversammlung: die Wertzuwachssteuer ist gestern gefallen! Nach fünfstündiger Redeschlacht wurde sie abgelehnt von der ganzen Versammlung, von ihren Gegnern und auch von ihren Anhängern. Eine „Seeschlange“ hatte der Ausschussberichtersteller sie genannt, indem er kurz und bündig empfahl, sie totzuschlagen. Das geschah denn auch, nachdem die Privilegierten des Stadtparlaments, die Hausagrarien, ihr die „Gitzähne“ ausgebrochen hatten, wie im Frühjahr Herr Wallach, der jetzt Selige, es ihnen geraten hatte. Die „Seeschlange“ ohne „Gitzähne“ war so macht- und hilflos geworden, daß schließlich auch den Sozialdemokraten, deren letzter Versuch, die Magistratsvorlage wiederherzustellen, am Widerstand der Mehrheit gescheitert war, nur noch übrig blieb, bei dem Totschlag mitzubehelfen. Das Werk, das von den Reuten Cossels und Rosenows unter Führerschaft des Kompromißlers Sonnensfeld vollbracht wurde, erfuhr von unserem Genossen Singer eine scharfe, rückichtslose Kritik, die die ganze Verwerflichkeit der freisinnig-hausagrariischen Kommunalpolitik bloßlegte. Oberbürgermeister Kirchner nannte diesen Tag mit Recht einen „schwarzen Tag“ für die Stadt Berlin; er mußte sich dafür von Herrn Cassel anerkennen lassen. Das Ergebnis der Abstimmungen, die bei allen wichtigen Paragraphen sowie in der Schlussabstimmung unter Namensaufruf vorgenommen wurden, gab den allerschlimmsten Befürchtungen recht. Bei den Stadterordnetenwahlen wird sich Gelegenheit finden, mit den freisinnigen Helfershelfern des Hausagrariertums, den geriebenen Kompromißpolitikern, die es zu diesem Ende gebracht haben, die verbiente Abrechnung zu halten.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, den 30. September, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Vortrag über: „Wirtschaftliche Grundausfassungen“. Referent: Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn.

Vermischtes.

Mit 60 000 M. Steuergeldern flüchtig geworden ist seit gestern der Amstieber Staudenmaier vom Hauptsteueramt in Strahburg (Loth.).

Eisenbahnunfall. Nach einer Meldung aus Budapest fuhr bei Er-Nördliches (Komitat Szatmar) ein Güterzug in einen dort haltenden Personenzug hinein. Die letzten vier Wagen des Güterzuges und drei Wagen des Güterzuges sind zertrümmert worden. 15 bis 20 Passagiere sind mehr oder minder schwer verletzt. Aus Debreczin traf alsbald ein Hilfszug ein, der die Schwerverwundenen nach Debreczin und Nagy-Sároshy überführte.

Eindeckung in die Landesbaukasse. In der vergangenen Nacht wurde in der im Dessauer Regierungsgebäude befindlichen Landesbaukasse ein Einbruch verübt. Die Spitzbuben durchdrangen die Decke zwischen der 1. Etage und dem Erdgeschoß, stiegen mittels einer Leiter in den Kassenraum hinauf, öffneten den Geldschrank durch Anbohren und stahlen daraus fünfzehntausend Mark in Goldscheinen und Münze. Dann versuchten sie in den Haupttreffer einzudringen, mußten dies jedoch aufgeben, vermutlich weil es zu tagen begann.

Die Ueberschwemmung in Spanien. Der Gouverneur von Malaga, wo, wie bereits gemeldet, eine Ueberschwemmung eingetreten ist, hat dem Minister des Innern berichtet, daß die Zahl der Umgekommenen in dem Dorfe Velez den Amatoga 23 beträgt; unter ihnen befindet sich auch der Ortsvorsteher. In der Stadt Colmenar sind 17 Menschen getötet worden; zahlreiche Häuser liegen dort in Trümmern. Rüge können nicht mehr abgelassen werden, da der Verlecher zu Lande unmöglich ist und nur auf dem Seewege aufrechterhalten werden kann. Die Aufräumungsarbeiten werden mit Eifer betrieben. Da die in Verwesung übergehenden Kadaver der ums Leben gekommenen Tiere den Ausbruch einer Epidemie befürchten lassen, entsandte die Regierung den Direktor der öffentlichen Arbeiten nach den von dem Unglück betroffenen Ortsteilen.

Ein Opfer des modernen Verkehrs. Der Obergärtner Speyer von Elville, der durch einen Radfahrer auf der Chaussee überfahren worden war, wurde kurze Zeit darauf auch von einer Wiesbadener Automobilwaise überfahren und mußte schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht werden. Dem Verunglückten mußte ein Bein amputiert werden. Es ist fraglich, ob Speyer die Operation überleben wird.

Und wieder das Unterseeboot. Das Unterseeboot „Narwal“ geriet nach einer Meldung aus Eberburg gestern beim Einlaufen in den Hafen mit seiner Schraube in die Ankerkette des Panzerschiffes „Imprenable“ und erlitt erhebliche Havarien an Steuer und der Schraube. Das beschädigte Unterseeboot wurde ins Arsenal geschleppt und muß sich dort einer mehrwöchigen Reparatur unterziehen.

Eine Windhose. Pariser Meldung zufolge hat in Perpignan und Umgegend eine Windhose sehr großen Schaden angerichtet.

Mehrere Erdbeben wurden am Sonntag und Montag in Guatemala (Mittelamerika) verspürt. Zahlreiche Wohnhäuser und einige Kirchen erlitten Beschädigungen. Die Kaffeedistrikte wurden nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Wasserstände, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt.

Wasserstand	am 25. 9.		seit 24. 9.		Wasserstand	am 25. 9.		seit 24. 9.	
	em	cm	em	cm		em	cm	em	cm
Remesl, Mühl	145	— 1	—	—	Savel, Spandau	109	— 0	—	—
Bregel, Ankerburg	95	— 8	—	—	Malsenow	148	0	—	—
Wesche, Eberw.	92	— 6	—	—	Spreew.	88	0	—	—
Ober, Rathow	105	— 2	—	—	Bredow	171	— 1	—	—
Krossen	108	— 2	—	—	Weser, Witten	—	—	—	—
Frankfurt	114	— 2	—	—	Witten	—	—	—	—
Waltze, Schrimm	50	— 4	—	—	Waltzow	—	—	—	—
Landberg	45	— 1	—	—	Korb	102	— 4	—	—
Rega, Dordamm	10	— 4	—	—	Nain	113	— 5	—	—
Gide, Zeltmerz	—	—	—	—	Redar, Heilbronn	90	— 2	—	—
Waldow	88	— 2	—	—	Rain, Wertheim	98	0	—	—
Wandenburg	101	0	—	—	Wolst, Teles	—	—	—	—
Saale, Großh.	72	— 7	—	—					

+) + bedeutet Sturz, — Fall, — ? Unfestpegel.

Inferate

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

Größere Anzeigen

für die

Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis

freitag nachmittag 5 Uhr,

da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.

Seefische -- Volksnahrung!

Bester Fleischersatz
schmackhaft und von hohem Nährgehalt.

Riesenfänge

unserer Dampfer ermöglichen

billigste Preise.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

(Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)

Filliale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:

Seefisch-Kochbücher gratis.

Prinzenstr. 30
am Moritz-Platz.
Wilmsdorferstr. 57
h. d. Dreyestr. 10.
Tel.: Amt II 2039.

Gr. Frankfurterstr. 85
Ecke Marsallstraße.
Wilmersdorferstr. 111
am Stuttgarter Platz.
Tel.: Charlottenb. 5718.

Madalstraße 22
im Schloß Bahnhof.
Tegel, Treskowstr. 14.
Ecke Schloßerstraße.
Tel.: Tegel 114.

Potsdamerstr. 112a
b. d. Lützowstraße.
Tel.-Amt VI 7190.
Spandau, Breitestr. 54
(a. Markt). Tel.: 748.

Teures Fleisch — Billige Seefische!

Wir empfehlen besonders:

Schollen 1—1 1/2 Pfund schwer 30 Pf.

3 Pfd. 80 Pf.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Maurer hielt am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche zur Frage der Affordarbeit Stellung nahm.

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß neben der unermesslichen Produktion in Afford jeder Zusammenhalt und jedes Solidaritätsgefühl unter den Kollegen bei dieser Arbeitsmethode schwindet, und daß andererseits ein planloses Hasten, gepaart mit den niedrigsten Motiven nach Mehrerwerb, die Kollegen sich über die elementarsten Regeln des Handwerks hinwegsetzen läßt und zur größtmöglichen Pflanzarbeit direkt zwingt, erklärt die Versammlung, nach wie vor im Prinzip gegen jede Affordarbeit in unserem Berufe zu sein.

Affordverein in Berlin nicht Fuß fassen. Sie erwarten vielmehr von den sich jetzt in dem Verein befindenden Kollegen, soweit sie sich in Unkenntnis über den Zweck dieser gelben Organisation befinden und nicht gewillt sind, sich bei Lohnkämpfen von den Unternehmern gegen ihre eigenen Klassengenossen auszuspielen zu lassen, daß sie zur gegebenen Zeit unter bestimmten Bedingungen wieder in die Reihen der um wahre Rechte ringenden Arbeiterorganisation eintreten werden.

Einem Antrage der Organisationsleitung gemäß beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit, daß der Wochenbeitrag um 10 Pf. erhöht wird, so daß derselbe für Puhr 70, für Maurer 60 und für invalide Mitglieder 30 Pf. beträgt.

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt eine außerordentliche Generalversammlung am Mittwochabend in Willes Saal, Brunnenstraße, ab. Zuerst wurde die Erziehung eines Revisors vorgenommen, die auf Valerius fiel. Den Bericht von der Berliner Gewerkschaftskommission für das Jahr 1906 erstattete der Vorsitzende Krause. Er legte dar, welche Angelegenheiten in den acht Sitzungen der Gewerkschaftskommission zur Verhandlung gelangten, und las den Kasenbericht vor.

Eine Versammlung arbeitsloser Stukkateure tagte am Donnerstagvormittag bei Meier in der Sebastianstraße. Die Einberufung dieser Versammlung hatte nach den Ausführungen des Referenten Krebs folgende Ursachen: Die gegenwärtige Geschäftslage im Stukkateurgewerbe ist eine außerordentlich schlechte. Infolgedessen haben sich verschiedene Missetände bemerkbar gemacht.

wärtig Arbeitslosen herrscht unter den Kollegen die Ansicht, daß dieselbe 500-700 betrage. Wenn das richtig wäre, dann würde ja das Gewerbe fast vollständig daniederliegen, denn im Stukkateurbetrieb gibt es nur 1100 Arbeiter. Die Kontrolle des Arbeitsnachweises hat ergeben, daß sich daselbst zurzeit 200 Arbeitslose gemeldet haben. Das bedeutet für die gegenwärtige Jahreszeit schon eine große Arbeitslosigkeit.

Durch Auszählung wurde festgestellt, daß die Versammlung von 210 Arbeitslosen besucht war. Mehrere Diskussionsredner meinten, die wirkliche Zahl der Arbeitslosen sei viel größer, es müßten mindestens 600 sein. Auf Verlangen wurde festgestellt, daß von den Anwesenden 65 sich der Kontrolle durch den Arbeitsnachweis nicht unterzogen haben, wodurch also die Zahl der Arbeitslosen auf mindestens 265 festgestellt ist.

Witterungsübersicht vom 26. September 1907.

Table with 10 columns: Station, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G., Station, Barometer, Windrichtung, Wetter, Temp. u. G.

Wetter-Prognose für Freitag, den 27. September 1907. Teilweise neblig, sonst ziemlich heiter, trocken und mild bei schwachen südöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Schluß-Ausverkauf

wegen Umzug nach der I. Etage.

Die noch vorhandenen Bestände in

Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Steppdecken, echten Perser, Tischdecken, Läufertstoffen, Diwanddecken und Fellen

werden nur noch 40% billiger kurze Zeit ca. verkauft.

Teppich-Haus B. Hurwitz

vis-a-vis dem National-Denkmal. Rotes Schloß An der Stechbahn 1/2.



Das beste Veilchenseifenpulver mit den schönsten und prächtigsten Geschenken in jedem Paket ist Gentner's Veilchen-seifenpulver Goldperle.

Jeder Käufer ist sicher hochzufriedigt und kauft nichts anderes mehr! In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.

Alleinverkauft für Berlin und Umgegend: Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11.

Begründet 1873. Spezial-Hut-Engros- und Einzelverkauf. Begründet 1873.

Neueste Moden der Saison in Filzhüten, Cylinderhüten, Chapeau claque etc.

Abteilung für den Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen u. streng festen Preisen.

B. Salinger, Neue Königstr. 48, 1 Treppe, a. Haus v. Alexanderplatz. Sonntags 8-10, 12-2 Uhr.

Leske & Lehrer

78 Kottbuserdamm 78

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidungen

fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

Unsere Grundsätze: Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.

Originalinnert! Nachdruck verboten.

Knaben-Paletots * Knaben-Anzüge.

Winter-Paletots * Winter-Anzüge.

Jünglings-Paletots * Jünglings-Anzüge.

Hervorragende Auswahl in Stoffneuheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.

Sämtliche Sachen werden in eigenen, bedeutend vergrößerten, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt.

Wir ersuchen höflich, uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir in der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen recht sorgfältig verarbeiten zu lassen.

Unsere Maß-Abteilung ist einzig dastehend!

Der immerwährende Prachtkalender ist erschienen, auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

